Der großdeutsche und der mitteleuropäische Gedanke in ihren politischen Wechselwirkungen von 1815—1862

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

Philosophischen Fakultät

der

Ludwig-Maximilians-Universität zu München

vorgelegt von

Kurt Wirth

aus München

1938

Druckerei und Verlag wissenschaftlicher Werke Konrad Triltsch, Würzburg-Aumühle

Referenten: Prof. Dr. Karl Alexander v. Müller.

Prof. Dr. Arnold Oskar Meyer.

Tag der mündlichen Prüfung: 15. 2. 1935.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Vorstehende Arbeit ist ein Teildruck der Gesamtarbeit, die unter dem Titel „Der großdeutsche und der mitteleuropäische Traum von 1815 bis 1938" im Verlage Konrad Triltsch, Würzburg-Aumühle, erschienen ist.

Meinem verstorbenen Vater
und seinem Freunde Ernst Grob

Vorwort.

Das deutsche Volk durchlebt heute eine hohe Zeit. Was Jahrhunderte lang ohne Lösung geblieben war, findet Erfüllung; wonach Väter und Großväter vergeblich rangen, verwirklicht sich vor unseren Augen. Dies ist gerade das berauschende Gefühl der Gegenwart, daß sie erleben darf, wie soviele Keime der Entwicklung im Leben des deutschen Volkes nun heute sich zur schönsten Blüte entfalten und bald Frucht zu tragen versprechen. Denn die Zeit ist reif und es naht die Ernte.

Aus solchem Erleben heraus hat sich der Verfasser mit der großdeutschen Frage beschäftigt und versucht, durch die Geschichte Verständnis und Bestätigung des heutigen Geschehens zu erlangen. In jungen Jahren über das Meer gekommen, gezwungen, sich ohne alle Hilfe durch die Welt zu schlagen, trieb ihn nach fast zehnjährigem Auslandsaufenthalt der Wunsch wieder in die Heimat zurück, sich mit dem Schicksal seines Volkes im Großen zu befassen. Im einzelnen ist er sich bewußt, daß er keine neuen Tatsachen bringt; worauf es ihm ankam, ist die neue Schau des völkischen Lebens, sind die großen zusammenhängenden Linien.

Schließlich sei noch bemerkt, daß die Arbeit schon vor dem Erscheinen des großen Werkes von Srbik (Deutsche Einheit, München 1935) fertiggestellt war und daher ohne seine Kenntnis geschrieben ist.

Inhalt.

	Seite
Vorwort	
I. Der Deutsche Bund in seiner Bedeutung für das deutsche Volkstum	1
II. 1848	23
III. Das Ringen um Deutschlands Führung	43
IV. Sieg und Tragik des kleindeutschen Gedankens	63
V. Wie es auch möglich war und was dazu zu sagen ist	88
VI. Die Verwirklichung Mitteleuropas unter deutscher Führung und sein Zusammenbruch	99
VII. Erfüllung	105

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41548311_0043

I. Der Deutsche Bund in seiner Bedeutung für das deutsche Volkstum.

Der Staat ist die Schlußsehnsucht eines Volkes, so sagt der große Geopolitiker Kjellén. Die Wirklichkeit aber ist nur zu oft eine arge Enttäuschung. So ist es dem deutschen Volke ergangen, als es aus dem Kriege gegen seinen größten Bedrücker, Napoleon Bonaparte, heimkehrte. Was es ersehnte, das war ein starker Staat, frei nach innen, kräftig nach außen; was ihm beschert wurde, war das gerade Gegenteil. Der Wunsch nach einem großen, allumfassenden Staate der Deutschen blieb unerfüllt und die Forderung nach freier Mitarbeit am politischen Leben für alle Volksglieder unverwirklicht. Bei der ersten Möglichkeit, jene Sehnsucht zu stillen, stemmen sich ihr gewaltige Kräfte entgegen.

„Das Streben nach Einheit ist das schönste Weihgeschenk der Menschheit, ein Gott, ein Vaterland, ein Haus, eine Liebe", so ruft Friedrich Ludwig Jahn aus [1]). Was aber brachte die Bundesakte des Wiener Kongresses von 1815, welche die Neuordnung der staatlichen Dinge aussprachen, dem deutschen Volke? In der Form einen Staatenbund, den einige Verfassungsartikel als Einheitsband umschlangen, in Wahrheit aber ein Nebeneinander souveräner Fürsten. Wenn das Einheitsverlangen ein Sichselbstbewußtwerden des deutschen Volkes darstellt, das eben erst den blutigsten Kampf um sein Dasein als selbstbestimmende Macht gefochten hatte, dann wäre der gerechteste Ausdruck dafür nach errungenem Sieg eine Reichsregierung und ein Reichstag gewesen. Die Bundesakte nun wissen zwar von einer Einrichtung, welche unter gewissen Voraussetzungen und in bestimmten Fällen eine Art Reichsregierung darstellt, aber sie kennen keinen Ort, wo das Volk sich zu Worte melden könnte. Damit stoßen wir schon auf das stärkste Hindernis, welches der Einheitssehnsucht entgegensteht: die Macht der Fürsten. Die Dynastien hatten im Laufe der Jahrhunderte die Lande ihrer Herrschaft zu festen Kernen zusammengeschweißt und sich selbst als Führer an die Spitze emporgearbeitet, aber solange ihr Gebiet nur einen Teil des Ganzen umfaßte, bildeten sie ein Hemmnis der Einheit, nach der es die Vaterlandsfreunde verlangte. Der deutsche Boden indes trug schier drei Dutzend Herrscherhäuser nebst den dazugehörigen Territorien.

Es ließen sich nun verschiedene Möglichkeiten denken, wie die

---

[1]) Deutsches Volkstum, 1808, Ausg. Bibliogr. Institut, Leipzig und Wien.

Ansprüche der Dynastien und die Sehnsucht nach einem deutschen Einheitsstaate sich miteinander versöhnen mochten. Entweder einigten sich die Fürsten und erhoben irgendeinen der ihrigen oder ein Direktorium zum Führer, oder man schuf ein allgemeines deutsches Parlament, darüber oder daneben ein Fürstenhaus und verteilte die Macht und Regierung zwischen beiden. Oder drittens: man jagte alle Fürsten zum Teufel und setzte einen allmächtigen Kaiser oder Präsidenten ein. Die Bundesakte zeigen, daß die Dynastien und damit die Einzelstaaten sich zunächst als stärkste Kraft erwiesen haben; der Einheitsgedanke erfuhr eine bescheidene Berücksichtigung, der demokratische dagegen blieb völlig im Hintertreffen.

Insofern aber nun der völkische und der freiheitliche Gedanke sich in ihrem Kampfe gegen den gemeinsamen Gegner, eben die Dynastien und ihre Regierungen, zusammenfinden, sehen wir zwei Kräfte verschwistert, die sich keineswegs gegenseitig bedingen, jedoch durch die nahe Berührung jetzt auf das stärkste wechselseitig beeinflussen. Sie laufen nebeneinander her, kämpfen mitsammen, entzweien sich wieder; sie ringen miteinander gegen die bestehende Ordnung und untereinander um die Vorherrschaft. Anfangs erweist sich der Einheitsgedanke als der überlegene, aber er wird eingeholt und fast überwältigt von der Forderung nach Freiheit, bis endlich in der Gegenwart der Ruf nach Einheit wieder übermächtig ertönt.

Indessen, der Kampf zwischen Dynastenrecht, Volksrecht und Menschenrecht, der anhebt seit der Mitte des 18. Jahrhunderts, mächtig anschwillt durch den Ausbruch der französischen Revolution von 1789, auf dem Wiener Kongreß 1815 in Gestalt der Bundesakte für Deutschland einen vorläufigen Abschluß zugunsten der Dynasten und der mit ihnen verbündeten Mächte in Staat, Kultur, Sitte, Religion usw. erhält, dieser Kampf gibt nur eine Seite wider in dem deutschen Schicksal während der Zeit, die uns hier beschäftigt. Die Bundesakte wurden den Wiener Kongreßakten einverleibt — ein Gegenstück erlebten wir 1919, als die Satzungen des Völkerbundes dem Versailler Vertrag vorangestellt wurden — und damit zum Ausdruck gebracht, daß die staatliche Ordnung Deutschlands Sache der europäischen Regierungen sei. Das Verhältnis Deutschlands zu Europa mithin ist die andere, ebenso wichtige Seite, wovon wir nun sprechen müssen, das in der Folge länger als ein halbes Jahrhundert die deutschen Geschicke entscheidend beeinflußt, von da ab etwas zurücktritt, um neuerdings in bedrohlichster Weise sich einzumischen.

Schon einzelne Glieder des Deutschen Bundes, dem sie nur zu einem Teil angehören, zählen unter die europäischen Großmächte oder verlängern sich nach Europa hinein. Da ist Dänemark und die Niederlande, für Holstein und Luxemburg, England für Hannover; da sind vor allem Österreich und Preußen. Als Garanten aber treten ferner auf Rußland, England und das soeben nieder-

gerungene Frankreich, das eigentlich nicht das mindeste Recht besäße, in deutsche Dinge hineinzureden; daß es doch hereingezogen wird, beweist deutlich genug, wie sehr die Begründung des Deutschen Bundes eine europäische Angelegenheit ist. Europa wird in Zukunft ein gewichtiges Wort mitsprechen.

Der wahre Grund dafür, daß bei jeder Neuordnung des deutschen Staatsraumes europäische Fragen aufgerollt werden, liegt in der Lage und Weite des deutschen Siedlungsraumes. Von allen europäischen Völkern bewohnt das deutsche allein, ob geschlossen oder zerstreut, das größte Gebiet, und dieses Gebiet ist der Kern des Kontinents. Die Natur selbst hat Deutschland in den Mittelpunkt unseres Erdteils gestellt. Jedes Ereignis der europäischen Geschichte erschüttert und beeinflußt ihr deutsches Herzstück, und umgekehrt wirkt und arbeitet dieses Herz nach Europa hinein. Glück und Unglück der deutschen Entwicklung hängt daran und zu einem großen Teil läßt sich der Charakter des deutschen Menschen darauf erklären, wenn man nicht gleich annehmen will, daß gerade diese Mittellage die Vorfahren unseres Volkes angelockt habe [2]). Auf der einen Seite beschwingt die Möglichkeit, nach allen Richtungen hin machtvoll auszugreifen, die tatenfrohe germanische Seele, auf der anderen droht die beständige Gefahr, auf allen Flanken angegriffen zu werden. Indessen, der Wohnsitz zwischen Nordsee und Adria, Ostsee und Schwarzem Meer, gibt dem Deutschtum ohne weiteres die Anwartschaft auf die Führung Innereuropas [3]). Aus dieser Tatsache entfließt ohne Zwang die Entstehung eines mitteleuropäischen Gedankens unter Führung der Deutschen. Das ist mit anderen Worten: Wie kann die Mitte Europas am besten staatlich zusammengefaßt werden, unter Berücksichtigung eben dieser Tatsache? Das römische Reich deutscher Nation hatte diese Aufgabe jahrhundertelang mehr oder weniger glücklich gelöst; unter den Hammerschlägen der napoleonischen Kriege war es in Trümmer und Scherben zerfallen. Nun erhob sich wiederum das Bedürfnis, es neu zu formen.

Die Ideen, welche dabei berücksichtigt werden wollten, standen schon bereit. Wir fassen sie zusammen in den Worten: nationale Staatseinheit und moderner Verfassungsstaat. Dies sind die zwei großen Probleme, welche im 19. Jahrhundert den abendländischen Kulturkreis beherrschen. (Die ungeheure Umwälzung durch das Maschinenwesen und die sprunghafte Bevölkerungszunahme erschüttert so recht eigentlich erst im 20. Jahrhundert das Gefüge der Staaten.) Für Deutschland ergeben sich da ganz besondere Schwierigkeiten. Denn wie sollte man einen Staat begründen können, der zum mindesten alle die in Europa lebenden Deutschen umfaßte? Er geriet entweder zu groß oder zu klein, begriff andere Völkerschaften mit ein oder ließ beträchtliche deutsche

[2]) aus einer Vorlesung von Prof. Dr. Karl Alexander v. Müller, Wintersemester 1934/35, Universität München.

[3]) Albrecht Haushofer, Mitteleuropa und der Anschluß, in dem Sammelband: Die Anschlußfrage, Wien 1930, S. 151.

Volkssplitter draußen. Wie damals, so noch heute! Auf der anderen Seite standen mehr als 30 Fürsten mit ihren Ansprüchen. Soweit sie nur kleinere Gebiete ihr eigen nannten, konnte man sie einfach zwingen, mitzutun, selbst bei dem Widerspenstigsten, Bayern, gelang dies, was beweist, daß ihre Stärke nur in der Einbildung bestand. Das größte Hindernis auf dem Wege zu einem deutschen Staat lag nicht in dem Widerstreben der zahlreichen Mittel- und Kleinstaaten, sondern in der Nebenbuhlerschaft zwischen Österreich und Preußen, in dem deutschen Dualismus.

Die Befreiungskriege hatten ihn überbrückt, aber nicht zerstören können. Er war hervorgerufen durch die Eigenmächtigkeit, den freien Entschluß eines Genies, Schlesien zu erobern [4]) und begünstigt durch eine seltene Aufeinanderfolge von befähigten Herrschern. Friedrich der Große war der letzte in der langen Reihe der großen Reichsrebellen und der erfolgreichste [5]). Sein Staat bedurfte nur mehr eines kleinen Wachstums, damit er sich seiner partikularen Selbstsucht entäußerte und die nationalen Gesamtinteressen wieder zusammenfielen [6]). Er stand voran in Bildung, Verkehr, politischer Einsicht; er hatte Geschworenengerichte und eine straffe, wohlmeinende und tatkräftige Regierung.

Das Schauspiel eines zweigespaltenen Deutschlands war nicht neu: von Witukind und Karl dem Großen, Welfen und Hohenstaufen, bis zur Reformation und Gegenreformation finden wir leider unser Vaterland nur zu oft in zwei feindliche Lager zerrissen. Preußen und Österreich trennten politische, soziale und konfessionelle Gegensätze. Im wesentlichen war es der Kampf zwischen der Welt des Nordens und der des Südens mit all ihren rassischen, kulturlichen und geographischen Bedingtheiten. Verschärft wurde er durch die revolutionäre, angreifende Haltung des Nordens. Der Süden beschränkte sich zuletzt mehr auf eine abwehrende Rolle, auf die Erhaltung des bisherigen Zustandes mit all seinen Nachteilen und Ungerechtigkeiten.

Wenn man die beiden Mächte in die Waagschale des nationalstaatlichen Gedankens legte, war gegenüber Preußen, dessen polnische Bevölkerung zahlenmäßig nicht so sehr ins Gewicht fiel, vollends Österreich durch seine nichtdeutschen Teile schwer belastet. Entstanden durch den Zusammenschluß der Königreiche Böhmen und Ungarn mit den österreichischen Erblanden, um die in der Vereinzelung zu schwachen Glieder durch ihre Vereinigung zur Selbstbehauptung zu befähigen, umfaßte der Habsburgerstaat mehrere Nationalitäten. Seine Herrscher trugen zu gleicher Zeit in fast ununterbrochener Folge die deutsche Kaiserkrone. Daraus ergab sich die ewige Spannung zwischen seinen beiden

[4]) Johannes Haller, Reden und Aufsätze, Stuttgart 1934, S. 212.

[5]) Hermann Oncken, Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkrieges, Leipzig 1933, I, 26.

[6]) Heinrich Sybel, Die Begründung des Deutschen Reiches, München 1889, I, 13.

Rollen eines übernationalen Bundes und der einer erweiterten Ostmark Deutschlands [7]). Der Gegensatz zwischen den Gleichberechtigungsansprüchen der einzelnen Teile des Donaureiches und der tatsächlich in ihm waltenden Herrschaft der Deutschen, die unentwirrbare Verflochtenheit des mitteleuropäischen und des deutschen Problems, sie offenbaren sich in demselben Augenblick, da die habsburgische Monarchie ins Leben tritt — und beherrschen sie bis an ihr Ende.

Wie nun aber unter solchen unüberwindlich scheinenden Schwierigkeiten den deutschen Nationalstaat aufrichten? Es gab drei Wege zur Einheit: Verständigung, Teilung oder Überwältigung. Die Geschichte hat wechselweise am lebenden Volkskörper alle Lösungen versucht und ist vorläufig beim dritten, noch unvollendeten, stehengeblieben [8]).

Der Deutsche Bund versuchte es mit der Verständigung. Wenn man dieses hohe Ziel zum Maßstab nimmt, ist er im Grunde ein bewunderswertes Werk. Johannes Haller, der gewiß kein Freund von ihm ist, muß doch gestehen: „im ganzen war der Bund, wie er schließlich zustandekam, unter den gegebenen Umständen das Beste, oder, was in der Politik meistens auf dasselbe hinausläuft, das kleinste Übel. Die Einheit war unmöglich und nicht weniger schwer war es zu sagen, was denn die Patrioten an die Stelle des Bundes gesetzt zu sehen wünschten. In ihren Forderungen herrschte ja so viel hohes Gefühl und so wenig klares praktisches Denken. Es ist fast ein Glück zu nennen, wenn diese unklaren Wünsche wohlmeinender Leute schließlich keinen Einfluß auf die Entscheidungen hatten, die von praktischen Staatsmännern zwar ohne Genie, aber mit klarem Kopf und nüchternem Sinn getroffen wurden“ [9]). An die Stelle des wüsten Partikularismus, der seit den frühesten Anfängen in unserer Geschichte immer wieder sein Haupt erhebt, trat der Föderalismus. Hatte der Partikularismus unverrückt nur die trennenden Dinge betont, so hat der Bund, wenn auch zunächst nur in sehr beschränktem Maße, das Gemeinsame in den Vordergrund gestellt. Entsprechend ausgebaut, konnte er für Deutschland von grundlegender Bedeutung werden und den Ausgangspunkt für einen weiten, föderalistischen Bund Mitteleuropas bilden. Folgerichtig hat Metternich auch für den Habsburgerstaat eine föderalistische Gestaltung gewünscht [10]). Prüft man den Bund auf die natürlichen Anlagen und Aufgaben Deutschlands hin, auf die vorgefundenen und zu berücksichtigenden Verhältnisse, so kann er sich durchaus sehen lassen. Das deutsche Volk ist das geographisch am schwersten belastete Volk, ohne natürliche Grenzen, ein Volk ohne Raum inmitten Europas.

---

[7]) Eduard Heller, Fürst Felix zu Schwarzenberg, Wien 1933, S. 13.

[8]) Haller, a. a. O., S. 212.

[9]) Johannes Haller, Die Epochen der deutschen Geschichte, Stuttgart 1923, S. 321 ff.

[10]) Raimund F. Kaindl, Österreich, Preußen, Deutschland, Wien 1926, S. 47.

Diese seine Lage macht es zum Vermittler zwischen Ost und West, Nord und Süd, und zu weltbürgerlichem, übernationalem Denken geneigt. Sein Sondergeist aber hat sich zuerst stammlich, dann territorial-dynastisch ausgeprägt. Die Reformation brachte die Spaltung in zwei feindliche Hälften und erhärtete die politische und kulturelle Zerrissenheit; letzten Endes erwuchsen aus ihr die zwei großen Gegensätze des deutschen Lebens: Friedrich der Große und Maria Theresia. Alle diese widerstrebenden Kräfte unter einen Hut zu bringen, erforderte gewiß nicht geringes Geschick und Erfindungsgabe. Man kam schließlich zu folgender Entscheidung: kein gemeinsames Heerwesen, keine gemeinsame äußere Politik, Vormundschaft der europäischen Mächte, 39 souveräne Staaten. Aber es umschlingt sie alle der „ewige und unauflösliche" Bund; wird einer angegriffen, so erheben sich alle wie ein Mann. Der Bund ist indessen niemals angegriffen worden und darin liegt vor allem anderen seine stärkste Rechtfertigung. Es läßt sich kaum etwas Stichhaltiges dagegen vorbringen, wenn Beust [11]) ausruft: Ist denn der Bund so etwas Entsetzliches? Mehr als ein halbes Jahrhundert hat er Deutschland vor kriegerischen Verwicklungen mit dem Ausland bewahrt! Die Ruhe Europas war durch ihn gesichert.

Der Bund gewährte inneren Frieden, Schutz nach außen und die Möglichkeit ungestörter Entwicklung in Wirtschaft und Kultur. Er verwirklichte den deutschen Gedanken — die Zusammenfassung der Hauptmasse des deutschen Volkes — im Rahmen des mitteleuropäischen; die deutsche Führung war anerkannt weit über das Bundesgebiet hinaus, insofern in Preußen wie in Österreich das Herrscherhaus deutschen Blutes war, deutsche Sitte und Sprache pflegte. Die Volksgenossen, welche in Ostpreußen, Posen, Ungarn, Siebenbürgen ihrem Erwerb nachgingen, erhielten sich inmitten fremder Volkstümer ihre deutsche Art und genossen sogar eine Vorzugsstellung, obwohl diese Gebiete nicht in den deutschen Staatenverband miteinbezogen waren. Wenn auch nur sehr lose und mangelhaft, so war doch der Zusammenhalt der Deutschen im ganzen mitteleuropäischen Raum gewährleistet. Der Deutsche Bund war das verwirklichte Vorbild eines vom Deutschtum geführten Mitteleuropas.

Indessen, innerhalb Deutschlands hatten sich die Schwergewichte gewaltig verschoben. Österreich gab seine Stellung am Rhein auf. Die Grenzwacht gegenüber dem französischen Nachbarn wurde Preußen allein übertragen. Dies wurde für die kommende Zeit von einschneidendster Bedeutung. Die am Rhein angrenzenden Mittelstaaten kamen kaum in Betracht, mit Ausnahme vielleicht von Bayern, dem man gegen seinen Willen die Rheinpfalz aufdrängte. (Eine Abrundung durch Salzburg und das rechte Innufer wäre manchen großbayerischen Politikern viel lieber gewesen.) Immerhin muß man betonen, daß gerade durch

[11]) Graf Beust, Aus 3/4 Jahrhunderten, London 1887, I, 421.

die Pfalz Bayern in die unmittelbare Nachbarschaft zu Frankreich geriet und daher später größeren Eifer zeigte, auf die Seite des Norddeutschen Bundes zu treten. Auch darf man nicht vergessen — eine andere sehr wichtige Etappe auf dem Wege zur deutschen Einheit, die einmal verdiente, nach Gebühr beleuchtet zu werden — daß hauptsächlich pfälzische Wünsche Bayern in die Arme des Zollvereins getrieben haben. So erfreulich diese Tatsache auch sein mochte, so wog sie doch bei weitem nicht den Rückgang Österreichs vom Rhein auf, das nur noch durch den symbolischen Anteil an der Mainzer Bundesgarnison die Jahrhunderte währenden Kämpfe gegen den westlichen Nachbarn seiner ehemaligen unter- und oberrheinischen Lande in der Erinnerung festhielt. Dieser verhängnisvolle Entschluß ist der erste und folgenreichste Schritt zu seinem Abstieg, er hat, wenn man will, in gewissem Sinne die Niederlage von 1866 vorweggenommen, und jedenfalls die Aussichten auf eine endgültige Führerstellung in Deutschland in trauriger Verkennung seiner eigenen Grundlagen von vornherein erheblich vermindert. Darüber hinaus hat der Verzicht auf seine Stammlande am Oberrhein — Breisgau, Ortenau usw. — und auf seine süddeutschen Besitzungen in Schwaben die deutschen Grundlagen des Habsburgerreiches in fahrlässigster Weise verengert und es vollends zur östlichen Großmacht werden lassen [12]). Wie konnte solch beklagenswerte Abwendung von seinen deutschen Aufgaben geschehen?

Die österreichische Militärpartei unter Schwarzenberg brachte den Kaiser Franz zur Ansicht, daß Österreich am Rheine nichts mehr zu suchen habe und am Ufer des Inns und der salzburgischen Alpen strategisch viel besser gegen einen Einfall vom Westen her geschützt sei [13]). Metternich — die wissenschaftliche Forschung muß ihm das zugestehen — hat erst nach heftigem Widerstreben nachgegeben, besonders nachdem ihn der Kaiser in einem äußerst harten und demütigenden Briefe auf die Wiener Polizeiberichte hinwies, die von einer weitverbreiteten Mißstimmung gegen die Person des Ministers erzählten, und ihn vor die Wahl stellte, entweder den Tausch mit Bayern durchzuführen oder sein Amt zu verlassen [14])! Von welch unermeßlichem Werte wäre nicht für das österreichische Deutschtum und die innere Festigung der deutschen Vormacht Österreich die Angliederung des alten Stammlandes der salischen Kaiser gewesen! Metternich und Wessenberg wollten für Österreich die Festungen Mainz und Landau und die überrrheinische Pfalz von der Quaich bis an die Nahe [15]). (Geheimvertrag vom 23. April 1815.) Welch eine Aufgabe, gerade dies alte Aufmarschgebiet der Franzosen, von dem aus sie so viele Male gegen die Mainlinie und den deutschen Süden vorgebrochen sind, durch die herrschergewaltige Macht des Donaustaates zu

12) Oncken, Vorgeschichte I, 45.
13) Heinrich v. Srbik, Metternich, München 1925, I, 203.
14) Srbik, ebenda.
15) Ebenda.

schirmen! Man kann mit Sicherheit behaupten, die deutsche Geschichte hätte einen wesentlich anderen Verlauf genommen, und vermutlich einen vorteilhafteren, wenn jene Pläne durchgedrungen wären. Eine wahrhaft kaiserliche Pflicht und ein wahrhaft kaiserliches Recht, so ruft Srbik [16]) aus, und zugleich welch starke „Balanzierung" des preußischen Gewichtes im Reich! Nimmt man noch hinzu, daß Metternich darauf ausging, Österreich den Breisgau gleichermaßen wiederzugewinnen, so tritt die innige Verbindung, welche es dadurch mit dem Deutschen Bunde eingegangen wäre, klar zutage. Ein großer Mangel auch, daß das Elsaß französisch blieb! Hier lag ebenfalls alter Besitz der Habsburger. Zusammen mit dem Breisgau wäre hier ein bedeutender Schutzposten entstanden, der in den Händen der Österreicher viel wertvoller und wirksamer war als in den schwachen badischen. Preußen hätte nichts einzuwenden gehabt, ja Hardenberg wünschte offensichtlich eine feste Stellung Österreichs am oberen Rhein, während am mittleren und unteren Preußen die Verteidigung gegen Frankreich auf sich nehme [17]). Stadion meinte sogar, Österreich höre durch den Verzicht auf seine oberrheinischen Lande auf, ein deutscher Staat zu sein! Das ist zwar überspitzt zugeschnitten, aber in den Grundzügen durchaus richtig, insofern eben der deutsche Anteil in den Ländermassen der Habsburger weiterhin geschwächt wurde und unter ein erträgliches Maß fiel, um sich auf die Dauer behaupten zu können. Stadion hatte daher den „utopischen" Plan [18]), daß Österreich zur Verbindung mit dem Breisgau einen Landstreifen von Bayern, Württemberg und Baden fordern sollte, auf der einen Seite die schweizerische Grenze berührend, auf der anderen von der tiroler Grenze nach Füßen und zwischen Isny und Leutkirch zu den hohenzollernschen Fürstentümern sich hinziehend [19]). Indessen, solche Gedanken blieben leider nur Gedanken, ein schicksalsvoller Posten wurde von Österreich geräumt und von seinem Partner Preußen besetzt. Preußen vertritt hier von nun an, ob es will oder nicht, deutsche

---

[16]) Ebenda.

[17]) Treitschkes Ansicht — Deutsche Geschichte I, 415 — daß Österreich durch Schonung der Mittelstaaten den herrschenden Einfluß in Süddeutschland zu gewinnen trachtete, ist entgegenzuhalten, daß ein solcher Einfluß doch unvergleichlich viel kräftigerer und sicherer ausgeübt werden konnte, wenn Österreich selbst in Süddeutschland Fuß faßte. Zudem hatten ja die Verträge mit den Rheinbundstaaten, kraft deren sie von Napoleon abließen, ihnen ihre neuen Gebiete garantiert und somit neuerlichen Verteilungen einen Riegel vorgeschoben.

[18]) Srbik, a. a. O. I, 204, Anmerkung 2.

[19]) Wenn Kaindl — „Österreich, Preußen, Deutschland" S. 40 — ausspricht, daß Österreich seine Stellung am Oberrhein nicht mehr „einnehmen konnte", weil Wirren und Streitigkeiten mit den Mittelstaaten drohten und es Österreich „unerhörte Opfer" gekostet hätte, so klingen solche Gründe angesichts der jahrhundertelangen Behauptung österreichischen Besitzes am Rhein und der überragenden Bedeutung des Platzes nicht sehr überzeugend.

Ziele und Ansprüche [20]). Die Österreicher selbst haben es verschuldet, wenn sie später immer mehr aus Deutschland hinausgedrängt werden, da sie einen solch wichtigen Platz im Stiche ließen. Preußen mußte ganz anders als vordem mit Deutschland verwachsen und, aus einem östlichen Staat, zum Führer der deutschen Einigung bei weitem geeigneter werden [21]).

Für Metternich freilich war diese Einbuße zu verschmerzen, da er in erster Linie europäisch dachte [22]). Und Österreich ist ihm das Herzstück, der Herzstaat Mitteleuropas, zu seinen Flanken der Deutsche Bund und der italienische. Die Vorbedingung dazu ist die lose Verknüpfung aller Glieder. Der Schöpfung wird das Leben gewährleistet durch das österreichisch-russische Bündnis. Österreich verzichtet dafür auf Orientpläne. Metternich eröffnet hier eine politische Bahn, auf welcher sich Jahrzehnte später Bismarck bewegte, der um denselben Preis und mit derselben Bindung an Rußland die Vorherrschaft in Deutschland erkämpfte....

In der Tatsache, daß die neue Ordnung 38 Jahre lang — bis zum Krimkrieg 1853 — vorgehalten und sogar die Feuerprobe der Jahre 1848 und 49 siegreich überdauert hat, sah Metternich eine Rechtfertigung seines Werkes. Hierin, und in dem gewaltigen Versuche, eine mitteleuropäische Vereinigung herzustellen, trotz der ungeheuren Schwierigkeiten, die sich ihr entgegentürmen, liegt die Größe von 1815, wenn wir auch vergeblich in dieser Zeit einen großen Menschen suchen, der wahrhaft schöpferische Kraft in der neuen Ordnung Europas bewiesen hätte [23]).

Das wertvollste Ergebnis war vor allen Dingen: Frankreich war geschwächt und durch eine lange Verteidigungslinie von der Nordsee bis Sizilien von Mitteleuropa geschieden. Eine Erneuerung der französischen Suprematie, die besonders schwer auf dem deutschen Volke gelastet hatte, schien auf lange Zeit hinaus gebannt. Damit aber muß man die Schöpfung von 1815 auf die Haben-Seite des deutschen Volkes buchen, weil es nun ungestört seinen inneren Aufgaben nachgehen konnte, frei von der Furcht feindlicher Einfälle. Vergleicht man die Friedensschlüsse von 1648 und 1815 miteinander, so ist zweifelsohne ein mächtiger Schritt nach vorwärts erkennbar. Die Bundesakte kennen zwar nicht einmal dem Namen nach eine deutsche Nation und Metternich, einer der geistigen Väter, treibt nicht deutsche, sondern vornehmlich österreichische Politik, aber der eigentliche Nutznießer ist doch, neben England, das Deutschtum im Gesamten. Es ist unleugbar, aller Fluch der Enttäuschten und Unterdrückten des Geschlechtes von 1815 bis 1848 haftet an dem Namen Metternichs. Ihm gab man die Schuld, daß nach der Befreiung von der Fremdherrschaft kein deutscher Nationalstaat, sondern ein loser

[20]) vgl. Sybel, Die Begründung des Reiches I, 44.
[21]) Srbik, Metternich I, 224.
[22]) Srbik, Metternich I, 225 f.
[23]) Srbik, a. a. O., I, 229.

Staatenbund zustandekam [24]). Dennoch wußte sogar der Metternich Treitschkes, auf dessen haßdurchglühter Schilderung die landläufige Vorstellung des österreichischen Staatskanzlers beruht ähnlich wie die von Wallenstein auf der Schillerschen, daß Österreich und Frankreich die geborenen Feinde der deutschen Einheit seien [25]). Sein System sei die Ausgeburt eines ideenlosen Kopfes gewesen, aber (!), so fährt Treitschke fort, es entsprach dem augenblicklichen Bedürfnis der österreichischen Monarchie [26]). Lassen wir hier beiseite, wie hübsch der berühmte Geschichtsschreiber sich in seiner eigenen Schlinge fängt: das Dasein der österreichischen Monarchie, ihre Wünsche und Ziele von 1815 und der Jahrzehnte danach, beeinträchtigten nicht im geringsten diejenigen des deutschen Volkes. Darauf aber kommt es an, wenn wir heute die Politik Metternichs, enger umgrenzt seinen Anteil am Werke des Deutschen Bundes von 1815, beurteilen wollen. Wir haben heute gelernt, daß die edelsten Güter einer Nation seine Sprache und die Möglichkeit, ungehindert seiner arteigenen Kultur zu leben, darstellen, ferner die Freiheit innerhalb seines von ihm besiedelten Gebietes. Die Gründung des Deutschen Bundes, selbst seine starre konservative Politik im Innern, die Tatsache, daß Österreich und Preußen nur teilweise diesem Bunde angehörten, sie haben nicht im mindesten jene Güter angetastet oder in Frage gestellt. Innerhalb dieser politischen Grenzen, die keineswegs an der Bundeslinie aufhörten, sondern ganz dem Streucharakter der deutschen Siedlung entsprechend nach Nordosten und Südosten, ja sogar bis weit in die oberitalienische Ebene hinein sich öffneten, konnte im Gegenteil das Deutschtum sich als Herrenvolk entfalten und seine höhere Kultur den Nachbarvölkern, mit denen es aufs engste zusammenlebte, übermitteln. Angesichts der todtraurigen Lage nach 1919, welche ein verstümmeltes deutsches Volk sah, bedrängt und geschmäht von allen Seiten, gewinnt der Deutsche Bund einen besseren Ruf als er bislang genoß. In einem solchen Lichte gesehen — der Nutzen für das deutsche Volk in seiner Gesamtheit und dessen Gedeihen, ein Maßstab, der uns in der vorliegenden Arbeit allein begleiten soll — erscheint die 1815 getroffene Verquickung des gesamtdeutschen Interesses mit dem mitteleuropäischen als eine durchaus glückliche. In der Folge mußte daran gearbeitet werden, wie man diese Beziehungen auswerten und ausbauen konnte. Hier setzt nun die berechtigte Kritik ein. Genau wie in der nachbismarckischen Zeit rächte sich das allzu engherzige Festhalten am Vergangenen, sowohl im Innern als auch nach Außen. Es kam sehr bald der Augenblick, wo die Moral des Verzichts und der Selbstbescheidung nicht mehr möglich war.

Indessen, bei der Beurteilung eines Staatswesens, seiner Kraft und Bedeutung, muß der Politiker wie der Geschichtsschreiber

[24]) A. O. Meyer, Fürst Metternich, Berlin 1924, S. 5.
[25]) H. von Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, V, 616.
[26]) Treitschke, a. a. O. I, 606.

sein Augenmerk vor allem auf die Zahl und das Wachstum der Bevölkerung richten, dann auf das Anschwellen der Kapitalien und der produktiven Kräfte überhaupt, als da wären Werkstätten, Fabriken, Verkehrsmittel, Organisationen, Zustand der Landwirtschaft, Ausbeute der Rohstoffe usw. [27]). Zur Zeit des Deutschen Bundes wuchs seine Bevölkerung von 30 Millionen im Jahre 1815 [28]) auf 46 Millionen Ende 1864 [29]), ein Netz von Eisenbahnen begann sich über die deutschen Lande zu legen, eine mächtige Aufwärtsentwicklung der Industrie, namentlich in den Rheinprovinzen und in Sachsen, mehrte den Wohlstand und die Steuereinnahmen. Bereits begannen die Engländer zu klagen, daß ein aufstrebender deutscher Nebenbuhler ihnen den europäischen Markt — den sie als ihren alleinigen Tummelplatz ansahen — streitig mache. Die Zahl der Wollspindeln nahm sprunghaft zu und schon erhoben sich zahlreiche Hochöfen. Die Überlandstraßen wurden verbessert und ausgebaut. Die Gesellschaft begann sich in völlig neue Formen zu wandeln; der Mittelstand wuchs ins Breite, von einer dünnen Schicht von Fabrikherren, Unternehmern und Kaufleuten geführt, und die ersten Massen des industriellen Proletariats traten auf die Bühne. Fürwahr, ein bedeutender Umschwung und Aufschwung, der das innere Gesicht des Deutschen Bundes grundlegend veränderte! Gewiß ist zuzugeben, daß der Bund als solcher wenig oder nichts dazu tat, aber sein Dasein verbürgte Ruhe und Sicherheit nach außen.

Seine Verfassung, wie sie lautete, war recht dürftig, soweit es die materiellen Bedürfnisse der Nation angeht, und mit Recht klagt Friedrich List [30]) darüber, daß bei der Wiedergeburt der deutschen Nationalität, wie er das Werk des Wiener Kongresses nennt, man für die nationale Handels- und Wirtschaftspolitik nicht diejenige Sorgfalt getroffen habe, die im deutschen Interesse gelegen habe, der Völker so gut wie der Fürsten. Der § 19, der sich darauf bezieht, lautet: „Die Bundesglieder behalten sich vor. wegen des Handels und Verkehrs zwischen den einzelnen Bundesstaaten sowie wegen der Schiffahrt in Beratung zu treten". Richtig angewandt und mit Umsicht ausgebaut, mochte er der Keim zu einer vielversprechenden Entwicklung werden und später den Bund nicht nur wirtschaftlich, sondern auch in allen anderen Zweigen der Innenpolitik — Gemeinsamkeit des Strafrechts und

---

[27]) Friedrich List, Gesammelte Werke, Berlin 1931, VII, 486.

[28]) Richard von Kralik in der Weltgeschichte von Jah. Bapt. von Weiß, Graz und Wien 1915, XXIII. Band, S. 129 f. (Von den 30 Millionen des Deutschen Bundes 1815 waren 25 Millionen deutscher Abstammung, der Rest Italiener, Wallonen, Franzosen und Slawen, 182,000 Juden. Österreich war mit 9½, Preußen mit knapp 8 Millionen daran beteiligt. (Die Bevölkerung Gesamtösterreichs betrug damals 27½ Millionen).

[29]) Brockhaus, Conversationslexikon, Ausgabe 1865, Leipzig, 5. Band, S. 179. (Von den 46 Millionen Einwohnern des Deutschen Bundes 1864 waren 38½ Millionen Deutsche, 6½ Mill. Slawen, ½ Mill. Romanen, ½ Mill. Juden; 24¼ Millionen Katholiken und 21 Mill. Protestanten).

[30]) List, a. a. O., VII, 443.

Strafverfahrens, des Handels- und Heimatrechts, Freizügigkeit, in der Gemeindeverwaltung, Steuern und Steuerrecht usf. — zu einer Einheit zusammenwachsen lassen,woraus dann auch eine einheitliche Wehreinrichtung und politische Gesamtleitung erfließen mochte. Die Hoffnungen und Kämpfe, die sich an den besagten § 19 knüpften, künden, wie ernst und leidenschaftlich große Teile des Volkes diese Bahn zu gehen gewillt waren.

Im Jahre 1819 taten sich etwa 5-6000 Fabrikanten und Kaufleute zu einem Verein zusammen, dessen ausdrücklicher Zweck die Niederlegung aller Zollschranken und Zwischenzölle im ganzen Bereich des Deutschen Bundes einerseits und die Stiftung eines gemeinsamen Handels- und Zollsystems andererseits war. Er war ermutigt durch die Errichtung des preußischen Zolltarifs vom Jahre vorher, der wenigstens die lästigen Schranken zwischen den preußischen Gebietsteilen aufhob; er war veranlaßt durch die Erschwerung der Einfuhr von oberschwäbischer Leinwand im österreichischen Oberitalien. Der Verein gab sich eine förmliche Organisation und Statuten, die er sowohl dem deutschen Bundestag wie sämtlichen Regierungen der deutschen Staaten überreichte [31]). Die Stadt Nürnberg wurde zum Hauptsitz des Vereins bestimmt und zu ihrem Rechtsberater („Konsulenten") Friedrich List bestellt; in Wirklichkeit war er der Mittelpunkt und die treibende, schöpferische Kraft in ihm. Die Abgesandten des Vereins erschienen an allen deutschen Höfen und hatten in den folgenden Jahren die Genugtuung, zu sehen, wie sich zuerst Württemberg und Bayern vereinigten, Preußen mit anliegenden Staaten Verträge auf zollpolitischem Gebiete schloß und endlich in der Neujahrsnacht von 1833 auf 34 die vielfarbigen Schlagbäume fast in ganz Nord- und Süddeutschland wie durch einen Zauberspuk verschwanden. Wenn der Zollverein kein Stückwerk bleiben sollte, so mußte auch der Anschluß nicht nur der übrigen norddeutschen Staaten, vor allem der freien Seestädte, sondern auch der von Österreich erfolgen [32]).

Die geniale Phantasie des weitgereisten List, der sich in der Neuen Welt mit offenen Augen die staunenswerte Umwälzung durch den Ausbau der industriellen und landwirtschaftlichen Kräfte besehen hatte, der sich des politischen Inhalts und Zieles seiner ökonomischen Propaganda stets bewußt war [33]), wies in beredten Worten darauf hin, wie durch Österreich Deutschland die Mündung seines längsten Flusses, der Donau, geöffnet werden würde, wie erst dadurch diese wichtige Wasserstraße ihren wahren Wert erhalte. Der Zerfall des türkischen Reiches, den er voraussagt (freilich viel zu früh), bringe jenen Ländern, die an Österreich grenzen, einen mächtigen Aufschwung, wie dies schon mit dem befreiten Griechenland geschehen sei, und deutsches Kapital

[31]) List, Gesammelte Werke, Berlin 1930, VI, 134.
[32]) List VII, 186.
[33]) List V, 589. (Nachruf des Dr. Bowring, eines Engländers, zu dem List sagte: „My object was political").

und deutsche Arbeit werde den größten Vorteil daraus ziehen. Indem es die Auswanderung seiner überschüssigen Bevölkerung nach jenen Ländern leite, befördere es deren Aufschwung; durch Bau von Eisenbahnen und Kanälen, Verbesserung der Strom- und Seedampfschiffahrt knüpfe es die Verbindungen enger und werde Triest durch den Ausbau seines Hafens eine deutsch-nationale Bedeutung geben. Die moralische und politische Wirkung hiervon sei offenbar. Er berühre sie gar nicht, da jedermann sie kenne und niemand ihre Wichtigkeit in Abrede stelle.

Für erreichbar hält List folgende Punkte [34]): 1. allmähliche Annäherung der Zolltarife zwischen Deutschland und Österreich im Sinne des Schutzzolls, 2. wechselseitige und langsam fortschreitende Zollerleichterungen, 3. Aufhebung der Zölle zwischen Ungarn und den übrigen Teilen der Monarchie von seiten Österreichs, 4. Gesetzes- und Verwaltungsreformen in Ungarn und Siebenbürgen, wodurch fremde (d. h. in erster Linie deutsche) Kapitalisten und Agrikulturisten angelockt würden, 5. gemeinsame Politik auf die zwischen Ungarn und dem Schwarzen Meere liegenden türkischen Provinzen hin, wodurch Vorkehr getroffen werde, daß künftig in diesem Gebiete der deutsche Einfluß vorherrschend wird, 6. Verbesserung der Donauschiffahrt. Und so entrollt der Sohn der ehemaligen freien Reichsstadt in Schwaben in lockenden Farben zum ersten Male das kühne Bild einer starken deutschen Politik nach dem nahen Orient hin, zum ersten Male schlägt er in meisterhaften Sätzen jenen Akkord an, der das ganze Jahrhundert hindurch in verschiedener Stärke und Klangfarbe ertönen wird, bis er endlich in der Gegenwart zu einem vielstimmigen Chor anschwillt, der immer wieder und unermüdlich die Gedanken und Taten nach jener Himmelsrichtung zu lenken bemüht ist.

Die großdeutsche Gesinnung ist eine der dauerhaftesten und bestimmendsten Bestandteile in List's politischem Idealbild. Später ließ freilich das höhere Können Preußens bei ihm mehr eine dualistische Verwirklichung der nationalen Zukunft erstehen, in der Österreich und der Zollverein nebeneinander und im Wettbewerb miteinander stünden, aber er gibt der heißen Hoffnung Ausdruck, daß aus der Verschmelzung beider dereinst das große, ersehnte Reich geboren werde [35]). Die Schöpfung eines deutschen Siedlungsgebietes im Südosten und die Geeignetheit der deutschen Provinzen Österreichs für diese hohe Aufgabe rückt immer mehr in den Mittelpunkt seiner Aufmerksamkeit [36]). Österreich ist ihm im weiteren und erweiterungsfähigen Sinne „das europäische Amerika" [37]). Darüber hinaus findet er in den Donauländern

[34]) List VII, 188.
[35]) List VII, 598.
[36]) ebenda.
[37]) Ludwig Sevin, Die List'sche Idee einer deutsch-englischen Allianz in ihrem Ergebnis für Deutschland, Schmollers Jahrbuch, 34. Jahrgang, 1. Heft, S. 186.

neue Absatzmärkte und Rohstoffe für die deutsche Industrie und sieht in ihnen zukünftige Verkehrsbrennpunkte eines riesigen deutsch-englisch-asiatischen Gesamtimperiums, das sich seinem nimmermüden Geist schon jetzt abzeichnet. Deutsche und Magyaren sollen sich friedlich einander nähern, um mitsammen einen mächtigen Grenzwall gegen den drohenden russischen Koloß zu bilden. Ebenfalls ein Gedanke, der immer widerkehren wird, von der Freundschaft Kossuths für das Frankfurter Parlament bis zur deutsch-ungarischen Verbundenheit gegen die Pariser Vorortverträge, die den Weltkrieg beschlossen! Die Auswanderung nach den Vereinigten Staaten sei zwar begreiflich, aber doch ganz unnatürlich [38]); die Uferländer der Donau links und rechts, von Preßburg bis zur Mündung, die nördlichen Provinzen der Türkei (vom heutigen Albanien bis Rumänien), die westlichen Ufer des Schwarzen Meeres böten dem deutschen Auswanderer eine Masse unbenützter, aber fruchtbarer Ländereien. Hat nicht Böhmen und haben nicht die anderen deutschen Provinzen Österreichs eine Menge großer Güter, welche deutsche Bauern in Zeit- oder Erbpacht bewirtschaften könnten, statt übers große Wasser gehen zu müssen und für ewig dem Vaterland verloren zu sein? Welchen gewaltigen Strom von Macht läßt das südöstliche Deutschland nach dem Ozean fließen! Welche mächtigen Quellen des Nationalreichtums bleiben unausgeschöpft [39])! In den Kanal der Donau geleitet, was könnten jene Kräfte nicht alles bewirken! Nichts Geringeres als die Gründung eines riesigen germanisch-magyarischen Reiches vom Schwarzen Meere bis zur Adria! Unermeßliche Reichtümer besitzt Ungarn in seinem fruchtbaren Boden, aber sie liegen zum größten Teil brach und bleiben unbearbeitet. Schuld daran sind soziale und politische Verhältnisse, die man ändern müßte. Abhilfe könne geschaffen werden durch deutsches Kapital und deutsche Einwanderung. Da ein Teil des Geldes, das die Auswanderer mitbringen, für deutsche Waren zurückflösse, werden wechselseitige Bande gestiftet, die sich schnell weiterhin nach dem Osten ausbreiten dürften [40]). Der Strom der deutschen Auswanderung könne sogar die über Ungarn hinausliegenden Länder befruchten und neue Quellen der Zivilisation und des politischen Einflusses erschließen.

List sucht für diese großzügigen und weitreichenden Gedanken die bedeutendsten Staatsmänner des Kaiserstaates zu gewinnen. Zweimal wird er von Metternich empfangen; er besucht die Erzherzöge Ludwig und Karl, er wird von Kolowrat und Kübeck zuvorkommend behandelt. Seine Reise nach Ungarn gleicht einem Triumphzug, und er findet dort allgemeine Zustimmung [41]). Seine Gesinnung ist im Grunde stets großdeutsch-österreichisch. Bis

[38]) List V, 499.
[39]) ebenda.
[40]) List VII, 202.
[41]) List VII, 601.

zuletzt bleibt er der Überzeugung treu, daß Österreich Deutschlands Panier trage und im Südosten der Kolonisator für das Deutschtum sein müsse.

Allein der unternehmungslustige Weltpolitiker traute dem Reformwillen der österreichischen Regierung zuviel zu. Ein noch so flammender visionärer Aufruf an die höhere Vernunft in außenpolitischen Dingen verpufft gegen die Intriguen und Indolenz der Regierenden und Regierten. Die Pläne Lists zerschellen an der Wand des Gesamtinteresses der Habsburger Monarchie nicht minder wie an dem rasch wachsenden Nationalbewußtsein der Magyaren [42]). Lists Zollvereinsblatt ist in Österreich verboten. Sein Bekenntnis zur deutschen Aufgabe des Donaureiches bleibt ohne Beachtung und ohne Folgen. Nicht zuletzt der Kaiser selbst hat dies verschuldet [43]): Der § 19 der Bundesakte blieb toter Buchstabe. Metternich zwar schien anfangs geneigt, den Plänen näherzutreten, und den ganzen Deutschen Bund einschließlich der österreichischen Staaten (also z. B. auch Oberitalien, das damals den Habsburgern gehörte) mit Ausschluß nur von Ungarn und Dalmatien, mit einer Zollinie umgeben zu wollen [44]). 1834 und später wies er warnend darauf hin, daß Österreich noch mehr als bisher als Ausland angesehen und bezeichnet werde [45]) und daß diese materielle Abgeschlossenheit Österreichs zur moralischen und politischen werde gestempelt werden. Es war freilich seltsam genug, wie wenig seinem Denken die unlösbaren Zusammenhänge der nationalwirtschaftlichen Entwicklung und der nationalpolitischen Einigungsbewegung klargeworden waren [46]). Denn sonst hätte er entweder mit allen Mitteln die Bildung des Zollvereins verhindern müssen oder selber unablässig die Errichtung eines mitteleuropäischen Zollbundes unter österreichischer Führung betreiben sollen, wozu er nur die Pläne Lists aufzugreifen brauchte. Er hat weder das eine unterbinden können noch das andere ernstlich verfolgt. Eine große, vielversprechende Bahn war geöffnet worden — man hat sie nicht betreten. Die Reue blieb nicht aus. Sie kam zu spät; der Spruch der Geschichte fiel unerbittlich hernieder auf das Haupt des Schuldigen — aber leider auch auf das deutsche Volk, das nicht gefragt ward.

List dachte sogar an eine Ausweitung bis nach Belgien und Holland hinein, die sich an den Zollverein anschließen sollten [47]). Seine kühnen Forderungen haben einen imperialen Anstrich; der Aufenthalt in Amerika und der Eindruck des englischen Weltreichs mögen viel dazu beigetragen haben. Zwanzig Jahre später

[42]) List VII, 18.
[43]) Srbik, Metternich I, 535.
[44]) Srbik, Metternich I, 534.
[45]) Srbik, Metternich I, 538; vgl. auch Srbik, Deutsche Einheit, München 1935, S. 279 f.
[46]) Srbik, Metternich II, 107.
[47]) List VII, 596.

werden wir auf einen anderen Schwärmer stoßen, dessen Kenntnis der Neuen Welt gleichermaßen die deutsche Kirchturmspolitik verdammte und ihr einen umfassenderen Blick zu verleihen suchte. Wir sagen „Schwärmer" und sind uns doch bewußt, daß die Gedanken dieser Männer nicht von vornherein luftig und unausführbar waren; woran es fehlte, war der Wille der leitenden Staatsmänner. Um die gleiche Zeit kommt, unabhängig von List, Moltke zu ganz ähnlichen Schlüssen.

Im Spätherbst 1839 war Moltke aus der Türkei zurückgekehrt. Während eines vierjährigen Aufenthaltes hatte er dort eine gründliche Kenntnis von Land und Leuten erworben und reiche, vielseitige Erfahrungen gesammelt. Er durfte mit Fug als einer der berufensten und urteilsfähigsten Kenner des nahen Orients gelten. Bald nach seiner Heimkehr veröffentlichte er einige gehaltvolle Aufsätze über die Orientalische Frage, die damals durch die Taten Mehemed Alis (von Ägypten) neuerdings die Aufmerksamkeit aller auf sich zog. Die Betrachtung nimmt ihren Ausgang von der militärischen und politischen Lage des osmanischen Reiches. Man könne sich nicht verhehlen, daß dieses Reich mit immer zunehmender Schnelligkeit auf den jähen Abhang des Verfalles hinabeile [48]). Ob man die sogenannten Fürstentümer auf dem Balkan überhaupt noch als Besitztümer des Sultans zählen solle, erscheine zweifelhaft. Die ganze Sache sei umso bedenklicher, als sie eine religiöse Grundlage habe [49]). Nach welcher Himmelsrichtung der Herrscher aller Gläubigen aus seinem Palast am Bosporus auch blicken mag, überall sieht er sich umgeben von einem weiten Kreis der Widersetzlichkeit und des Aufruhrs. Die Zerstückelung seines Reiches hat schon längst begonnen [50]) und auch ein plötzliches Verschwinden des osmanischen Staatsgebildes ist nicht mehr so ganz unvorstellbar, zumal die Dynastie nur mehr auf zwei Augen steht. In Algier weht die dreifarbige Flagge und am Nil die Dattelpalme. Die russische Grenze rückt vom Don an den Pruth und vom Pruth an die Donau vor. Morea, ist es nicht frei und gehorchen etwa die Fürstentümer den Fermanen des Padischah? Sollte es nicht geraten sein, weitere Teile des morschen Gebäudes so zu stützen, daß sie bei seinem drohenden Fall aufrecht bleiben und verhüten, daß Europa von den Trümmern bedeckt wird? Leider aber sehen wir — so spinnt Moltke den Faden seiner Betrachtung fort — daß die abgezweigten Provinzen und Länder unter russischem, englischem und französischem Einfluß stehen, nur nicht unter deutschem [51]). Es sei sehr auffallend, in der Türkei immer nur von jenen drei Mächten reden zu hören, nie jedoch von Österreich. Und doch sollte gerade dieses vor allen anderen dort in Ansehen stehen; denn sein Schwert war es, das die Türken vom Abendlande abwehrte und welches dereinst

[48]) Moltkes Gesammelte Schriften, Berlin 1892, II, 298.
[49]) Ebenda II, 300.
[50]) a. a. O., II, 307.
[51]) a. a. O., II, 308.

in die Waage der Entscheidung geworfen werden wird. Soll denn Rußland allein auf dem Balkan freies Feld finden, um seinen Einfluß noch mehr auszubreiten?

Die Erinnerung an die langen Züge deutscher Landsleute, welche mit Weib und Kind eine neue Heimat jenseits des Weltmeeres suchen, steigt wehmütig vor den Augen des künftigen Feldherrn auf, und er antwortet: die Walachei ist ein Land, das ihnen allen zur Aufnahme dienen könnte, und das auch für den Ärmsten auf der jetzt gebahnten Straße der Donau leicht und in wenigen Tagen, mit geringen Kosten, zu erreichen ist. Dort fänden sie einen überreichen Boden, die Wälder und die rauschenden Bäche, die Berge oder die Ebenen ihrer Heimat wieder. Sie fänden eine christliche Regierung und einen Anfang zu geordneten Verhältnissen, die schon um vieles weiter vorgeschritten sein würden, wenn man den Hospodaren die Erblichkeit in ihrer Familie gewährte. Durch Einsetzung einer Gesandtschaft mit den Befugnissen eines obersten Gerichtshofes und zur Vermittlung der Interessen der Kolonisten bei der Staatsregierung würde ihrem Fleiß und ihrer Betriebsamkeit die Sicherheit verbürgt, deren sie bedürfen, um mit vollem Vertrauen anzufangen. Dann brauchte deutsche Tüchtigkeit nicht mehr nach den verpesteten Sümpfen und dem glühenden Himmel fremder Weltteile zu flüchten, und an den Ufern der stolzen Donau würde deutsche Sprache erklingen, deutsche Sitte wohnen von den schwäbischen Bergen bis zur Mündung der Sulina [52])!

Bei einer anderen Gelegenheit [53]) spricht Moltke einem offenen Anschluß Dänemarks an den Deutschen Bund eifrig das Wort. Er begründet diese Ansicht mit der politischen und militärischen Schwäche dieses Landes, die eine eigene, selbständige Politik verbiete, eine Ansicht, die durch die Geschichte reichlich belegt wird. Es sind Gedanken, die später im Kampfe um die Lösung der deutschen Frage als der Traum von dem 70-Millionen-Reich in der Frankfurter Nationalversammlung eine nicht geringe Rolle gespielt haben. In Österreich wurden sie von der Mehrheit der Bevölkerung getragen, und selbst im Reich haben sie die kleindeutschen Meinungen sehr beeinflußt [54]).

Aus allen diesen Stimmen geht unzweifelhaft hervor, daß man damals deutsche und österreichische Wünsche als gleichlaufend und übereinstimmend ansah. Daß die Ausführung solcher Pläne ganz unmöglich gewesen sei, dafür läßt sich ein völlig überzeugender Grund kaum angeben. Widerstände gewiß! Aber keine unüberwindlichen! Die Wege der führenden Männer im Habsburgerstaat wiesen freilich nach einer anderen Richtung. Sie wollten ihr Reich voll aktiv nur nach Westen auftreten lassen,

[52]) Moltke, a. a. O., II, 309.

[53]) Beilage der Allgemeinen Zeitung Nr. 304 und 306, 1. und 2. November 1841; mitgeteilt in W. Bigge, Feldmarschall Graf Moltke, ein militärisches Lebensbild. München 1925, S. 255.

[54]) Hein von Paller, Der großdeutsche Gedanke, Leipzig 1928, S. 52.

nach Osten hin überwiegend defensiv [55]). Die Verweisung auf eine Mission im nahen Orient lehnte Metternich ab, da dort auf keinem Felde genießbare Aufgaben wüchsen, weder in territorialer noch in religiöser Beziehung [56]); die mitteleuropäische Stellung Österreichs erfordere vielmehr eine Annäherung an den Westen. Hier aber kam man zu dem Einheitsverlangen des italienischen Volkes in tödlichen Gegensatz. Metternich hat diese Feindschaft allerdings nicht abgeschreckt. Er beging damit einen schweren Fehler, selbst wenn man nur seine Beharrungspolitik zum Maßstab nimmt. Denn da er die Kraft des Nationalismus durchaus erkannte (er hätte ihn sonst nicht so erbittert bekämpft), mußte er sich doch sagen, daß der Kampf gegen den noch schwach entwickelten Nationalismus des Ostens ungleich leichter durchzuführen war und ohne solch gefährliche Erschütterungen als wie gegen den des geistig und kulturell hochstehenden italienischen Volkes. Es war auch nicht die deutsche Frage, die ihn hierzu antrieb, sondern die Idee der alles zurückdrängenden Konterrevolution [57]), der er im Notfalle sogar den Deutschen Bund zum Opfer gebracht hätte. Diese Idee hielt ihn auch von einer Einmischung in der orientalischen Frage ab, da sich daraus leicht eine gefährliche Gegnerschaft gegen den Zaren, den Hort der Reaktion, des Legitimismus, entzünden konnte.

Von rein österreichischem Standpunkt aus, dem der Gedanke eines Staatslebens verschiedener Volksstämme im gemeinsamen, in seiner Wechselwirkung heilsamen politischen Verband vorschwebte, war die unerbittliche Verdammung des Nationalismus und Liberalismus durchaus folgerichtig gedacht. Denn Österreichs Bestand, sein ganzes Dasein hing an der Aufrechterhaltung der alten Ordnung. Diese Ordnung hieß für Österreich getrennte Verwaltung und vereinigte Regierungsgewalt in der Krone; die Vielheit der Nationalitäten wird geachtet und doch die Einheit des Reiches gewahrt [58]). Die nationalistische Bewegung und ebenso die liberale mußten, wenn bis zum äußersten durchgeführt, den Habsburgerstaat in die Luft sprengen. Die Macht und die Einheit aber standen Metternich höher als das nationale oder freiheitliche Hochziel. Seine Einheit hieß: Einheit der Krone, Absolutismus, die der liberalen: Gleichberechtigung aller. Die Macht Metternichs war: monarchische Gewalt, um die verschiedenen Nationalitäten zusammenzuhalten, die der Liberalen: Vorherrschaft des Volkstums. Der tiefe Gegensatz zwischen den beiden Auffasungen ist augenscheinlich, Die Anschauung des alten gewiegten Staatslenkers zu verteidigen, ist nicht schwer: die Einheit der Verwaltung für Österreich war unmöglich [59]), der Versuch Josefs II. hatte dies erst vor kurzem erwiesen; die Gleichberechtigung aller, das bedeutete

[55]) Srbik, Metternich I, 429.
[56]) ebenda.
[57]) Srbik, Metternich I, 429.
[58]) ebenda.
[59]) Srbik, Metternich I, 429.

ein Zentralparlament, welches bei der Vielzahl der vorhandenen Völkerschaften den habsburgischen Staat in ebensoviele Stücke reißen mußte[60]).

Und doch hat Metternichs Staatsbildung einen entscheidenden Fehler, an dem sie auch letzten Endes zugrundegegangen ist. Sie hatte kein großes, hinreißendes Ziel, für das es zu streben und zu kämpfen galt, das Begeisterung und Opferfähigkeit und Opferfreudigkeit erwecken und über die Nöte des Alltags hinwegführen konnte. Das einzige Ziel des unschöpferischen, mechanistischen Gleichgewichts ist kein schwungvoller Gedanke, der die Völker in Atem hält! Auch ist ein nicht wegzuleugnender Widerspruch, daß Metternich auf der einen Seite allen Nationalismus schroff ablehnt und auf der anderen gerade ihn als Rechtfertigung der föderalistischen Verwaltung hinstellt. Die einzig fruchtbare Idee blieb doch die alte geschichtliche Überlieferung der Habsburger, welche auf die Schaffung eines deutsch geleiteten Einheitsstaates aus dem Gesamtkomplex ihres Herrschaftsgebietes hinzielte[61]). Hierzu konnten liberale Bewegung und Regierung sich die Hände reichen; das Ziel der Reichseinheit erstrebten beide. Bismarck hat in seiner Staatsgründung sich dieser Hilfe bedient und mit ihr sein Werk vollendet (freilich ohne durch nennenswerte fremdvölkische Bestandteile behindert zu sein); das Ergebnis war zunächst kein Einheitsstaat, aber die tatsächliche Entwicklung[62]) ist darauf hinausgelaufen, wie übrigens in anderen Bundesstaaten auch, sei es die Schweiz, Nordamerika oder Argentinien, wo zwar nicht der Form aber dem Wesen nach mehr und mehr die Bundesregierung über die Einzelstaaten hinwegschreitet. Die Schwierigkeit bei dem österreichischen Staatsverband war besonders groß angesichts der vielen gegensätzlichen Nationalitäten. Der Weg zum Einheitsstaat hätte trotzdem auch hier unverrückt verfolgt werden müssen und wenn nötig, mit Gewalt, wie denn die Yankees einen erbitterten vierjährigen Kampf um ihr Beisammenbleiben ausgefochten haben — die Sklavenfrage gab nur das Feldgeschrei ab — und selbst Deutschland, dessen völkische Einheit im großen und ganzen schon vor der staatlichen vorhanden war, die blutige Auseinandersetzung nicht erspart blieb. Ein wahrer Staatsmann mußte diese Notwendigkeit nicht nur erkennen, sondern, wie es Bismarck tat, auch darnach handeln! Denn wenn die Geschichte des letzten Jahrhunderts irgend etwas lehrt, dann lehrt sie dies: ein Bundesstaat muß widerstrebende Kräfte nötigenfalls durch Krieg niederzwingen, andernfalls er sich auflöst oder auseinandergerissen wird. Österreich ist ein warnendes Beispiel, zu einem gewissen Grade auch die 1905 sich scheidende Union zwischen Norwegen und Schweden. Sollte jemals ein mitteleuropäischer Staatenbund entstehen, so wird der Augenblick nicht ausbleiben, wo um die Einheit mit den Waffen wird ge-

---

[60]) Srbik, Metternich I, 422.

[61]) Srbik, Metternich I, 433.

[62]) vgl. dazu die Studie von Heinrich Triepel, Unitarismus und Föderalismus, Tübingen 1907.

rungen werden müssen. Ein Beispiel unserer Tage bietet Brasilien.

Gewiß, Metternich war kein Erstminister, der, wie der englische, nach eigenem, freien Ermessen seine Entschlüsse faßt und den Gang der Politik bestimmt. Der Kaiser hier und die ständigen Rechte dort fesseln ihm Hände und Füße. Die Tatsache, daß Österreich, der Mittelpunkt und die moralische Stütze seines Systems, geachtet und unerschüttert sich in der Mitte Europas erhob, und Frieden gewährte, mochte ihm völlig genügen und ihn mit Befriedigung erfüllen. Auch scheinen uns Heutigen seine überstaatlichen und gesellschaftlichen Gedanken nicht mehr ganz so verdammenswert, die wir am eigenen Leibe die auflösenden Kräfte des Parlamentarismus und überspitzten Nationalismus verspürt haben. Indessen, der menschliche Geist ist ein Wühler, wie Jacob Burckhardt sagt[63]), und gab sich nicht zufrieden mit der errungenen Ruhe und Sicherheit. Es waren Kräfte persönlicher und überpersönlicher Art am Werke, denen der Staatsmann und sein System nicht gewachsen waren [64]).

Mehr als ein Menschenalter war dahingegangen, ohne daß etwas Merkliches am Ausbau des Deutschen Staatenbundes, wie er aus der Not der Zeitverhältnisse 1815 entstanden war, geschehen wäre. Daß ein Fortschritt durchaus möglich war, beweist die Bildung des Zollvereins. Durch ihn gelangte die deutsche Nation zum Bewußtsein ihrer Kraft [65]), und urteilsfähige Engländer und Franzosen, erkannten, daß er seinen Ursprung in dem erwachten Nationalgefühl der Deutschen genommen hatte [66]). List so gut wie Motz, der geniale preußische Minister, waren sich zutiefst bewußt, daß der Zollverein ökonomisch und materiell die Deutschen zu einer Nation verbinden sollte und in dieser Beziehung sie als ein Ganzes kräftigst nach außen vertreten müsse [67]). Was einer großen Nation vor allem nottut, das ist die Einheit [68]), und auf diesem Wege des Schutzzolls als einem hervorragenden Mittel, nationale Gemeinsamkeiten zu schaffen und nationalen Sinn zu erzeugen[69]), schien die Einheit erreichbar. List erinnerte an die Vereinigten Staaten von Amerika, die ebenfalls zunächst nur einen Bund darstellten ohne gemeinschaftliches Zollsystem, ohne nationale Handelspolitik, Schiffahrtsgesetze usw., bis bessere Einsicht Abhilfe schaffte [70]). 1847, kurz vor dem schicksalsvollen Ausbruch der Empörung gegen die herrschenden Gewalten, wurde endlich in Deutschland ein dahingehender Versuch von den verantwortlichen Stellen unternommen.

Er entsprang dem erfinderischen und gedankenreichen Kopfe des Barons von Radowitz, der als ein vertrauter Freund des preu-

---

[63]) Jacob Burckhardt, Weltgeschichtliche Betrachtungen, Leipzig 1927, S. 8.

[64]) Srbik, Metternich I, 695.

[65]) List, VII, 486.

[66]) List, VII, 461.

[67]) List, VII, 444.

[68]) List, VII, 441.

[69]) List, VII, 451.

[70]) List, VII, 458.

ßischen Königs Friedrich Wilhelm IV., gleich diesem für ein großes deutsches Reich schwärmte, in seinem Herzen die Idee eines deutschen Nationalbundesstaates im Sinne des romantisch angehauchten konservativen Nationalgedankens hegte. Radowitz sagte sich, daß kein noch so konservatives Staatswesen aufhören darf, ein Machtstaat zu sein, um nur rein zum christlich-romantischen Rechtsstaat zu werden [71]). Da war nun dieser Deutsche Bund. Das Grundübel an ihm, daß er kein Staat war mit einem einheitlichen Willen, der allein durchdringende Einrichtungen und nachhaltige Kräfte zu geben vermag. Also hieß die Aufgabe, diesem Bund einen einheitlichen Willen einzuflößen. Das konnte am einfachsten ohne allzu störende Beunruhigung durch Erweiterung der Bundesmacht erzielt werden. Die Verfassung, vor allem der vielberufene § 19, dann die Abschnitte über das Militärwesen und die sog. Austrägalinstanz (Schiedsgericht für Streitigkeiten der Bundesglieder), boten dazu Handhaben genug. Und so schlug Radowitz seinem Könige vor, im Einvernehmen mit Österreich darauf hinzuwirken, daß die Wehrverfassung des deutschen Bundes durch gemeinsame Übungen gestärkt werden möge; die Bundesversammlung zu einem obersten Gericht erhoben werden sollte; die Schaffung eines allgemeinen Eisenbahnnetzes, Regelung der Schiffahrt und Kolonisation (!), völlige Einheit in Münze, Maß und Gewicht in Angriff zu nehmen sei; ein gemeinsames Bürgerliches und Strafgesetzbuch, gemeinsame Vertretung gegenüber dem Ausland, gemeinsame Aufbringung der zur Erfüllung der Bundesaufgaben nötigen Gelder durchgeführt werde; endlich Ausdehnung des Zollvereins auf das gesamte Bundesgebiet [72]). An die Vertretung des Volkes bei der Bundeszentralgewalt war nicht gedacht; ebensowenig an Verwirklichung konstitutioneller Wünsche oder Forderungen.

Die Unentschlossenheit des Königs und der Widerstand seiner übrigen Berater ließen zunächst viel kostbare Zeit verstreichen, bis schließlich die Flammenzeichen der französischen Revolution zu einer raschen Tat aufforderten. Man schickte Radowitz am 28. Februar 1848 schleunigst nach Wien, damit er dort mit Metternich auf der Grundlage seiner Pläne eine Konferenz der Regierungen vereinbare. Als Preis für den Beitritt Österreichs zu diesen Ausbauplänen hinsichtlich des Deutschen Bundes brachte Radowitz eine preußische Garantie für den ganzen österreichischen Besitz samt den oberitalienischen Provinzen [73]). Als gemeinsame Gegner wurden Frankreich und die inneren revolutionären Bewegungen bezeichnet. Metternich war einverstanden und schlug die wärmsten nationalen Töne an, als er bei den Regierungen für jene Konferenz warb. Ob Radowitz sie für echt nahm? Im November 1847, bei seinem ersten Erkundungsbesuch in Wien, hatte er die schärfsten Worte über den österreichischen Kanzler gefunden, dem jeder Sinn für das Wesen

---

[71]) Friedrich Meinecke, Radowitz und die deutsche Revolution, Berlin 1913, S. 31.

[72]) Kaindl, Österreich, Preußen, Deutschland, S. 135 f.

[73]) Meinecke, a. a. O., S. 60.

und die Macht der Nationalität fehle [74]). Das war hart gesprochen und vernichtend für die Einschätzung der gerühmten Metternichschen Politik. Der gute Wille kam zu spät. Die Revolution stürzte alle Pläne, ob ernsthaft gemeint oder nicht, über den Haufen. Die darauffolgende Woche sah den bislang allmächtigen Minister der Donaumonarchie sich verkleidet aus der Stadt stehlen, in der er fast unumschränkt gewaltet hatte.

Vor Radowitzens kühnem Geiste tauchten schon großartige Möglichkeiten auf. Er erschaute bereits die ersten Keime des Sozialismus und in diesem, wenn richtig gehandelt, eine neue Stütze für die Königsgewalt: Ausspielen des vierten Standes gegen den dritten, Progressivsteuer — die vor allem dem Heerwesen, der stärksten Waffe des Monarchen, zugutekommen sollte — Reform des Armenwesens, Regelung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit ufs. Er wollte das ringsum in allen Landschaften mit fremden Volkstümern ringende Deutschtum auf deren Kosten, soweit es irgend möglich war, energisch behauptet wissen; darum seine Sorge, unter allen Umständen das Bundesgebiet zu sichern (innerhalb dessen ja Tschechen, Slowenen, Italiener und Franzosen wohnten) und darüber hinaus auch Dalmatien und Venetien, jene „Lebensfreude Deutschlands", die den Blick auf das Adriatische Meer freihielten [75]), festzuhalten. Hier war ein Mann, Aristokrat wie Metternich, aber von empfänglicherem Sinn für die sich ankündigenden Dinge, die man nicht einfach dadurch, daß man sie verneinte, bannen konnte.

Wenn wir vom Standpunkt des deutschen Volkes aus, weil sie ihm ein weites Wirkungsfeld im Raume und eine führende Stellung gewährte, die Politik Metternichs loben müssen, sein Bemühen, durch die mit allen Mitteln erstrebte und erreichte Freundschaft mit Preußen die Einigkeit zu bewahren, anerkennen, so ist es umso bedauerlicher, daß er nicht den Mut und den Willen fand, mit den anstürmenden Kräften, denen die Zukunft gehören sollte, beizeiten einen gangbaren Vergleich zu schließen, der die Deutschen an der Spitze Mitteleuropas gehalten hätte, durch ihre vereinigte Macht jeden böswilligen Angriff abschreckend. Freilich, nur um den Preis, daß die deutsche Einheit nicht in festere Formen gegossen wurde, konnte es von Wien aus gelingen, Europa für Deutschland „zu pazifizieren". Der zweite deutsch-europäische Versuch des 19. Jahrhunderts, der von Berlin ausging, hatte zwar ein geeintes Deutsches Reich zur Grundlage und rechnete — freilich nicht immer und auch nur zögernd und gewissermaßen im Vorübergehen — mit dem Deutschtum des Habsburgerstaates; aber er lenkte am Ende doch in Metternichs Bahnen ein, insofern er die natürliche Marschrichtung des deutschen Volkes nach dem Osten bewußt abriegelte und die Kräfte des neugewonnenen, gefestigten Zentrums nach anderen Seiten hin sich entladen ließ. Die staatliche Einheit des Volkes umfaßte zudem nicht das Ganze — ein

[74]) Meinecke, a. a. O., S. 59.
[75]) Meinecke, a. a. O., S. 142.

wertvolles Volksglied, die Deutschen des Sudetenlandes und der Alpen, blieben draußen. Die neuen schweren europäischen Verwicklungen, die heraufbeschworen wurden, waren vollends so verhängnisvoll, daß sie in der Folge die Zertrümmerung Mitteleuropas herbeiführten.

II. 1848.

Wir halten es mit Lorenz von Stein [76]), daß vornehmlich gesellschaftliche Veränderungen die staatlichen Formen bestimmen. Die staatlichen Formen wiederum beeinflussen die Nation oder wie Ranke sagt [77]): auch die Nation ist etwas historisch Gewordenes. Gerade das „tolle" Jahr 1848, in dem wie in einem Brennspiegel alle sozialen, nationalen, historischen, wirtschaftlichen und geistigen Strömungen des Jahrhunderts in einem einzigen Punkt zusammenlaufen, lehrt uns diese Wahrheit auf jedem seiner Blätter.

Das wichtigste Ergebnis von 1848 war die Verkündigung der Einheit Deutschlands und Italiens und die steigende Macht der Wirtschaft gegenüber der reinen Staatsgewalt. Der gesteigerte Erwerbstrieb der Gesellschaft, in derem Schoße sich tiefgreifende Wandlungen zugetragen hatten durch die Entwicklung des Maschinenwesens, die zunehmende Entfremdung vom Lande, von der Scholle, rief nach Niederreißen der Schranken jeder wirtschaftlichen Tätigkeit, alles Zunftwesens, allen Gewerbezwanges. Es kam zur tatsächlichen Beweglichkeit des Grundbesitzes, des Kapitals und der Menschen (die zum Teil noch durch Grundlasten, beschränkte Freizügigkeit usw. an ihrer völligen Freiheit gehindert waren). Der ungeheuer anschwellende Verkehr, die an Bedeutung gewaltig gestiegene Presse und die verführerische Kraft von alle Ländergrenzen überschreitenden Ideen forderten und erlangten Freiheit im Raum und Handeln. Damit aber gewannen die hauptsächlichsten Träger dieser Bewegungen, allen voran das besitzende Bürgertum, auch in Deutschland politische Macht. Den Großteil ihrer wirtschaftlichen Ziele haben sie 1848 den Regierungen abgetrotzt und auch behauptet. Die kurz darauf hereinbrechende Reaktion hat auf diesem wichtigsten Kampffelde der Gesellschaft, dem wirtschaftlichen, nur sehr wenig wieder zurückgewonnen. Es ist daher unrichtig, wenn die landläufige Meinung jene Revolution für völlig gescheitert hält, für ein vorübergehendes Ereignis, das wohl später sich auswirkte, aber für den Augenblick ohne Früchte geblieben sei. Wenn auch die Staatsgrenzen starr und unverrückt fortdauerten, so gleicht doch kaum ein Staat mehr seiner früheren Gestaltung. In Preußen nimmt die Wirtschaft einen stürmischen

[76]) In seinem aufschlußreichen Buche über die sozialen Bewegungen in Frankreich 1789—1848, erschienen Leipzig 1849, kehrt dieser Grundgedanke immer wieder. Die Stein'schen Ausführungen gelten zum großen Teil für die Gegenwart ebensosehr wie für jene Zeitabschnitte.

[77]) zitiert nach Gerhard Masur, Rankes Begriff der Weltgeschichte, Berlin 1926, S. 112; vgl. Ranke, Weltgeschichte I, 1, S. V.

Aufschwung und trotz des zeitweiligen Zurückdämmens siegen die Liberalen; in Österreich werden vor allem die Bauern frei und man muß später ebenfalls dem parlamentarischen Verlangen nachgeben. In Frankreich wagt man sogar das allgemeine Stimmrecht und andere ahmen ihm nach.

Die Ideen der französischen Revolution von 1789 wirken auf das stärkste. Freiheit des Individuums in und vor dem Staat und Einheit des Volkes nach außen! Neben der Freiheit im Staat aber will man auch das Recht am Staat und hier, an diesem Punkte, verbinden sich die freiheitlichen mit den zentralistischen Wünschen. So ergibt sich die verblüffende Tatsache, daß die Gleichberechtigung aller die stärkste Bändigung des Einzelnen unter das Allgemeine herbeiführt. Wir nennen dies Demokratie und ihr hervorragendstes Mittel, in dem sie sich am klarsten offenbart, das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht. Dem Staat wird alles das zugemutet, was die Gesellschaft vorausichtlich nicht tun wird oder nicht imstande ist zu tun und daher gibt man ihm soviel Macht wie möglich [78]). So kommt es, daß die Anhänger der Freiheit oder die Liberalen, wie sie sich nennen, die Einheit über alles schätzen.

Die Gleichberechtigung aller — sie sollte alle umfassen, die Menschenantlitz tragen. In Wirklichkeit hört sie an den Volks- und Landesgrenzen auf. Man kann unmöglich dem Nachbarn im anderen Volk oder Staat die gleichen Rechte zugestehen, ohne die geschichtlich gewordenen Vorzugsstellungen aufzugeben, und schon gar nicht ihm die gleichen Pflichten auferlegen, ohne daß die größten Erschütterungen herausbeschworen würden. Das Hemd ist näher als der Rock: vorerst gilt es, im eigenen Hause die Freiheit durchzuführen. Einheit und Freiheit! — das gab zusammen die Forderung nach dem konstitutionellen Nationalstaat. Napoleon I., der Erbe und Vollstrecker der Revolution von 1789, ist der unfreiwillige Begründer dieser Forderung, indem er durch seine Zwingherrschaft den Nationalismus der anderen, die Sehnsucht nach einem unabhängigen Nationalstaat erweckte, und gleichzeitig durch seine neuen Verwaltungsgesetze ein Vorbild für die freiheitliche Verfassung eines Landes und größere Anteilnahme des Volkes an den Staatsgeschäften errichtete, dem sehr bald nachgeeifert wurde. Die Völker wurden sich durch die Unterdrückung während der „Franzosenzeit" wieder ihrer eigenen Art bewußt, über trennende dynastische Grenzen hinweg, die zum Teil der Korse selber hinweggefegt hatte; es war nur recht und billig, daß sie für ihre Mithilfe bei der Vertreibung des fremden Eroberers als Ausgleich größere Rechte und Freiheit gegenüber den bisherigen Staatsgewalten erhalten sollten. Indem aber beide Bestrebungen, das Verlangen nach Unabhängigkeit dem Ausland gegenüber und nach Herrschaft im Innern sich miteinander verknüpften, steigerten sich auch die Schwierigkeiten der Durchführung. Besonders verwickelt mußte sie in Deutschland sein. Denn es besaß weder Einheit noch Freiheit, während in Frankreich z. B. die Einheit schon vorhanden war.

---

[78]) vgl. dazu Jacob Burckhardt, Weltgeschichtliche Betrachtungen, S. 134.

Die Aufgabe des Jahres 1848, Einheit und Freiheit für Deutschland zu verwirklichen, löst sich in Wahrheit in eine Vielheit von Problemen auf, die sich einander überlagern, überschneiden, zuwiderlaufen, ja sich beinahe aufheben. Da war die Frage, ob Freiheit durch Einheit oder die Einheit duch die Freiheit errungen werden könne. Insofern dies auf unüberwindliche Hindernisse stieß, überlegte man, ob nicht zuerst eines von beiden allein angestrebt werden sollte, die Freiheit z. B., während die Einheit schon kommen werde, oder die Einheit, „wonach die Freiheit und alles übrige einem von selber zufallen werde"[79]). Aber wie die Freiheit erringen, wenn ein gewalttätiger Staat, ein Gottesgnadentum und bevorrechtete Klassen der Volkssouveränität, wie das Schlagwort lautet, entgegenstehen? Wie die Einheit ermöglichen bei mehr als drei Dutzend Einzelstaaten und unter ihnen zwei, die sich gegenseitig die Waage halten, wie der staunenden Welt ein siebenjähriger Krieg bewies? Wie so viele Staatspersönlichkeiten plötzlich unter einen Hut bringen, und in welcher Form? Sollte die Zentralgewalt aus einer einheitlichen Spitze bestehen oder vielköpfig gestaltet werden? So man sich für e i n e n Mann entschied, blieb noch die Qual der Wahl zwischen erblichem Kaiser, Wahlkaiser oder Präsidenten. Welcher Grundsatz würde in der Verwaltung und Gesetzgebung gelten, der zentralistische oder der föderale?

Die Schwierigkeiten türmen sich, sobald man an die Verwirklichung des Nationalstaates herantritt. Ist er für Deutschland überhaupt durchführbar oder auch nur wünschenswert? Wo sind seine Grenzen? Es ist nicht nur eine Frage, ob kleindeutsch, d. h. unter preußischer Führung, ob großdeutsch, d. h. österreichische Leitung, sondern darüber hinaus die Regelung des Verhältnisses zu den in und zwischen dem deutschen Volke wohnenden anderen Völkerschaften. Ob nicht eher ein Nationalitätenstaat den Erfordernissen des Deutschtums und der Weite des Raumes, den es besiedelt, entspricht?

Die deutsche Frage wird so zu einer europäischen. Einmal, weil Preußen und Österreich, — beide durch die Zahl der Bevölkerung und Ausdehnung ihres Gebietes auf das stärkste daran beteiligt — europäische Großmächte sind, und zweitens, weil hier der ganze osteuropäische Raum in Bewegung gerät, der Ausgleich zwischen Germanentum und Slawentum zur Lösung drängt und drittens England, Frankreich und Rußland nicht nur als Nachbarn, sondern auch als Garanten des Deutschen Bundes ein anerkanntes Recht haben, mitzureden. Zuerst und zuletzt ist so die deutsche Nationalstaatsbewegung eine europäische Angelegenheit.

Überblickt man 1848 in seiner Gesamtheit, so muß man feststellen, daß im Grunde die nationale Sehnsucht der Deutschen den Sieg davongetragen hat. Die Schmälerung des Gebietes, die ein Gelingen der preußischen Unionspläne bedeutet hätte, wurde vermieden; Österreich wurde angetrieben, sich wieder lebhaft auf seine deutschen Eigenschaften und Pflichten zu besinnen, was in der ab-

[79]) aus einem Briefe von David Friedrich Strauß, zitiert nach Paller, Der großdeutsche Gedanke, S. 58.

solutistisch-germanisierenden Epoche von 1851—60 und in der liberal-germanisierenden von 1861—65 zum Ausdruck kommt; endlich war die nationale Bewegung zu einer Macht erstarkt, mit der die Regierungen irgendwie sich vertragen und ernsthaft rechnen mußten. Vorerst glaubten allerdings die innerdeutschen Minister, daß man sich nicht mehr um sie zu kümmern brauche. Die auswärtigen Regierungen waren klüger und setzten sie bewußt in ihre Berechnungen ein. Vor allem Napoleon III., der neue Kaiser der Franzosen, suchte daraus einen hübschen Gewinn für sich selbst herauszuschlagen, obwohl es eigentlich schlecht zu französischen Zielen paßte, wenn aus den nationalen Strömungen ein starkes Deutschland und ein geeintes Italien erfloß, wie das unweigerlich eintreten mußte, wenn sie sich durchsetzten. Immerhin hat er dadurch in der Folge Nizza und Savoyen eingeheimst, dessen sich Frankreich noch heute erfreut. Für das deutsche Volkstum als Ganzes lautet demnach das Fazit von 1848 nicht ganz so unbefriedigend, wenn auch die hochfliegenden Wünsche arg enttäuscht blieben und der alte Bundestagsjammer, die „Staatenlosigkeit", wieder anhob. Die Entscheidung war vertagt, aber nichts sprach dagegen, daß sie dennoch gut ausfiel. In das bislang übliche Geschrei über die böse Reaktionszeit, die folgte, können wir, so betrüblich sie auch sein mochte, daher nicht einstimmen. Eine wesentliche Einbuße des deutschen Volkstums (mit Ausnahme der schmählichen Erledigung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit, welche eine dänisierende Verwaltung nach sich zog) wurde vermieden. Allerlei Gerümpel und störende Fesseln auf wirtschaftlichem Gebiet waren entfernt worden und es wehte eine frischere Luft im Innern, ja sogar ein bißchen Seewind und damit weltpolitische Anfänge, als zum ersten Male eine deutsche Flotte sich auf dem Ozeane zeigte, die freilich bald ihre Flagge mit der preußischen vertauschte, deswegen im Grunde doch eine deutsche blieb und später wieder eine solche wurde.

Wir wollen zunächst die Auseinandersetzungen in Deutschland selbst umreißen, insoweit sie den großdeutschen und den mitteleuropäischen Gedanken berühren. Was ist großdeutsch? Das Wort hat im Laufe der Zeiten vielfach in seiner Bedeutung gewechselt und sein Inhalt entsprach oft den entgegengesetztesten Standpunkten. Zuvörderst sollte es das ganze Deutschland meinen, nach dem Spruche von Arndt. Dazu aber zählten nach der Auffassung der Befreiungskriege und der erdrückenden Mehrheit des Jahres 1848 auch die Deutschen Österreichs, da ihr Herrscher jahrhundertelang die Kaiserkrone getragen, da sie selber dem ersten Reich, und dann dem Bund angehört und weithin nach Osten Vorposten und Träger deutscher Kraft, deutscher Arbeit und Gesittung gewesen [80]). Die Deutschen Österreichs aber bildeten zugleich den Teil eines größeren Ganzen, der Habsburger Monarchie, innerhalb dessen sie in Kultur und Sprache, in der Armee und der Ver-

[80]) Willy Andreas, Die Wandlungen des großdeutschen Gedankens, Stuttgart 1924, S. 11.

waltung, in Lebenshaltung und Weltanschauung Vorbild und Führer waren. Eine gemeinsame Geschichte, fast ein Jahrtausend alt, hatte dies erhärtet. Nichts lag daher näher als der Gedanke, auch diesen deutschen Kulturraum dem zu bildenden deutschen Staatsraum einzuverleiben. Auf der anderen Seite freilich ließ sich die Aufnahme von Millionen Ungarn, Tschechen, Slowenen, Kroaten, Italienern schlechterdings nicht mit der Vorstellung eines Nationalstaates vereinen. So schieden sich im großdeutschen Lager zwei Parteien, deren eine ein Deutschland mit Einschluß der Deutsch-Österreicher, deren andere ein Deutschland mit Einschluß des ganzen Habsburgerreiches, in dieser oder jener Gestalt, wollten. Die sogenannten Kleindeutschen waren überwiegend, ja man kann sagen fast alle, großdeutsch gesinnt, und gehörten dem ersten Lager an. Wenn später von 538 Abgeordneten der Paulskirche 290 sich für ein von Preußen geführtes Deutschland aussprachen, so stimmten sie dafür, weil ihnen die Verhältnisse, welche einem deutschen Nationalstaat mit Einbezug Deutsch-Österreichs entgegenstanden, übermächtig erschienen. Auch wurde eben dieses kleindeutsche Reich von dem, der seine Krone tragen sollte, vom preußischen König, abgelehnt aus großdeutscher Gesinnung heraus [81])! Insofern die „deutsche" Frage 1848 im Grunde eine österreichische Frage ist und man angesichts der Unmöglichkeit, die Donaumonarchie zu zerreißen, als Ausweg die kleindeutsche und die mitteleuropäische Lösung wählte, in Wahrheit aber den großdeutschen Nationalstaat wollte, müßte man richtiger sagen: nicht am Gegensatz zwischen kleindeutsch und großdeutsch ist das Werk der Paulskirche oder genauer ausgedrückt der Wunschtraum des Jahres 1848 gescheitert, sondern an dem Gegensatz zwischen Volkswollen, das großdeutsch war, und Staatswillen, der von der Nation nichts wissen wollte. Er ist vor allem daran gescheitert, weil kein Weg gefunden wurde, der alle befriedigt hätte oder wenigstens die Mehrheit derjenigen, welche darüber zu entscheiden hatten, wie Österreich, so wie es nun einmal war, aufgenommen werden konnte, ohne daß dadurch der Sinn des nationalen Einigungswerkes zerstört, seine Lebensmöglichkeiten vereitelt wurden [82]). Man [83]) hat neuerdings vorgeschlagen, statt großdeutsch im engeren, eigentlichen Sinne einfach ganzdeutsch zu sagen — Radowitz nannte solche Leute „Totalisten" — und großdeutsch für den weiteren, mitteleuropäischen Begriff zu verwenden. Heute, da der Volksgedanke sich immer mehr unabhängig von staatlichen Grenzen durchsetzt und wir unter Großdeutschand nicht nur den Anschluß Deutsch-Österreichs allein im Auge haben, sondern nach allen Himmelsrichtungen hin, wo Deutsche in Europa wohnen, unsere Blicke schweifen lassen, z. B. auch eine Eingliederung der Balten, wenn sie gelungen wäre, als eine großdeutsche Tat feiern würden, ist es offenkundig, daß das Wort „großdeutsch" in engster Beziehung zum mitteleuropäischen Raume steht. Den Ausgleich

[81]) Erich Brandenburg, Die Reichsgründung, Leipzig 1916, S. 293.
[82]) Willy Andreas, a. a. O., S. 13.
[83]) Kaindl, Österreich usw., S. 168.

zwischen dem deutschen Gedanken schlechtweg, der ohne weiteres die Deutsch-Österreicher einbezieht, und dem ganzen großen Siedlungsgebiet des deutschen Volkes mit den darin lebenden anderen Völkerschaften nennen wir in der Gegenwart den großdeutschen Gedanken, d. h. mit anderen Worten, das Ziel eines unter deutscher Führung — nicht Herrschaft! — geeinten Mitteleuropas. Da in Zahl, Ausdehnung, Wirtschaft und Kultur die Deutschen weit voranstehen, ergibt sich eine solche Führerolle von selbst.

Im Jahre 1848 bildeten die Anhänger dieses großdeutsch-mitteleuropäischen Gedankens zahlenmäßig eine Minderheit, dem Einfluß aber und der Stellung nach, die sie innehatten, eine Partei, die ihren Standpunkt durchdrückte. Freilich in einer Form, die grenzenlos enttäuschte: der alte, totgeglaubte, verknöcherte Deutsche Bund stieg wieder aus der Versenkung hervor [84])! Die verschiedensten Kräfte hatten zu diesem die Achtundvierziger niederschmetternden Ergebnis beigetragen und sie verbargen sich meist unter dem faltenreichen Schutzmantel des Wortes „großdeutsch"! Allen voran die erstarkte Habsburger Monarchie und ihre Anhänger, die mit erneuter Wucht großösterreichischen Plänen nachjagten. Unter dem Feldgeschrei „für Deutschland und die Legimität!" versetzten sie den preußischen Unionsplänen den Todesstoß und versuchten vorsichtig zur gleichen Zeit ihre Vorherrschaft aufzurichten, zu welchem Zwecke man die Stellung des Präsidialgesandten am Frankfurter Bundestag als brauchbar erkannte und nach Kräften ausnützte. Der harte Partikularismus der Mittelstaaten warb hinter der großdeutschen Fassade für seinen Triasgedanken, der als die wahre Verkörperung der deutschen, bündischen Eigenart gepriesen wurde. Die Kleinstaaten freuten sich, der drohenden preußischen Einverleibung entschlüpft zu sein, und die Gegner des Zentralismus, daß den Unitariern ihre Felle wegschwammen. Die Katholiken waren es zufrieden, daß ihre Zahl durch den Verbleib Deutsch-Österreichs in Deutschland aufrechterhalten und das protestantische Übergewicht vereitelt wurde. Am reinsten war vielleicht noch die großdeutsche Gesinnung beim Militär, das an die Zeit der Befreiungskriege zurückdachte und an die gemeinsamen Gefahren in Ost und West. Die preußische Hocharistokratie, in einer christlich-romantischen Gefühlswelt befangen, zog trotz der Demütigung von Olmütz die Wiedererweckung des vergangenen Zustands einem freiheitlichen „revolutionären" Kleindeutschland vor. Geschichtliche Erinnerung tat ihr Werk bei solchen, welche der guten alten Zeit nachtrauerten, ihren Einrichtungen und, leugnen wir es nicht, ihren Herrschaftsmöglichkeiten, als da wären

[84]) Andreas, a. a. O., S. 12. Zur selben Zeit freilich singt Bismarck das Lob des Deutschen Bundes (in der preußischen Abgeordnetenkammer am 6. März 1851), indem er dem Vertreter für Krefeld vorhält, wie kaum zu einer anderen Zeit Deutschland mehr Ansehen im Ausland gehabt, als während der, wo der Bundestag die auswärtigen Beziehungen Deutschlands lenkte, eines höheren Grades politischer Einsicht und größerer Autorität in der Diplomatie sich erfreut hätte!

die katholische Kirche [85]), die Fürsten, die Stände; daneben in weiten Räumen denkende Wirtschaftler oder Theoretiker, wie Bruck, der erfolgreiche Unternehmer und österreichische Handelsminister, wie Duckwitz, der Handelsminister der Paulskirche und später regierender Bürgermeister der Welthandelsstadt Bremen, wie Julius Fröbel und Konstantin Frantz, die beide, aus den geschichtlich gewordenen Verhältnissen heraus urteilend und die geographischen Bedingtheiten berücksichtigend, den Nationalstaatsgedanken für völlig unbrauchbar und verkehrt hielten; endlich äußerste Demokraten und Republikaner wie Vogt und Marx, denen allerdings schon ganz andere Ziele vorschwebten, nämlich der Kampf gegen die russische Despotie und gegen Napoleon III., dessen Niederknüppelung der sozialistischen Bewegung in Frankreich Rache heische. Großdeutsch dachten und nannten sich demnach die allerverschiedensten Leute und Richtungen. Daß sie auf die Dauer nicht die Oberhand gewinnen konnten, liegt klar zutage, wenn man sich diese Uneinheitlichkeit der Ziele und Anschauungen vor Augen hält. Die meiste Stoßkraft entwickelte noch das Großösterreichertum. Hinter ihm stand, nachdem durch den Sieg bei Custozza im Sommer 1848 ein Wendepunkt von weittragender Bedeutung gegeben war [86]), eine Großmacht mit einer schlagkräftigen Armee, die soeben erst im blutigen Kampfe ihr Selbstbewußtsein erneuert hatte, stand die Zustimmung der meisten europäischen Regierungen, vor allem der russischen, stand die zielsichere Kraft eines Mannes, der rücksichtslos seinen Weg verfolgte [87]). In der feinen, fast zarten Gestalt dieses Mannes, dessen Züge die reine nordische Rasse verraten, lebte ein lebendiger, klarer, zäher Wille. Fürst Felix zu Schwarzenberg — nicht der preußische König Friedrich Wilhelm IV., der ewig Zögernde — ist der eigentliche Held der 1848er Jahre.

Seit dem Ausgang des Weltkriegs ist der großdeutsche Gedanke in allen Schichten unseres Volkes lebendig und wir gehen auch in der geschichtlichen Rückerinnerung wieder bewußter auf ihn ein, wo immer wir auf ihn stoßen. Hat man bislang mehr den kleindeutschen Standpunkt hervorgehoben und dementsprechend die preußischen Bestrebungen der 1848er Zeit, die an einem Neubau Deutschlands arbeiteten im Sinne des 1866 und 1870/71 vollendeten zweiten Reiches, ausführlicher behandelt, so wird man heute mehr Gewicht auf den umfassenderen großdeutschen Weg legen, den man damals gleichermaßen einzuschlagen versuchte. Das Ganze gilt mehr als der Teil! Es gilt, die großdeutsche Schau dem Volke einzuprägen, demgegenüber ein Teilstück wie die preußischen Unionspläne mehr in den Hintergrund treten. Schwarzenbergs Ruhm bleibt es, dem deutschen Volke in jenen Jahren ein Ziel gezeigt zu haben, auf das wir heute, nach jahrzehntelangen Umwegen, erneut unser Augenmerk richten.

Gewiß, als Leiter der österreichischen Politik dachte er zuerst

---

[85]) die freilich gerade 1848 ganz neue Herrschaftsmöglichkeiten gewonnen hatte.

[86]) Jacob Burckhardt, Weltgeschichtliche Betrachtungen, S. 196.

[87]) Eduard Heller, Fürst Felix zu Schwarzenberg, Wien 1933, S. 19.

österreichisch, aber daß er sich als Deutscher fühlte, unterliegt keinem Zweifel. Sein Standpunkt war der des Deutschen in Österreich, der stets von universalistischen Gedanken durchsetzt ist, aufgeschlossen andern Völkern gegenüber und verknüpft mit einer staatlichen und kulturellen Sendung [88]). Schwarzenberg war ein Aristokrat und Gegner der Volksherrschaft, aber er war gleich Bismarck von Standesdünkel frei und verschmähte nicht die Hilfe eines guten Kopfes, wo immer er ihn auch finden mochte. In seinem Ministerium saß der norddeutsche Kaufmann und Protestant Bruck neben dem von der Märzrevolution her etwas angeschwärzten Advokaten Bach, der als „Jakobiner" verschriene Graf Stadion zusammen mit dem altliberalen Steiermärker Thienfeld und dem streng konservativen Grafen Leo Thun [89]). Als staatsmännischer Kopf und Realpolitiker vergaß Schwarzenberg nie, daß Gegensätze, die sich ausschließen, nicht nach Versöhnung, sondern nach entscheidender Auseinandersetzung verlangen [90]). Er entschied sich für die Einheit, gegen die Freiheit, weil er diese, von seinem österreichischen Gesichtswinkel aus, für ein Sprengmittel der Einheit seines Staates ansah. Das bedeutete die Niederwerfung aller föderalistischen und separatistischen Bewegungen in Italien und Ungarn auf dem Schlachtfeld, gegenüber den Tschechen und Deutschen Straßenkampf in Prag und Wien und Auflösung des Kremsierer Reichstags; für Deutschland hieß es gerade umgekehrt die Aufrechterhaltung des Staatenbundes, lockere Zusammenfassung in einem föderalistischen Gebilde. Daraus erwuchs die unerbittliche Feindschaft gegen den Nationalismus, weil er die Kräfte Österreichs lähmte, wenn nicht überhaupt in Stücke brach, die Gegnerschaft gegen die freiheitliche Bewegung, weil sie in ihrer kleindeutschen Form den deutschen Staatenbund, die Einheit des Deutschtums zerstörte, in ihrer parlamentarischen jede einheitliche Regelung in Frage stellte. Ihnen gegenüber stellte er die Einheit der Krone, der Armee und der Verwaltung und das deutschgefärbte Österreichertum. Österreich, unter der Führung eines deutschen Herrenvolkes, als Kern eines die Mitte des Erdteils deckenden Staatsgebildes, ein Macht- und Kulturverband größten Stiles, von einem nationalen — dem deutschen! — Mittelpunkt aus geleitet und aufgebaut, aber in universale Weiten auslaufend, das war sein Ziel [91])! Das großdeutsche 70-Millionen-Volk, so lautete das Schlagwort, der Eintritt Gesamt-Österreichs in den neuzubildenden Staatenbund die praktische Forderung. Einen der größten politischen Gedanken des Jahrhunderts, so hat Moritz Mohl ihn in der Paulskirche genannt [92]), eine politische Idee von einleuchtenderem Vorteil, von größerer Genialität, ruhmvoller und wirkungsvoller für Deutsch-

[88]) Heller, a. a. O., S. 202.
[89]) Heller, a. a. O., S. 19.
[90]) vgl. dazu Joh. Haller, Die Epochen der deutschen Geschichte, Stuttgart 1923, S. 368.
[91]) Andreas, a. a. O., S. 15.
[92]) Stenographische Berichte des Frankfurter Parlaments, hsgg. von Wigard, Frankfurt 1849, (15. Januar 1849) VI, 4621.

land als die beschränkten kleindeutschen Bestrebungen [93]). Mitteleuropa geeint unter deutscher Führung, das hieß wahrhaft die Überlieferung des ersten Reiches wieder aufnehmen. Der naturgegebene Führer dieses neuen Mitteleuropas war Österreich, der geographischen Lage nach wie der geschichtlichen Überlieferung, als Besitzer Böhmens, der „Zitadelle Europas", und jahrhundertelanger Träger der deutschen Kaiserkrone [94]). Ideen bestimmen in stärkstem Ausmaße das Handeln der Menschen: hier war eine Idee, die hinreißend wie begeisternd war, die der deutschen Sendung entsprach, welche die Natur selber als Aufgabe hingestellt hat, insofern Raum und geschichtliche Entwicklung auf sie hinweisen. Schwarzenbergs Wirken und Wollen war ein Spiegelbild, ein Ausdruck, eine Offenbarung dieser universalen Idee. Für sie setze er sein Können ein und die Macht der österreichischen Monarchie und wäre ihm sein Werk gelungen, das deutsche Volk würde ihn als einen seiner Größten preisen. Wenn es aber nicht gelang, so mußten die Pfeile auf den Schützen zurückfallen.

Denn in seinem heroischen Kampfe für die Einheit wandte sich Schwarzenberg gegen alle Kräfte, die aus den Revolutionsjahren lebendig waren. Wenn er nicht durchdrang, dann mußten diese in ihrer nationalen und freiheitlichen Form, bei ihrem Gegenschlage notgedrungen auflösend wirken. Der deutsche Nationalstaatsgedanke war gezwungen, da Österreich sich versagte, seine Hoffnungen auf den preußischen Nebenbuhler zu setzen. Das bedeutete zunächst Ausschluß der zwölf Millionen Deutsch-Österreichs und für später die Zertrümmerung des Habsburgerstaates. Das Deutschtum Österreichs schrumpfte dann in eine solche Minderheit zusammen, daß es auf die Dauer gegen die Anstürme der Slawen und Ungarn nicht standhalten konnte; in der Folge gingen alle Errungenschaften eines halben Jahrtausends verloren. Das Verhängnis wollte es, daß beides sich verwirklichte. Hierin liegt die erschütternde Tragik der deutschen Geschichte. Der Nationalismus der anderen, der Tschechen, Polen, Italiener, Ungarn usw. half dabei getreulich mit, und seine Waffe bei der Zerstückelung der Donaumonarchie war vornehmlich der Parlamentarismus der Liberalen. Denn in einem allösterreichischen Reichstag, in dem die reine Zahlenmehrheit entschied, mußten die Deutschen überstimmt werden: Österreich wurde zum Slawen- und Magyarenreich. Es erhellt aus alledem die nicht zu bestreitende Tatsache, daß Schwarzenbergs Politik, mögen noch so sehr österreichisch-staatliche Überlegungen den Ausschlag dabei gegeben haben, doch eine Politik zugunsten des Deutschtums gewesen ist. Sein hervorragendster Mitarbeiter war der Freiherr von Bruck, der untentwegt und bewußt die Zollunion Österreichs mit dem deutschen Zollverein betrieb und alle erdenklichen Zugeständnisse zu diesem Zweck befürwortete, da er des Glaubens lebte, daß eine solche wirtschaftliche Vereinigung ganz allmählich und zwanglos die politische herbeiführen werde. Er tat dies, weil er die Lebensquellen Österreichs

[93]) Richard von Kralik, Österreichische Geschichte, Wien 1913, S. 483.
[94]) vgl. dazu Kaindl, Österreich usw., S. 195.

in der innigsten Verbindung mit Deutschland erblickte [95]). Er verband damit den Gedanken der kolonisatorischen Aufgabe im Sinne der deutschen Ausbreitung, die Österreich im Südosten zu erfüllen habe. Aufgrund der Darstellung Friedjungs [96]) hat man freilich einen grundsätzlichen Gegensatz zwischen Schwarzenberg und Bruck festzustellen geglaubt, eine Anschauung, die aber neuerdings auf Widerspruch stößt [97]). Allein, da der Erfolg und damit der Ruhm schöpferischer Gestaltungskraft ausblieb, da die Schwarzenbergschen Ziele auch trotz eines etwa vorhandenen abweichenden Standpunkts so oder so zum Vorteil des Deutschtums ausschlagen mußten, so bleibt nur zu erörtern, warum diese größte und zukunftsreichste aller politischen Unternehmungen, welche das Jahr 1848 gebar, gescheitert ist.

Sie konnte nur durch das Schwert den Sieg erringen, genau wie knapp zwanzig Jahre später die kleindeutsche Sache unter Bismarcks Führung ihr Glück in einem Kriege fand. Der Dualismus, d. h. die beiden Staatspersönlichkeiten Österreich und Preußen, waren so stark geworden, daß nur mehr durch einen Zweikampf entschieden werden konnte, wer die Führung Deutschland übernehmen sollte, wenn man diese Zweiköpfigkeit unbedingt für abschaffenswert erachtete. Auf dem europäischen Felde bestanden zwischen Preußen und Österreich keine Gegensätze [98]) und ein tiefschürfender Denker, Konstantin Frantz, hat auf dieser Tatsache fußend politische Aufgaben gezeigt, die den Dualismus fruchtbar und schöpferisch, zu Nutz und Frommen des deutschen Volkes verwerteten. Allein der Drang zur Einheit war übermächtig. Der Sieg, ein voll ausgenutzter Sieg Österreichs, hätte die weiteste Einheit gebracht, während ein preußischer notgedrungen eine beschränktere ergab. Warum hat Schwarzenberg nicht das Äußerste gewagt? Um diese Frage zu beantworten, müssen wir einen Blick in das europäische Staatsgefüge tun, welches mehr als alles andere den Gang der Ereignisse bestimmte.

Vor dem Ausbruch der 1848er Revolution standen sich in Europa zwei Fronten gegenüber [99]): England-Frankreich, die sich mit Vorliebe die Fortschrittlichen nannten, weil bei ihnen eine konstitutionelle Verfassung regierte, und Rußland-Österreich-Preußen, die den konservativen und legitimistischen Standpunkt vertraten. Die Gegnerschaft wirkte sich insofern auf dem außenpolitischen Gebiete aus, als England und Frankreich die Freiheitsgelüste der Völker auf dem Balkan und der Apeninnenhalbinsel unterstützten, und Frankreich für sich die Entscheidung von 1815 unermüdlich und erbittert bekämpfte. Die Rheingrenze wurde ihm zur Prestigefrage, eine Angelegenheit der ganzen Nation, durch alle Parteien hin-

---

[95]) Paller, Der großdeutsche Gedanke, S. 80.
[96]) Heinrich Friedjung, Österreich 1848—60, II 30 f., 48 f. u. a.
[97]) Heller, Schwarzenberg, S. 102.
[98]) Paller, a. a. O., S. 77.
[99]) Erich Marcks, 1848 und die europäischen Mächte, Historische Zeitschrift 1930, S. 73 ff.

durch [100]). 1840/41 stand Frankreich auf dem Punkt, während der Orientkrise, ohne tieferen Grund Deutschland mt Krieg zu überziehen. Dies hatte auch Preußen auf den Plan gerufen und Männer wie Prinz Wilhelm oder Moltke traten schier begeistert für eine kriegerische Abwehr gegen solche Anmaßung ein, die als Lohn das deutsche Elsaß und Lothringen bringen mußte [101]).

Der Umsturz in Frankreich während des Monats Februar 1848 und in Deutschland knapp ein paar Wochen darauf änderte diese politische Kräfteverteilung für den Augenblick vollkommen. Lamartine, das dichterische Haupt der provisorischen Regierung in dem freiheitstrunkenen Paris und der neue preußische Minister des Auswärtigen, Graf Arnim, schienen geneigt, unter dem Eindruck der russenfeindlichen und polenbegeisterten öffentlichen Meinung in beiden Ländern, ihre Staaten durch ein Bündnis aneinanderzuschmieden, um, gestützt auf dieses Bündnis, für die Wiederherstellung Polens einen Krieg gegen das „barbarische und despotische" Rußland zu entfesseln [102]). Der Hintergedanke bei diesem so plötzlich aufflammenden Kriegsrausch war bei Lamartine wohl die stille Hoffnung, auf dem linken Rheinufer eine Entschädigung zu finden (nebst einer wohltätigen Ablenkung der im Innern brodelnden Spannung nach außen), bei Arnim die Überzeugung, daß diese günstig scheinende Gelegenheit zu einer Vergrößerung Preußens ausgenutzt werden könnte. Das Opfer, das dieses französisch-preußische Zusammengehen erheischt hätte, nämlich die Aufgabe der polnischen Striche des preußischen Staates, welche dem neuen polnischen Reiche zufallen würden, schien ihm jene verlockende Aussicht wert. Österreich fiel aus, da es sich seit den Märztagen in voller Auflösung befand und derzeit als europäische Macht ausgelöscht war. Indessen, diese so rasch zustandegekommene Verbrüderung brach nur zu schnell wieder auseinander: als Arnim für den Fall eines kriegerischen Vorgehens feste Bürgschaften in Paris fordern ließ, da wich Lamartine aus. Dies brachte die Preußen zur Besinnung, auch in ihrer Haltung gegenüber den Polen. Deren Aufstand im Posenschen wurde, nachdem man kurz zuvor die Zügel der Herrschaft fast völlig den Aufrührern überlassen hatte, nun tatkräftig niedergeschlagen [103]). Dies führte seinerseits zu einem gänzlichen Umschwung in Paris; die heißblütige Presse forderte offen den Krieg gegen den östlichen Nachbarn! Am 15. Mai aber wurden diese übereifrigen Schreier durch das Militär stumm gemacht, und bald darauf richtete Cavaignac die Herrschaft der Gemäßigten auf. Die auswärtige Politik Frankreichs wird seitdem wieder stetiger und lenkt fast zwanglos in ihre alterprobte Bahn zurück, welche Napoleon Bonaparte oder noch weiter zurück schon Richelieu, der große Kardinal, Deutschland gegenüber für die

[100]) Friedrich Ley, Frankreich und 1848, in den Preuß. Jahrbüchern 1928, 213. Band, S. 200.

[101]) Moltkes Ges. Schriften, V, 171 ff.

[102]) Ley, a. a. O., S. 204.

[103]) vgl. Friedrich Schinkel, Polen, Preußen, Deutschland, Breslau 1931, S. 67 f.

einzig richtige erklärte: Die Macht Frankreichs beruhe zum großen Teil auf der Zerrissenheit Deutschlands. So ließ denn die Regierung in der Kammer die Erklärung abgeben, daß die Verwirklichung der Einheit Deutschlands — von der das von Arnim geplante Kleindeutschland ein Anfang gewesen wäre — Frankreich keineswegs zusagen könne [104]). Ein Großdeutschland gar, so wie es Schwarzenberg plante, war mit jeder französischen Außenpolitik unvereinbar. Eine gewisse Rolle spielte auch das Dahlmannsche Sprachenprinzip, welches im § 188 der Frankfurter Reichsverfassung jedem Volksstamm Gleichberechtigung seiner Sprache in der inneren Verwaltung, Kirche und Unterricht verhieß; die Franzosen fürchteten, daß über kurz oder lang die Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens zu Frankreich in Zweifel gesetzt werden könnte. Die patriotischen Reden der Paulskirche und die zeitweiligen Pläne einer südwestdeutschen Republik mit Einschluß des Elsasses, die in den Köpfen radikaler Demokraten spukten, klangen nicht sehr geheuer. Die Dänen fanden daher willige Ohren in Paris, als sie den Franzosen einflüsterten, Deutschland werde nächst Schleswig auch auf Straßburg und sein Hinterland seine Hand ausstrecken. Die Franzosen machten von dieser Anregung einen ungebührlichen Gebrauch, indem sie bald darauf den Russen ihre Annäherung an deren Standpunkt in der schleswig-holsteinischen Frage dadurch begreiflich zu machen mühten, indem sie behaupteten, neben dem Elsaß wolle Deutschland auch Kurland haben [105]).

Die schleswig-holsteinische Angelegenheit! Hier ist der Knotenpunkt der europäischen Verflechtungen der Jahre 1848—52, der Tummelplatz aller Diplomaten, das gemeinsame Feld der Abgesandten aller fünf Großmächte, denen sich diejenigen Dänemarks und Schwedens und — des Deutschen Bundes, sei es in Gestalt der Paulskirche oder des wiederauferstandenen Bundestages seit 1850, anschließen. Allen voran England! Mit feiner Spürnase wittern die Briten, seitdem preußische Truppen die Eider überschritten hatten — um den Stammesgenossen in ihrem Kampfe für ihre Rechte und ihre deutsche Art zu helfen — ungemein gefährliche Möglichkeiten der Zukunft. Die Angst vor einer Betätigung des werdenden Deutschlands auf dem Weltmeer schien sehr rasch Wirklichkeit zu werden, wenn Preußen, sei es für Deutschland, sei es für sich allein, die ganze Elbebucht durch die Eroberung Schleswig-Holsteins oder gar ganz Jütlands in seine Gewalt bekam. (Man muß sich vergegenwärtigen, daß z. B. Altona, gegenüber Hamburg, zwar zum Deutschen Bunde gehörte, aber unter dänischer Oberherrschaft stand.) Schon stieg das Bild eines großen und mächtigen Wirtschaftsblockes auf dem Kontinent mit dem Mittelpunkt Deutschland herauf, und die Engländer ließen es sich nicht ausreden, daß allein solche wirtschaftlichen Wünsche die Deutschen nach Schleswig geführt hätten. Daß die Stimme des Blutes, das Gefühl der völkischen Zusammengehörigkeit die deutschen Brüder

---

[104]) Ley, a. a. O., S. 208.
[105]) Ley, a. a. O., S. 211.

mit den Waffen herbeieilen ließ, leuchtete ihnen nicht ein, und Disraeli konnte im Parlament in wohlberechneten Worten von jenem „träumerischen und gefährlichen Unsinn, genannt German nationality" sprechen mit der sicheren Erwartung, im Schoße der Abgeordneten Verständnis und Beifall zu finden. Ein überempfindlicher Handelsneid und im geheimen wohl auch das Bewußtsein um die Stärke Deutschlands, wenn es sich nur auf sich selbst besann, gebot der englischen Politik, in der schleswig-holsteinischen Frage die schärfste und deutschfeindlichste Haltung einzunehmen. Ganz einheitlich und klar war ihre Stellung gegenüber den deutschen Dingen aber doch nicht. Das ganze 18. Jahrhundert hindurch hatte Österreich oder gelegentlich auch Preußen für England gegen Frankreich, den damaligen Erbfeind Albions, gefochten. Ein starkes Mitteleuropa mußte London angenehm sein. Der Gegensatz zu Rußland unterstrich noch dieses Bedürfnis. Seitdem Lord Palmerston, der Leiter der englischen Politik, sich durch die Unterstützung der italienischen Freiheitsbestrebungen die Gunst Österreichs auf immer verscherzte — (eine die europäische Politik völlig umwälzende Entscheidung) [106]) — lag eigentlich ein Bündnis mit Preußen nahe, und in der Tat fanden die kleindeutschen Ziele Berlins in London eine gefühlvolle Teilnahme und zeitweilige Ermunterung. Indessen, wenn die Dänen dann wieder von der deutschen Gefahr sprachen, Deutschland die Seeherrschaft auf der Ostsee gewinnen und eine deutsche Flotte auf den Meeren erscheinen, eine deutsche Industrie mit ungeheurer Schnelligkeit aufblühen werde, die dem englischen Handel in gefährlichem Wettbewerbe gegenüberträte, zog sich der britische Minister besorgt und mißtrauisch auf seinen engen Standpunkt zurück [107]). Als durch das Programm von Kremsier im November 1848 Österreich anzeigte, daß es an seiner Einheit festhalten wolle und diese Erklärung nur mehr den beiden Möglichkeiten Raum gab, daß entweder die Aufnahme Gesamt-Österreichs in den neuen deutschen Bund erfolgte oder aber sein Ausschluß, da hielt man in England diesen Ausschluß für durchaus zweckmäßig [108]). Daß man ein 70-Millionen-Reich nicht sehr freundlich begrüßen würde, obwohl es noch am ehesten mit der überlieferten englischen Frontstellung gegen Frankreich und Rußland vereinbar war, war somit augenscheinlich.

Den Ausschlag in dem Streite um Schleswig-Holstein und seine staatliche Zugehörigkeit gab zuletzt der alles überwuchtende Wille des russischen Herrschers. Der Zar war mit dem dänischen Königshause nahe verwandt; zum erbitterten Feind des schleswig-holsteinischen Freiheitskampfes aber machten ihn mehr die Prinzipien des Legitimismus und der Autokratie gegenüber den „revolutionären" Gedanken des Widerstandsrechts gegen fürstliche Willkür, der Volkssouveränität und der mit ihr verbündeten liberalen Ver-

---

[106]) Jacob Burckhardt, Weltgeschichtliche Betrachtungen, S. 198.

[107]) Hans Precht, Englands Stellung zur deutschen Einheit 1848—50, München 1925, S. 29.

[108]) Precht, a. a. O., S. 75.

fassung. Wer Rußland sich zum Freunde gewinnen wollte, der mußte ihm zuvörderst hier, in diesem Wetterwinkel des Kontinents, in Urteil und Tat bedingungslos zur Seite stehen. Schwarzenberg hat als kühler Rechner dies von allem Anfang an mit Scharfblick erkannt und danach gehandelt und damit freilich die heißen Wünsche des deutschen Volkes seinen absolutistischen Neigungen und dem politischen Schachspiel aufgeopfert. Preußen dagegen hat für sein entschiedenes Eintreten für die Bewohner der deutschen Nordmark schwer büßen müssen, indem es sich die Gunst des Zaren solange verscherzte, als es die Elbherzogtümer unterstützte. Der österreichische Staatsmann hoffte, angesichts der preußischen Hartnäckigkeit in dieser Frage — es spielten ja auch großpreußische Wünsche in nicht geringem Maße dabei mit — den Russen die Zustimmung zu seinen mitteleuropäischen Plänen zu entlocken. Allein diese Gegengabe erschien ihnen doch wieder zu teuer. Ein Gleichgewicht zwischen Preußen und Österreich dünkte den Moskowitern der weitaus günstigere Zustand. Ein geeintes Mitteleuropa mochte leicht versucht sein, einen kräftigeren Drang nach dem Südosen hin zu bekunden oder gar nach dem Nordosten, zu den baltischen Brüdern hinüber. Endlich war dem Zaren der Gedanke, daß ein deutsches Parlament — dessen Begründung in dem Vorschlag des Gesamteintritts Österreichs miteinbegriffen war, aus Rücksicht auf die Mittelstaaten — in den Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland mitzusprechen habe, alles andere denn angenehm. Er ließ sich jedoch darüber beschwichtigen, als man ihm die Geringfügigkeit seiner Rechte vorstellte [109]). Schließlich willigte er in den Plan des 70-Millionen-Reiches Schwarzenbergs ein, jedoch nur unter der Bedingung, daß keine Gewalt angewandt werde. Somit mußte die Auseinandersetzung zwischen Preußen und Österreich die Entscheidung bringen.

Die schwierigste Aufgabe der deutschen Revolution von 1848 bestand darin, die beiden deutschen Großmächte dem Einheitswillen der Nation so weit zu beugen, daß sie zugunsten eines deutschen Staates auf einen Teil ihrer Souveränität verzichteten. Die Entwicklung hatte dazu geführt, daß aus dem Schoße des deutschen Volkes eine ganze Menge von selbständigen Staaten emporgewachsen war, darunter aber zwei von gewaltigen Ausmaßen, dergestalt, daß sie über das deutsche Kerngebiet hinweg in fremdvölkische Räume hineingriffen. 1815 hatte man dieser Tatsache dadurch Rechnung getragen, daß man die preußischen Ostprovinzen außerhalb des Deutschen Bundes ließ und von Österreich nur die alten Erblande und Böhmen hereinnahm. Das war nicht nach nationalen Gesichtspunkten geteilt. In dem einen Falle blieben etwa 7½ Millionen draußen und in dem anderen nahm man Welschtiroler, Slowenen und Tschechen herein, die zusammen ebenfalls mehrere Millionen zählten. Der nationalstaatliche Gedanke, der 1848 zum Durchbruch gelangte, forderte, daß alle Deutschen, die im Herzen Europas saßen und in runder Summe damals 40 Millionen ausmachten, in einem Staat vereinigt werden sollten. Nun aber

[109]) Heller, Schwarzenberg, S. 104.

waren da vier Staaten — wenn man die Schweiz mitzählt, die aber niemand antastete, sogar fünf — die nur zu einem Teil über deutsche Untertanen geboten: die Niederlande, Dänemark, Preußen und Österreich. Wie sollte man da eine Einheit zimmern? Man glaubte, daß die Personalunion das geeignete Mittel sei, d. h. die Herrscher jener vier Staaten trennen ihre deutschen Teile in Verwaltung und Verfassung von ihrem Gesamtgebiet ab und erhalten die Verbindung nur mehr in der monarchischen Spitze. Solange diese Teile nur ein Zehntel oder ein Fünftel ausmachten wie bei dem westlichen und nördlichen Königreich, konnte man ohne Schaden die Scheidung nach der reinen Personalunion durchführen. In Preußen lag die Sache insofern umgekehrt, als hier ein mehr oder weniger selbständiger polnischer Teil hätte entstehen müssen, der durch das Band der Krone mit Preußen verbunden blieb, während die Hauptmasse zu Deutschland geschlagen würde. Ganz anders in Österreich. Sein Kernland, dem auch die Dynastie entstammte, war deutsch und beherrschte die nichtdeutsche Mehrheit. Es standen rund 26 Millionen Slawen und Ungarn gegen rund 12 Millionen Deutsche, von denen etwa $1^1/_2$ Millionen inselartig in Ungarn und Siebenbürgen lebten. Eine Personalunion würde hier den Staatsverband zerreißen und neue selbständige Reiche aus den nichtdeutschen Ländern schaffen [110]). Zudem muß man berücksichtigen, daß auch der österreichische Teil, welcher zum Deutschen Bunde gehörte, nicht rein deutsch war, sondern mit fremden Volksteilen durchsetzt [111]). Eine völlige Autonomie der einzelnen Völker — das war der Sinn der Personalunion — hätte Oesterreichs kulturelle Mission, die wesentlichste Rechtfertigung seines Bestandes, völlig unmöglich gemacht [112]). Diese Kultur aber war deutsch und es hieß die Quelle verstopfen, aus dem das höchste Leben dieses Staates erfloß, wenn man die Trennung durchführte. Obendrein bot die Streusiedlung unendliche Schwierigkeiten. Solange der Staat Österreich, der als Staaten-, nicht als Völkerbund ins Leben getreten war, noch irgendwelche Kraft besaß, mußte er die Zumutung der Personalunion als einen Stoß in sein Herz empfinden. Der großdeutsche Gedanke in seiner reinen Gestalt also hätte sich 1848 nur durchsetzen können, wenn Österreich zerfallen wäre. Im Grunde handelt es sich demnach um einen Zweikampf zwischen der geistigen, gefühlsmäßigen Idee des Nationalen und dem tatsächlichen, harten Staatsgebilde, das auf geschichtlichen, wirtschaftlichen und räumlichen Grundlagen beruhte. Der Sieg mußte dem Staatsgedanken zufallen, weil er in jener Zeit die Gemüter durch seine Machtmittel und seine Überlieferung noch stärker beherrschte als der noch ungefüge, ungefestigte Gedanke des Volkstums. Gerade das habsburgische Reich ist ein anschauliches Musterbeispiel für das langsame Werden des Nationalen, die Möglichkeit der Beein-

110) Abgeordneter von Arneth in der Paulskirche, Stenogr. Berichte, S. 2779.

111) Heller, Schwarzenberg, S. 211.

112) Wilhelm Schüßler, Die nationale Politik der österreichischen Abgeordneten in der Frankfurter Nationalversammlung, Berlin 1913, S. 23.

flussung durch den Staat, die formende Kraft der politischen Geschicke, den flüssigen Zustand, während es herüber und hinüber geht und die Grenzen der Völkerschaften noch nicht erstarrt sind. Ebenso wie das Volkstum auf das Staatsleben zurückwirkt, prägt der Staat das völkische. Die Eindeutschung der Slawen durch die Ostsiedlung des Mittelalters beweist diese Tatsache unwidersprechlich. Schwarzenberg hatte sie auf das schärfste erfaßt; darum seine Einheitsverfassung, die der deutschen Kultur, und sein 70-Millionen-Reich, das dem deutschen Volkstum das Übergewicht und die bestimmende Stärke geben sollte. Daß dabei die Führung den Deutschen Österreichs zugefallen wäre, indem ihr Herrscherhaus auch die Krone des neuen, mitteleuropäischen Reiches getragen hätte, ist begreiflich. Noch keiner hat es Bismarck mit Gründen verübeln können, daß er bei der Führerwahl zuerst an seine Preußen dachte; das gleiche gilt für Schwarzenberg. In beiden Fällen aber mußte das deutsche Volkstum — freilich in sehr verschiedener Weise — die Einheit bilden und verkitten.

Die Frankfurter Versammlung, die den Nationalstaatsgedanken auf ihre Fahne geschrieben hatte, mithin von einem Eintritt der gesamten österreichischen Monarchie, wie Schwarzenberg gegen Ende des Jahres 1848 und dann noch einmal auf das bestimmteste in seiner Note vom 9. März 1849 ihn gefordert hatte, in ihrer überwältigenden Mehrheit nichts wissen wollte — „wir wollen uns nicht verunreinigen lassen mit Polen und Kroaten" (Arndt an Friedrich Wilhelm IV.) [113]) — war ohnmächtig, mit den Waffen Österreich zu ihrer Auffassung zu zwingen. Durchaus im Einklang mit den von ihr vertretenen Anschauungen wandte sie ihre Hoffnung nun Preußen zu. Nur wenige, vor allem natürlich Deutsch-Österreicher, dann staatsmännische Köpfe wie der Präsident Heinrich von Gagern, Vincke, Fröbel, Moritz Mohl, erhoben ihre Stimme, um die Bedeutung des Zusammenschlusses von Gesamtösterreich mit Deutschland hervorzuheben. Die Reden für und wider, stehen alle auf einer bemerkenswerten Höhe, überzeugend, durchschlagend, meisterhaft; sie lesen sich wie ein spannendes Schauspiel. Die Gründe beleuchten immer wieder die Mittellage Deutschlands mit seinen zwei Fronten nach Frankreich und Rußland hin; die Bedeutung des Südostens für das deutsche Volk, seine Kultur, seine Ausbreitung, seine Geltung im Rate der Völker; die Beherrschung von vier Meeren — „daß dereinst die deutsche Küste bespült werde von den Wogen des Schwarzen Meeres" [114]) — und die Möglichkeit, ein mitteleuropäisches Wirtschaftsgebiet aufzubauen, das sich selbst genügte; es ist, als ob man die prophetische Stimme Lists vernähme [115]). Beckerath sprach es aus: Das erste Bedürfnis einer großen, gebildeten Nation ist das der Macht; sie will nach außen hin

[113]) angeführt bei Rapp, Großdeutsch und Kleindeutsch, München 1922, S. 141.

[114]) Sten. Ber. 4575.

[115]) vgl. vor allem die Stenographischen Berichte vom 24.—27. Oktober 1848, 12.—15. Januar 1849 und wieder vom 19.—22. März 1849, Band IV, VI und VIII.

geehrt und mächtig sein und von dieser Bedingung hängt auch ihre innere Freiheit, die auf dem Selbstgefühle beruht, unweigerlich ab [116]). Ein anderer Redner [117]) weist darauf hin, daß auch die Kroaten, Ungarn, Galizier auf so vielen Schlachtfeldern für Deutschland mitgeblutet hätten und geholfen, Napoleon niederzuringen, Deutschland zu befreien! Der feurige Vertreter für Deutsch-Mähren, Giskra, besingt in schwungvollen Tönen die Wirkung einer Hereinnahme des ganzen Habsburgerstaates: „Am liebsten wäre es mir, wenn es gelänge, ganz Österreich ins Deutsche Reich hereinzunehmen in all seiner Größe, Mannigfaltigkeit und Herrlichkeit. Ganz Deutschland fände dabei großen Vorteil. Dann könnte sich ungehindert der Kulturstrom hinübergießen nach dem Osten; dann hätten wir die Küsten von Istrien und Dalmatien, mit ihrem Schiffsholz und tüchtigen Matrosen, dann erfolgte das Nahrücken an die so oft bemitleideten Deutschen in Ungarn und Siebenbürgen; dann wären die weiten ungarischen Gefilde geöffnet für die deutschen Bauern, die sonst über den Ozean gehen müssen, und diese könnten dort unter dem Schutze deutschen Rechts, deutscher Freiheit, dem reichen Boden tausendfältige Frucht abringen, den süßen Wein ziehen; dann hätten wir das ganze große Österreich mit seinen metallreichen Bergen, Polens reiche Wälder böten deutschen Schiffen Holz, die den Dnjestr hinunter nach dem Schwarzen Meere zögen; dann hätten wir den „Keil und Hammer" zugleich, um mit den Ruthenen zwischen Nord- und Südslawen hineinzudringen und an der Mündung der Donau das deutsche Banner zu entfalten" [118]). Reitter aus Prag geht sogar soweit, daß er ausruft: „wenn auch in Böhmen kein einziger Deutscher lebte, müßten wir Böhmen doch haben"! [119]) und unterstreicht damit die geopolitische Bedeutung der „Zitadelle Europas".

Allein, Nationalstaat und Nationalitätenstaat, das sind zwei Dinge, die lassen sich nicht vereinigen, und so redete man ergebnislos aneinander vorbei. Der Antrag des großbayerischen mit großdeutscher Politik verknüpfenden Abg. Sepp, Gesamtösterreich in den deutschen Bundesstaat aufzunehmen, nach dem Vorbild Nordamerikas, wo auch Nationalitäten verschiedenster Art beisammen wohnten — „es wäre gewiß kein Unglück für die anderen Völkerschaften, wenn sie mit einer mächtigen Nation in Einheit verbunden wären wie die der Deutschen, und alle Vorteile der Gesittung, Gesetzgebung, Handelspolitik, aller Kräfte und Stärkung, teilhaftig würden" — dieser Antrag [120]) blieb ohne Folge. Weil die Mehrheit den Nationalstaat wollte, so entschied sie sich denn für Preußen, das nun der einzige Staat war, der einen deutschen Nationalstaat herbeiführen konnte. Das Opfer von zehn Millionen Deutschen der Südostmark schien dem vom Volksgedanken begeisterten Herzen nicht zu groß, um einer endlich erreichbaren Einheit willen,

116) Sten. Ber. 4595.
117) Sten. Ber. 5840 (Mohl).
118) Sten. Ber. 4660.
119) Sten. Ber. 2783.
120) Sten. Ber. 4610, vgl. auch 4663.

und die Aussicht, daß die Bedeutung des Parlaments, wie das bei einem Nationalitätenstaat naheliegt, in den Hintergrund gedrängt würde, war nicht sehr verlockend. Die Tatsache, daß Österreich 1815 die Wacht am Rhein aufgegeben hatte, fiel jetzt schwer ins Gewicht. Wenn Preußen die Führung übernehmen sollte, dann gab es zwei Möglichkeiten: 1. ohne Österreich, oder 2. dieses zerreißen in eine deutsche und eine slawisch-magyarische Hälfte, Beide Erwägungen riefen den erbittertsten Widerstand der Deutsch-Österreicher hervor. Sie wollten ihrem Heimatlande die Vormacht in Deutschland erhalten und gleichzeitig ihre Vorherrschaft im Habsburgerstaate bewahren. Gegen Preußens Führung waren ferner alle Katholiken und solche, namentlich Südwestdeutsche, denen dessen bürokratischer und militärischer Charakter eine unüberwindliche Abneigung einflößte. Ihren größten Gegner aber fand die Paulskirche ausgerechnet in dem Manne, den sie erhöhen wollte. Friedrich Wilhelm IV. lehnte die ihm von der Frankfurter Nationalversammlung angebotene Kaiserkrone ab. Damit verscherzte er die Möglichkeit eines großen preußischen Gewinnes; für die Paulskirche bedeutete es die Vernichtung. Seine hohe Auffassung von dem Gottesgnadentume auf dem Throne scheute vor der Beeinträchtigung der Rechte anderer Souveräne und seiner eigenen Stellung zurück und sein großdeutscher Sinn davor, daß er „über einen Rumpf herrschen solle". Insofern die Annahme der Kaiserkrone einen Kampf mit den Mittelstaaten und Österreich heraufbeschworen hätte, war sein Nein politisch richtig, wenn man die damalige Lage bedenkt. Ein Friedrich der Große hätte es vermutlich doch gewagt; Friedrich Wilhelm IV. war aber keiner, wie er zu Mitgliedern der Abordnung selber sagte. Indessen, noch war nicht alles vorüber, das letzte Wort noch nicht gesprochen. Die Machtlosigkeit der Volksvertreter war das Grab ihrer Meinung; nun mußten die Regierungen sprechen und handeln.

Damit traten die eigentlichen Machthabenden auf die Bühne. Preußen hatte für sich eine Einheitsverfassung oktroiert und Österreich desgleichen. Beide wollten die Sehnsucht nach deutscher Einheit und Macht für ihre Zwecke benutzen. Preußen versprach einen einheitlichen, schlagkräftigen, deutschen Kernstaat, Österreich Macht und Größe, aber im Innern locker gefügt und weniger den liberalen Forderungen entgegenkommend [121]). Es gelang Preußen, in der Union einen großen Teil des außerösterreichischen Deutschtums zu sich herüberzuziehen, wenngleich die größeren Staaten nur zögernd mitgingen und jederzeit bereit waren, wieder abzuspringen. Diese Union war als der Anfang eines werdenden Deutsch-

[121]) Der Liberalismus jener Tage war überwiegend staatsbejahend; wir dürfen daher nicht, wie man neuerdings geneigt ist, den Mangel oder die Mindereinstellung der Volksvertretung in den Plänen Schwarzenbergs wegen der staatsauflösenden Wirkung des Liberalismus in der Gegenwart begrüßen, wenngleich eine solche Gefahr im Keime immer vorhanden ist, wie man auch bereits in der Paulskirche richtig erkannte. (Vgl. dazu Sten. Ber. 5862).

lands gedacht, wenn auch verständlicherweise die Preußen als Führer sehr gut dabei abschnitten. Im anderen Lager fand Österreich Unterstützung für seine mitteleuropäischen Pläne vornehmlich bei den Mittelstaaten. Gewiß nicht aus reiner Liebe oder allein aus ihrem großdeutschen Bekenntnis heraus. Sie erhofften vielmehr Verstärkung ihres Einflusses und die Demütigung Preußens. Das „dritte Deutschland" konnte bei einem Staatenbunde, in dem es geschickt seine unzweifelhaft vorhandene und nicht zu unterschätzende Bedeutung verankerte, nur gewinnen; je größer dieser wurde, desto höher mußte die europäische Wichtigkeit der Mittelstaaten steigen, Daher auch die erbitterten Kämpfe um die Stimmenzahl im Direktorium, das ihn leiten sollte. Allein, letzten Endes genügte ihr Wollen nicht, solange sie nicht untereinander eins waren. Das geschah fast niemals, da ihr enger Partikularismus, ihre Selbstsucht zu tief wurzelte. So kam es doch wieder auf das Verhältnis zwischen Preußen und Österreich an. Die beiden mußten sich entweder verständigen oder einer dem anderen seine Pläne aufzwingen; ein Drittes schien unmöglich.

Man hat lange um die Verständigung gerungen. Gagerns vermittelnder Plan vom engeren und weiteren Bund versprach die Versöhnung zwischen dem kleindeutschen und mitteleuropäischen Gedanken. Friedrich Wilhelm IV. und sein Minister Radowitz griffen ihn auf und schufen das Bild der drei Scharniere: ein kleindeutscher Bundesstaat unter preußischer Führung, das „deutsche Reich", welches diesen und Deutsch-Österreich umfaßte, endlich der mitteleuropäische Staatenbund, der das gesamte Österreich mit hereinnahm. In der Theorie ein sehr hübsches Gemälde, wie aber sollten diese sechs Körper — drei Zentralregierungen und drei Parlamente — in leidlicher Eintracht miteinander arbeiten? In Deutschland war damit die Vormacht Österreichs zurückgedrängt; diese Lösung wurde deshalb von dem sich verjüngt fühlenden habsburgischen Reiche abgelehnt. Folgte man den Plänen Schwarzenbergs, die das Schwergewicht auf die Einheit Österreichs legten, so mußte zwangsläufig diesem die Führung in Deutschland zufallen und das war wieder Preußen nicht recht. Sein starkes Staatsgefühl, das Bewußtsein, was Zahl und Ausdehnung anbelangte, bei weitem der größte reindeutsche Staat zu sein, verlangte, wenn nicht die Führung, so doch zum mindesten die Gleichberechtigung. Es blieb nur mehr die Entscheidung durch Gewalt, wenn anders man nicht vorzog, zum alten Zustand des Bundes zurückzukehren.

Betrachtet man jene Vorgänge um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts vom Standpunkt des deutschen Volkstums aus, inwieweit sie zu seiner inneren und äußeren Festigung nutzbar gemacht werden konnten, dann war der Sieg Österreichs wünschenswert. Die Jahrzehnte, die seitdem vergangen sind, haben uns über den Wert belehrt, den die Einheit des Staatsgebietes darstellt, und darüber, wie verhängnisvoll jede Verkleinerung, und entspränge sie den edelsten Beweggründen, sich in der Folge für das Volkstum auswirken muß. Der oft gehörte Einwand, daß man nicht von der

heutigen Zeit her Ereignisse der Vergangenheit beurteilen dürfe, ist hier nicht stichhaltig, da genügend Stimmen damals laut wurden und nicht zuletzt der Plan des 70-Millionen-Reiches es vernehmlich aussprach, daß eine solche Politik, welche den größtmöglichen Raum für Deutschland sichern wollte, getrieben werden müsse.

Wir eilen dem Entscheidungspunkte zu: eine geschickte und in den Mitteln nicht immer entschuldbare Taktik vonseiten des österreichischen Ministers hatte Preußen in die Enge getrieben. Entweder verzichtete es auf seine Unionspläne, nahm die Vorschläge an, welche den Gesamteintritt Österreichs vorsahen und gab damit seine Zustimmung zu einem starken, deutschbewußten Mitteleuropa, oder es versuchte sein Glück mit den Waffen. Radowitz, der preußische Außenminister, war dazu bereit. Ein kräftiges Deutschland, wenn auch verkleinert, winkte als Lohn. Da, in der höchsten Not, trat der König von diesem kriegerischen Schritte zurück. Er schickte den neuen Minister Manteuffel nach Olmütz, um nachzugeben. Da Schwarzenberg von diesem das Versprechen, die kleindeutschen Ziele fallen zu lassen und die Gründung eines mitteleuropäischen Staatenbundes in freien Konferenzen zu beraten, erhielt, war jeder Grund für einen brudermörderischen Waffengang dahingeschwunden. Die Kreise um Manteuffel, zu denen Bismarck zählte, verteidigten das Ergebnis der Olmützer Besprechungen. Bismarck äußerte, daß ihm die Gegensätze zwischen konservativen Mächten ein Greuel seien und nicht minder das Radowitzsche Volkshaus mit gesetzgebender Gewalt, ohne welches Kleindeutschland nicht aufgerichtet werden konnte. Er meinte, daß Österreich mit Unrecht als undeutsche Macht verschrien sei und lobte den Deutschen Bund als eine Zeit hohen deutschen Ansehens; Radowitzens Ziele wären zwar gut, aber die Mittel falsch. Da ihm als schärfsten Feind der Demokratie die Volksvertretung eines der schlimmsten Übel war, war sie ihm auch keinen Krieg wert und er befürwortete folgerichtig Olmütz. Vorher war er freilich zum Kriegsminister gegangen, und dann, als dieser ihm Zweifel über die Bereitschaft des Heeres kundtat, zu einem entschlossenen Urteil gelangt. Sonst war sein Programm, wie Meinecke sehr treffend bemerkt[122]), genau das von Radowitz: Deutscher Staatenbund, preußische Führerschaft, Schonung der Dynastien, Erfüllung der berechtigten Lebensordnungen, Erhaltung der konservativen Lebensmächte in der Gesellschaft, Auflösung alter, Knüpfung neuer Formen, Bund zwischen Deutschland und Österreich. Alles von seinem völlig preußischen Standpunkt aus.

Wenn Schwarzenberg geglaubt hatte, nun frohlocken zu können, so sollte er bitter enttäuscht werden. Kaum hatten sich die Preußen von dem Schrecken ihrer der ganzen Welt offenbaren Schlappe erholt, wurden sie gleich elastischem Stahl wieder so unbeugsam wie zuvor und benutzten das alte Bundesrecht als dankbare Waffe gegen das Überstimmtwerden. Bei der erforderlichen Einstimmngkeit konnte gegen ihren Einspruch nichts ausgerichtet werden oder

[122]) Meinecke, Radowitz, S. 2.

— man hätte zur Waffe greifen müssen. Diese aber war gerade durch das Einlenken in Olmütz den Österreichern aus der Hand geschlagen worden. Nachdem Preußen von der Erfüllung seiner Unionspläne Abstand genommen hatte, die gesamten Anläufe einer neuen Politik seit dem Ausbruche der Revolution also zurücknahm, wurde Schwarzenberg „revolutionär", insofern er eine Änderung des bisherigen Zustandes bezweckte. Der Zar, ohne dessen Zustimmung eine solche so gut wie unmöglich war, hatte zwar in den Gesamteintritt Österreichs eingewilligt, allein eben unter der Bedingung, daß er friedlich vereinbart würde. So wurde unversehens die Stellung Preußens unangreifbar und es war ihm ein Leichtes, nun die österreichischen Wünsche zu vereiteln. Die erlittene Schmach, die man zu rächen jede Gelegenheit wahrnehmen würde, wurde dem Gegner heimgezahlt: am Widerspruch Preußens sind die großdeutsch-mitteleuropäischen Pläne Schwarzenbergs gescheitert [123]). Ein nur geringer Trost für das deutsche Volk, wenn auf diese Weise Olmütz zu einem preußischen Abwehrsiege wurde. Der Reif der unausrottbaren Nebenbuhlerschaft der beiden deutschen Vormächte hat die Blüten des Jahres 1848 zum unermeßlichen Schaden des Deutschtums erfrieren lassen. Ein großer Augenblick ging ungenutzt vorüber, und die Hauptrechnung blieb unbereinigt [124]).

III. Das Ringen um Deutschlands Führung.

Ob Brutus, oder Cäsar — ist mir gleich,
Schaff' einer nur ein tüchtig Reich!

so hatte Bauernfeld gesungen. Das Endergebnis dieser Hoffnungen war schmählich. Im Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 lieferten die Großmächte die tapferen Schleswig-Holsteiner den Dänen wieder aus; ihre Zukunft schien für immer der Fremdherrschaft verfallen. Es war ein Hohn auf die nationalstaatlichen Ideen. Nur die Sehnsucht blieb, und der Dichter kleidete sie in die Verse:

Und wenn wir hilfelos verderben,
Wo keiner unsere Schmerzen kennt,
Wir lassen unsren spätsten Erben
Ein treubesiegelt Testament. (Storm.)

Keiner ahnte, daß die Angelegenheit der Elbherzogtümer knapp ein Jahrzehnt später zum Ausgangspunkt und Angelpunkt der deutschen Einigung werden sollte.

Der Kampf zwischen Österreich und Preußen um Deutschland ging weiter. Die Jahre von 1848—50 hatten die Gemüter entfesselt und sie zu leidenschaftlicher Hitze angestachelt. Der Streit war unentschieden geblieben, die Zeche aber bezahlte das deutsche Volk.

123) A. Stern, Geschichte Europas von 1815—71, Stuttgart 1916, VII, 464.
124) H. Friedjung, Österreich 1848—60, II, 124.

In diesen Jahren verließen mehr als eine Million ihre Heimat für immer [125]) und wahrlich nicht die schlechtesten! Wie anders wäre es gewesen, wenn sie unter der schwarz-rot-goldenen Fahne nach dem Südosten gefahren wären und dort gesiedelt hätten, wo sie ihr Volkstum bewahren und ausbreiten konnten!

Indessen, noch brauchte man nicht zu verzweifeln. Wenn auch der alte Bundestagsjammer wieder durch die deutschen Lande erscholl, noch konnte alles gewonnen werden, das Bundesgebiet unangetastet bleiben, eine Reform des Bundes gelingen, welche Großdeutschland verwirklichte, eine straffere Einheit brachte und vielleicht sogar die Lösung der mitteleuropäischen Probleme.

Das Volk ist nicht die Masse, sondern die in den Massen wirkenden Persönlichkeiten [126]). Schwarzenberg hatte in einem beispiellos raschen Aufstieg sich als erfolgreicher Staatsmann durchgesetzt und das ihm anvertraute Österreich aus tiefstem Verfall zu stolzer Höhe geführt. Es hieße, einen solchen Mann unterschätzen, wenn man glauben würde, daß er, nachdem er ein Jena der Union erstritten, aber ein Jena Preußens nicht anstrebte [128]), auf die endgültige Durchführung seiner Pläne verzichtet hätte. Die notwendige Friedensliebe seines Kaisers und der maßgebenden Führer der Armee, die Rücksicht auf den Zaren und die schlechte Finanzlage des Staates hatten es vorziehen lassen, der Entscheidung durch die Waffen aus dem Wege zu gehen. Der Kampf verschob sich nunmehr auf ein weniger gefährliches Gebiet, auf das wirtschaftliche Feld. Hier nun tritt uns auf österreichischer Seite ein Mann entgegen, der am reinsten die großdeutsche Gesinnung verkörpert, ein Mann von seltener Tatkraft und Ideenreichtum: der Minister Karl Ludwig Freiherr von Bruck. Ursprünglich ein Buchbinderssohn aus dem rheinischen Elberfeld, hatte ihn seine Begeisterung für die Griechen nach dem Süden gelockt. In Triest blieb er hängen und brachte es dort durch Fleiß und Rührigkeit bis zum Direktor des Österreichischen Lloyd, der nach dem Vorbild des englischen Lloyd sich mit Versicherungen und Schiffahrtsunternehmungen befaßte. Obwohl er Protestand und Preuße war, hatte ihn Schwarzenberg in den stürmischen Zeiten der Revolution in sein Ministerium berufen und ihm die Handelsangelegenheiten, das Verkehrswesen und die öffentlichen Bauten übertragen. Bruck benutzte diese hohe Stellung, um großzügige Entwürfe, die seiner Seele vorschwebten, in die Tat umzusetzen. Deutschland als Wirtschaftseinheit gestaltet, dann zur mitteleuropäischen Vereinigung ausgebaut, Österreich und Preußen in Harmonie verbunden — das waren Ziele, die ein Volk begeistern konnten und einen frischen Weg aus all dem Elend der Bundestagszeit und der Revolution [128]) verhießen! Schon in der Paulskirche hatte Duckwitz, der Reichsminister der Handelsangelegenheiten, dahingehende Pläne angezeigt; aber hinter ihm stand keine Macht, sondern nur ein redegeschwelltes Parlament.

[125]) Oncken, Vorgeschichte I, 56.
[126]) Delbrück, Weltgeschichte, IV, 460 (Berlin 1927).
[127]) vgl. Meinecke, Radowitz, S. 503.
[128]) Richard Charmatz, Minister Freiherr von Bruck, Leipzig 1916, S. 42.

Wenn es gelang, den wiedererstarkten österreichischen Staat für sie zu gewinnen, dann mochte eher eine Zeit heraufkommen, die all der Zerrissenheit und Verknöcherung ein Ende machte und in genialem Schwung den Platz an der Sonne eroberte, der Deutschland kraft seiner Zahl und Ausdehnung und seiner Gaben gebührte. Von der deutschen Frage zu Weltpolitik und Welthandel![129]) Das 70-Millionen-Reich im Herzen Europas als führender Wirtschaftsfaktor, das war der Kern der Bruckschen Gedanken[130]). Ohne Zweifel hat Schwarzenberg die wirtschaftliche Seite dieser Pläne von Bruck übernommen. Schon sah Bruck im Geiste die Nachbarn, Holland, Belgien, Dänemark, Skandinavien, die Donaufürstentümer und die Schweiz sich an die gewaltige Macht der 70-Millionen Vereinigung anschließen[131]). Er lenkte auch die Aufmerksamkeit auf die Neue Welt und die anderen überseeischen Länder.

Die Wirtschaft war der Hebel, mit dem er Deutschland in die Höhe emporheben wollte. „Das Kapital kennt keine Mainlinie und achtet nicht des politischen Dualismus“[132]). In seiner Beweglichkeit ist es völkerverbindend und wird am ersten die Verständigung aller deutschen Brüder herbeiführen. Nicht durch Gewalt, durch Verhandlungen sollte Mitteleuropa erstehen. Wie Schwarzenberg, so hatte auch Radowitz, sein preußischer Gegenspieler, daran gedacht, die Handelspolitik zur Bundessache zu erklären und dadurch dem Kaiserstaat entgegenzukommen[133]). Heinrich von Gagern setzte sich für Wirtschaftseinigung Österreichs und Deutschlands gleichermaßen ein. Die treibende Kraft aber war Bruck. Am 26. Oktober 1849 erschien ein von ihm verfaßter Aufsatz in der amtlichen „Wiener Zeitung“[134]), der vorher im Ministerrat geprüft worden war, mit dem Titel: Vorschläge zur Anbahnung der österreichisch-deutschen Zoll- und Handelseinigung. Es gelte, die drei vorhandenen handelspolitischen Gruppen miteinander zu verbinden: die österreichische, den Zollverein und den Steuerverein (Nordwestdeutschland). Leitender Grundsatz dabei sei die Achtung der wesentlichen Interessen des einen und des anderen Handelsgebietes. Eine gegenseitige Annäherung der Tarife und Zollsysteme solle erfolgen, wobei Österreich bereit sei, von der Prohibtion — etwa unserer heutigen Kontingentierung entsprechend — zum Schutzzoll überzugehen. Der Übergang solle durch einen Vertrag erleichtert werden, der vier Zeitabschnitte vorsieht: 1. innere Zollreform zur Vorbereitung auf die Versöhnung und Verschmelzung der Interessen durch Neuordnung nach bestimmten Grundsätzen, die inneren Zollschranken müssen fallen, die freie Durchfahrt wird gewährt und Übereinkunft über ein gemeinsames Gewichts-, Maß- und Münzen-

---

129) Charmatz, a. a. O., S. 44.
130) ebenda, S. 45.
131) ebenda, S. 46.
132) In der „Schlußbetrachtung“, Anhang zu den zollpolitischen Denkschriften Brucks, abgedruckt bei Charmatz, a. a. O., S. 230—241.
133) Charmatz, a. a. O., S. 49.
134) abgedruckt bei Charmatz, a. a. O., S. 157—163.

system, Wechsel- und Handelrecht, Gewerbegesetzgebung usw. angestrebt; 2. im Verkehr zwischen Deutschland und Österreich werden beiderseits die Zölle von Fertigfabrikaten auf $^3/_4$ des allgemeinen Zollsatzes gegenüber fremden Staaten herabgesetzt; 3. weitere Verminderung und Annäherung der Finanzzölle, namentlich in Kolonialwaren; 4. der Schutzzoll im gegenseitigen Verkehr wird auf $^1/_4$ des üblichen Satzes gekürzt, für gewisse Industriezweige, die auf derselben Stufe der Entfaltung sich befinden, gänzlich abgeschafft, ein gemeinsames Schiffahrtswesen ausgebildet und auf eine gemeinsame auswärtige Vertretung und Handelspolitik hingearbeitet. Der letzte entscheidende Schritt zur völligen Zolleinheit bleibt einem neuen Vertrage überlassen.

Die österreichisch-deutsche Wirtschaftsvereinigung dient einem dreifachen Ziel: einem finanziellen, einem nationalökonomischen und einem politischen. Sie bringt ansehnliche Ersparnisse der Verwaltung, will die Natur- und Arbeitskräfte Österreichs und Deutschlands besser verwerten und wird bewirken, daß deren Industrie vereint sich jedem Nebenbuhler auch auf dem Weltmarkt ebenbürtig erweist. Deutschland und Österreich werden unermeßlich wachsen an Wohlfahrt und Kraft. Mitteleuropa wird ein Mittel- und Schwerpunkt des großen Weltverkehrs und die weiteren Folgen sind unschwer zu erkennen. Wohlan denn, vorwärts!

Von Njemen bis an den Bodensee, vom Niederrhein bis an die Adria und untere Donau würde sich dieses ungeheure Wirtschaftsgebiet erstrecken und wenn man bedenkt, daß damals ein guter Teil Oberitaliens zum Habsburgerreich gehörte, Venedig usw., dazu Nebenlinien der Dynastie in Toscana und Neapel regierten, so erhalten wir eine Grundlage, die selbst den Wettbewerb mit der aufstrebenden Union jenseits des Weltmeeres hätte aufnehmen können.

Zwei Tatsachen schwebten Bruck bei der Lösung der deutschen Frage vor: das Streben der deutschen Nation nach engerer Verbindung ihrer Glieder und das Streben des österreichischen Kaiserhauses nach organischer Verbindung seiner Teile [135]). Die Umgestaltung der Bundesakte sollte unter diesem doppelten Gesichtspunkt in die Hand genommen werden. Wenn Deutschland in seiner Gemeinschaft erstarkte, so verloren weder Preußen noch Österreich dadurch ihre ruhmreiche Geschichte oder ihre europäische Weltstellung. Der Zusammenhang des zentralisierten Österreichs mit dem übrigen Deutschland hätte den Bund nur gekräftigt. Die Zolleinigung aber bedeutete den ersten Schritt zur politischen Einigung [136]). 80 Jahre später erinnerten sich die Feinde Deutschlands dieser ursächlichen Verknüpfung und verhinderten deshalb durch ihren Machtspruch die Zollverständigung zwischen Deutschland und Deutschösterreich.

Eine Art Zollparlament war ebenfalls vorgesehen, in der Hauptsache von Abgeordneten der Handels- und Industriekammern beschickt. Als das Ziel der Wirtschaftsgemeinschaft Mitteleuropas

[135]) Eingang der Denkschrift vom 30. Mai 1850, abgedruckt bei Charmatz, a. a. O., S. 177.

[136]) ebenda, S. 179.

stellt Bruck immer wieder Aktivität nach außen hin. Warenausfuhr und Eroberung des Weltmarktes! Eine kräftig aufgeblühte Handelsflotte und eine neu erstehende Kriegsmarine werden zur Förderung und Sicherung des deutschen Wohlstands und Ansehens in der Welt beitragen. Die Zersplitterug Mitteleuropas sei kein Naturgesetz, wie eingerostete Geister glaubten, und der Widerstand vom Ausland her die beste Bestätigung und Bekräftigung seiner Vorschläge. So glüht aus allen Denkschriften Brucks seine Liebe zur deutschen Größe, Macht und Ehre!

War es ein erreichbares Ziel, für das Bruck und Schwarzenberg die Kräfte ihres Staates und ihrer Person einsetzten? Sollte es Preußen ganz und gar unmöglich sein, die Hand zur Versöhnung zu reichen? Konnte man auf sein Entgegenkommen rechnen, das Deutschland und ihm selbst die Anwartschaft auf die höchsten Plätze eröffnete? Alles hing davon ab, ob die führende Macht Norddeutschlands einwilligte.

Am 19. Februar 1853 wurde zwischen Österreich und Preußen ein Abkommen unterzeichnet, das für die Zeit vom 1. 1. 1854 bis 31. 12. 1865 gelten sollte, und welches in seinem wichtigsten Abschnitt also lautete: „Es werden im Jahre 1860 Kommissionen der kontrahierenden Staaten zusammentreten, um über die Zolleinigung zwischen den beiden kontrahierenden Teilen und den ihrem Zollverbande angehörenden Staaten, oder, falls eine solche Einigung nicht zustandegebracht werden könnte, über weitgehende Verkehrserleichterungen und möglichste Annäherung und Gleichstellung der beiderseitigen Zolltarife zu unterhandeln". Bruck hatte völlige Zolleinheit Österreichs mit Deutschland, d. h. Aufnahme in den deutschen Zollverein verlangt, aber infolge des heftigen Widerstands von Seiten Preußens nicht erreicht. Das Abkommen gab obendrein nur ein Versprechen, im Jahre 1860 noch einmal zu v e r h a n d e l n! Das war ein sehr mageres Ergebnis. Ob diese Verhandlungen dann zum Ziele führten, war damit nicht ausgemacht und insofern hatte Preußen einen vollständigen Sieg davongetragen, wenn es die für seine politische Machtstellung so heikle Frage zur Vertagung brachte und noch dazu mit solch verschwommenen Aussichten. Der König wie seine Minister und Beamten — der Vortragende Rat im Handelsministerium, Delbrück, zeichnete sich vor allen anderen durch Sachkenntnis und Zielsicherheit aus — waren sich stets bewußt, daß es hier nicht mehr um staatswirtschaftliche und finanzielle Interessen allein, sondern um die politische Stellung Preußens gehe [137]). Der deutsche Zollverein wurde zu einer politischen Waffe um die Führung in Deutschland. Damit geriet der Streit um die Wirtschaftsvereinigung in Abhängigkeit von innen- und außenpolitischen Machtverschiebungen. Da zunächst sowohl im Norden wie im Süden ein scharfer reaktionärer Wind wehte — nicht zu verwechseln oder gar gleichzusetzen mit dem ständisch gemilderten Absolutismus des Vormärz, weil grundsätzlich die Rechtsgleichheit der Staatsbürger mit allen bedeutenden sich darauf er-

[137]) Eugen Franz, Der Entscheidungskampf um die wirtschaftspolitische Führung Deutschlands, 1856—67, München 1933, S. 7.

gebenden Folgen aus den Tagen der Revolution herübergerettet wurde und von den Regierungen mehr oder weniger geachtet blieb — so mußte wiederum die europäische Politik die Entscheidung bringen. Das aber hieß, daß beide Mächte, Preußen so gut wie Österreich, ihre Politik in erster Linie in Rücksicht auf ihre europäische Stellung einrichteten und die Wünsche und Ansprüche des deutschen Volkes nur mehr als Mittel zum Zweck, so nebenhin als Verbrämung und Schutzwehr ihrer nackten staatlichen Ziele benutzten. Hatten in der Zeit des Aufbruchs der Jahre 1848—50 oder — man erinnere sich des letzten Freiheitskampfes der Schleswig-Holsteiner — noch etwas darüber hinaus, die kleindeutschen Ziele Preußens und die großdeutschen Österreichs noch etwas von der Weihe jener Volksbewegung und des idealen Schwungs, der sie begeisterte, unwillkürlich übernommen, so tritt nun der aller Hüllen entblößte Zwiespalt zwischen dem deutschen Norden und dem Süden viel offener auf. Wenn vordem viele der 48er Kleindeutschen das Aufgehen Preußens in Deutschland als Voraussetzung für den deutschen Nationalstaat ansahen, wobei die allermeisten von ihnen immer festhielten, daß das kleindeutsche System einst in das großdeutsche sich irgendwie einfügen werde [138]), so ist von nun an davon nur mehr auf dem Papier oder in den Gehirnen von unverbesserlichen Kannegießern die Rede; man war zugleich bereit, auch mit einer etwas weniger befriedigenden parlamentarischen Vertretung vorlieb zu nehmen.

Bismarck sagt in seiner berühmten Denkschrift über die deutsche Frage [139]): „Hinter dem deutschen Bund stand die vereinigte Macht von Preußen, Österreich und Rußland, welche Deutschland Bürgschaft des Friedens und Sicherheit gewährte; manch drückende Folgen der Zerrissenheit konnten darüber vergessen werden. Seit Auflösung der heiligen Allianz aber im Krimkrieg ist diese Bürgschaft geschwunden. Mangel an Sicherheit und Würde nach außen hin ist die Folge." Erst seit dem Krimkrieg wurde der Riß im Deutschen Bund fast unheilbar. Der künftige Baumeister des zweiten Reiches, dessen Tätigkeit am Frankfurter Bundestag darauf ausging, Preußen an die Spitze zu bringen und der nicht davor zurückschreckte, mit Österreich völlig zu brechen, um dieses Zieles willen, ist gerade durch den Krimkrieg und das schwankende Verhalten der österreichischen Diplomatie während seines Verlaufs endgültig bestimmt worden, auf Schritt und Tritt das Ansehen des Deutschen Bundes und den Erfolg seiner Arbeit zu untergraben. Er war als Anhänger einer preußisch-österreichischen Freundschaft nach Frankfurt gekommen; aber sehr bald sah er ein, daß Österreich seine Vormachtstellung nicht um Haaresbreite aufgeben würde [140]). Sein Schlagwort hieß demgegenüber „Gleichberech-

[138]) Paller, Der großdeutsche Gedanke, S. 76; vgl. dazu u. a. auch Stenogr. Berichte 5875 und viele andere Stellen aus den Reden der Paulskirche.

[139]) Bismarcks Gesammelte Werke III, S. 266 ff. (Berlin 1925).

[140]) Chester Wells Clark, Franz Joseph and Bismarck, Cambridge 1934, S. 6.

tigung Preußens!", sein Trumpf: Frankreich! [141]). Allein, um diesen Trumpf ausspielen zu können, mußte man eine Umgruppierung der europäischen Großmächte, durch irgendein außenpolitisches Ereignis ausgelöst, abwarten. Dies geschah im Krimkrieg. Wir stehen hier an einem entscheidenden Wendepunkt der deutschen Geschichte. Das innige Band der österreichisch-russischen Freundschaft, das mehr als ein Jahrhundert lang, seit den Tagen Prinz Eugens, immer wieder die beiden Völker und ihre Politik verknüpft hatte, zerriß; von nun an wird unversöhnliche Feindschaft zwischen ihnen herrschen. Wie war das gekommen?

Im Mai 1853 war ein Ultimatum Rußlands an die Türkei erfolgt, das ein Protektorat des Zaren über die orthodoxen christlichen Untertanen des Sultans (wovon etwa 12 Millionen in Europa, 4 bis 5 Millionen in Asien lebten) verlangte und dem Sultan dafür ein Schutzbündnis anbot, das ihn zum Vasallen herabgedrückt hätte. England steifte diesem den Rücken: die Anmaßung wird zurückgewiesen. Österreich geriet durch dieses gewalttätige Auftreten Rußlands in eine nicht geringe Verlegenheit [142]). Die Ausdehnung der russischen Macht über die Balkanhalbinsel war eine der schlimmsten Folgen der Metternichschen Politik gewesen. Da für den Staatskanzler Deutschland und Italien die Hauptsache gewesen waren, hatte er sich genötigt gesehen, den Russen im nahen Orient freie Hand zu lassen. Der Friede von Adrianopel gab den Russen das Protektorat über Serbien und Montenegro. Dies war nicht nur eine Niederlage der Pforte, sondern auch Österreichs, dem so im Südosten eine Schranke vorgelegt wurde. Indessen, das gute Verhältnis zwischen Wien und Petersburg, das Metternich unter allen Umständen aufrechterhielt, und Schwarzenberg sorglich weiterverwaltete, bewirkte, daß man darüber einstweilen kein Wort verlor. Die russische Hilfe bei der Niederwerfung der ungarischen Rebellion von 1848/49 machte diese Einbuße wieder wett, aber sie verstärkte in bedenklicher Weise die Abhängigkeit der Donaumonarchie von ihrem östlichen Nachbarn und so ist es nicht weiter verwunderlich, daß Zar Nikolaus I. von Franz Josef die Besetzung Serbiens und Bosniens verlangte, als ob er gleichsam die rechte russische Flanke gegenüber der Türkei darzustellen hätte. Der Zar war sehr ungehalten darüber, daß sein Wunsch nicht erfüllt wurde [143]). Die Österreicher drehten sogar den Spieß um und baten im Gegenteil die russische Regierung, die von ihr angedrohte Besetzung der Moldau und der Walachei, also des Hauptteils des Vorkriegsrumänien, zu vertagen. Die Besetzung Bosniens und Sergleichzeitig Rußland alle Balkanslawen unter seine Obhut nehmen biens hatte für die Habsburger einen zweifelhaften Wert, wenn wollte und die Möglichkeit einer panslawistischen Propaganda heraufbeschwor, die gleich einer magnetischen Kraft die slawischen

[141]) Arnold Oskar Meyer, Bismarcks Kampf mit Österreich, 1851—59, Berlin 1927, S. 425.

[142]) Heinrich Friedjung, Der Krimkrieg und die österreichische Politik, Stuttgart 1911, S. 3.

[143]) Friedjung, a. a. O., S. 6.

Bewohner Österreichs an sich zu ziehen drohte. Man hätte es daher in Wien viel lieber gesehen, daß man die Osmanen überhaupt in Ruhe ließ. Die anmaßende Behandlung durch den Zaren tat ein übriges. Immerhin entfaltete der hohe österreichische Adel eine lebhafte Tätigkeit für ein Zusammengehen mit Rußland. Das Gefühl der Dankbarkeit für die geleisteten Dienste und die Tatsache, daß nur mit russischer Rückendeckung Italien gehalten werden könne, sprachen dafür; eine tatenfreudigere Gruppe träumte schon von einer Teilung der Türkei, wobei der nähere Balkan Österreich, der östliche Rußland zufallen mochte. Fürst Windischgrätz und der alte Radetzky gehörten zur russischen Partei. Vertreter einer russenfeindlichen Politik waren der Botschafter in Paris, Graf Hübner, der Präsidialgesandte in Frankfurt, von Prokesch-Osten, der Chef des Generalstabs Freiherr von Heß und Bruck, den wir zu dieser Zeit als Internuntius d. i. Gesandten Österreichs am Bosporus wiederfinden. Bruck war, wie wir schon sahen, ein Großdeutscher im besten Sinne des Wortes; für ihn stand fest, daß nur durch das Einströmen deutscher Kraft und Bildung im Osten eine Auffrischung und Erneuerung der zum Teil unentwickelten, zum Teil abgestorbenen Kultur dieser Landstriche möglich wäre. Die Türken schienen ihm reif zum Verfall. Er wollte, getreu den Listschen Gedankengängen, in denen er sich bewegte [144]), gleichzeitig Front gegen Rußland und Westeuropa machen, sowohl dem Zaren wie seinem Gegenspieler, dem englischen Gesandten Stratford Canning, der unentwegt in die Flamme blies, um den Krieg zu entfachen, das Spiel verderben. Die Voraussetzung zu diesem kühnen Unternehmen war freilich Freundschaft zwischen Österreich und Preußen [145]). Prokesch, obwohl Gegner der Russen, dachte schon anders. Er schlug vor, sich mit den Westmächten zu verbinden, die Donaufürstentümer, Serbien und Montenegro, zu Vasallen Österreichs herabzudrücken, als Preis für die Bundesgenossenschaft sich Italiens Besitz garantieren zu lassen und dann diese Macht gegen Preußen anzuwenden! Ebensolche Pläne schwebten Hübner vor. Der leitende Außenminister, Graf Buol, und die Seele des Ministeriums, Innenminister Bach, waren auch gegen Rußland. Auf dem Kaiser lag die Verantwortung, welche Partei obsiegen sollte. Er war bereit, mit dem Zaren zu brechen, aber er mißtraute zu gleicher Zeit dem neuen Kaiser der Franzosen, Napoleon III., und entschied sich daher für den Frieden. Gerade dies aber war sein großer Fehler, oder wenn man will, sein größtes Unglück, daß er wegen dauernder innerer Erschütterungen oder aus Furcht davor nicht um jeden Preis bei irgendeiner der beiden Parteien mithielt; gerade diese Erschütterungen hätte er vielleicht durch Teilnahme für die Westmächte oder für Rußland beseitigen können [146]).

Der Zar hatte im Sommer 1853 die Donaufürstentümer besetzen lassen, und die Türkei erklärte den Krieg. England, Frankreich

---

[144]) Andreas, Wandlungen des großdeutschen Gedankens, S. 19.
[145]) Friedjung, a. a. O., S. 27.
[146]) Jacob Burckhard, Weltgeschichtliche Betrachtungen, S. 198.

und das kleine Sardinien gesellten sich ihr bei. Im Frühjahr 1854 war die Lage so: Die türkischen Truppen leisteten den russischen einen heldenmütigen Widerstand, so daß diese nur geringe Fortschritte machten; die Westmächte rüsteten eifrig; und Preußen war bereit, beim Schutze der unteren Donaufürstentümer Österreich behilflich zu sein. Brucks Lieblingsgedanke, der große Mitteleuropäische Friedensbund gegen Rußland, schien sich zu verwirklichen [147]). Am 20. April 1854 wurde das Bündnis zwischen Wien und Berlin erneuert, das Schwarzenberg betrieben hatte, als er sah, daß vorläufig sein 70-Millionen-Reich noch nicht spruchreif sei. Es war offensiv und defensiv gedacht, allein es blieb toter Buchstabe, Friedrich Wilhelm IV. wollte aus denselben Gründen wie Franz Josef — innere Erschütterungen durch Liberale und Polen — lieber Frieden halten. Zudem war seine Schwester die Gemahlin des Zaren. Er war ebenso wie jener von zwei Parteien umgeben, von denen die eine unbedingt die Russen unterstützen wollte, während die andere, namentlich die Liberalen, schärfstes Vorgehen gegen sie verlangte. An einen Landgewinn gegenüber Rußland dachte außer Bunsen, dem preußischen Gesandten in London, wohl kaum einer. Bismarck warb für Rußland, aber wollte sich gegebenenfalls ein Zusammengehen mit Österreich durch Zugeständnisse in Deutschland abkaufen lassen. Heute, nachdem Rußland Weltkrieg und Weltrevolution entfesselt hat, beginnt sich ganz leise der Zweifel zu regen, ob es für Europa und auch für Deutschland nicht besser gewesen wäre, wenn 1854/55 die Partei der Westmächte in Berlin gesiegt hätte [148]). Inzwischen hatten sich die Österreicher nämlich, gestützt auf das Bündnis mit Preußen, zu energischem Handeln aufgeschwungen und den Russen eine Aufforderung — „Sommation" vom 3. Juni 1854 — zugestellt, in der die Räumung der Donaufürstentümer verlangt wurde. Angesichts der Gegnerschaft von ganz Europa gab der Zar nach und überließ sie den einziehenden österreichischen Truppen. Der Zar war außer sich vor Wut über das undankbare Verhalten Österreichs, dem er erst vor wenigen Jahren aus bitterster Not geholfen hatte: „das Vertrauen, das zwischen den beiden Herrschern zum Wohle ihrer Reiche geherrscht habe, sei zerstört und werde niemals wieder hergestellt werden" [149]). Der Gang der späteren Ereignisse hat es gefügt, daß dieser Haß in der Folge auf Deutschland übertragen wurde und augenscheinlich bewiesen, daß Männer wie List und Bruck oder die Großdeutschen und viele der Kleindeutschen im Frankfurter Parlament doch ein richtiges Gefühl hatten, wenn sie ihre Stimmen gegen den Panslawismus erhoben. (Denn der slawische Nationalismus ist zutiefst deutschfeindlich.) Wenn Österreich jene Länder an der unteren Donau besetzte, so folgte es nur den raumpolitischen Gesetzen seines Staates, die oft stärker sind als Vernunftgründe. Der Gegensatz zwischen der großen slawischen Macht im Osten mit ihrer starken Anziehungskraft auf die rasseverwandten Völkerschaften im

[147]) Charmatz, Bruck, S. 102.
[148]) Alfred Stern in der Propyläen-Weltgeschichte VIII, 92.
[149]) Friedjung, Der Krimkrieg usw., S. 27.

Habsburgerreich mußte sich eines Tages doch offenbaren, selbst wenn Franz Josef damals anders gehandelt hätte. Der Augenblick der Einmischung war freilich schlecht gewählt. Bismarck meint in seinen Gedanken und Erinnerungen [150]), daß Österreich die Russen erst ruhig hätte Konstantinopel besetzen lassen sollen und sich dann in die Erbschaft der Türkei mit den Russen teilen; das gleiche hatte Metternich empfohlen. Indessen, wenn einmal der ganze Balkan in den Händen der Moskowiter sich befand, so war es mehr als fraglich, ob sie ohne nachhaltigen Groll gegen Österreich diesem ein Stück ihrer Beute übergeben hätten. Die orientalische Frage, bei Lichte besehen, ist eine slawische Frage [151]). Preußen, wegen seiner polnischen Untertanen, und Österreich, aufgrund seiner vielen slawischen Völkerschaften, waren Gegner eines Rußlands, das die panslawistische Parole auf eine Fahnen chrieb. Mithin rückte der Streit um den nahen Orient weiter nach Norden, bis hinauf nach Posen und Westpreußen! Im Schein der bitteren Erfahrungen des Weltkrieges und der Nachkriegszeit, welche im Osten Deutschlands eine Kette von slawischen Staaten erstehen ließ, Österreich-Ungarn zertrümmerte und damit das Werk eines halben Jahrtausends, erscheint die Ansicht Bismarcks, der bekanntlich nicht die Knochen eines einzigen pommerschen Grenadiers für den Südosten opfern wollte, der immer wieder die orientalische Frage als eine Angelegenheit ansah, die Deutschland nicht berühre, und für die es Österreich keine Unterstützung leihen dürfe, nur als von der reinen Staatsraison Preußens diktiert. Das deutsche Bedürfnis scheint uns, hätte eine aktivere Politik verlangt.

Aber auch die österreichische Politik war nicht auf der Höhe. Nachdem man die Striche an der unteren Donau besetzt, die Russen dadurch auf das tiefste verletzt hatte, wiegte man sich in den fahrlässigen Glauben, daß man neutral bleiben könne. Um sich vollkommen zu sichern, schloß man am 2. Dezember 1854 einen Bündnisvertrag mit den Westmächten. Da man aber keinen Krieg gegen Rußland führen wollte, war das einzige Ergebnis dieses Vertrages Spannung zwischen Österreich und den Westmächten und Fortdauer der russischen Feindschaft. Die Rechnung wurde bei den Friedensverhandlungen präsentiert, indem Österreich gezwungen wurde, die Donaufürstentümer wieder herauszugeben. Preußen aber war gleichfalls auf das schmählichste hintergangen, weil man ihm, obwohl dies feierlich versprochen und angesichts der möglichen Gefahr eines Krieges gegen Rußland auch nur recht und billig war, nichts von diesen Verhandlungen mitteilte, aus Angst, daß es Entschädigungen fordern werde. Diese schreiende Unaufrichtigkeit der österreichischen Staatsführung erbitterte den preußischen König, sie machte Bismarck, den künftigen Leiter der preußischen Politik, von diesem Tage an zum unerbittlichen Gegner Österreichs[152]), der fort-

[150]) Gedanken und Erinnerungen, Stuttgart 1898, II, 263 ff.

[151]) Konstantin Frantz an Eilers 16. Juni 1847 (!). Geheimes Staatsarchiv in Berlin. Mitgeteilt bei Quadflieg, Dokumente zum Werden von Constantin Frantz, Historisches Jahrbuch LIII, 1933, S. 334.

[152]) Friedjung, Der Krimkrieg usw., S. 139.

an sein Mißtrauen nicht mehr verlor, selbst nach dem Abschluß des Zweibunds im Jahre 1879 nicht. Der Dezembervertrag war „die Grabschrift der Heiligen Allianz" und schuf Österreich einen Feind, der es 1859 und 1866 schadenfroh seinem Verderben überließ und ein halbes Jahrhundert darauf bis auf seine Grundfesten zerstörte.

Die Leiter am Wiener Ballhausplatz hatten so durch ihr hin und her schwankendes Verhalten während der Krimkrise jeder erfolgreichen Politik von ihrer Seite aus das Grab geschaufelt. Vielleicht bot eine großdeutsche Offensive mehr Aussichten? Die Voraussetzungen dazu waren allerdings nicht sehr versprechend. Um den staatlichen Zentralismus zu stärken, war gegen erhebliche Zugeständnisse die katholische Kirche für Österreich gewonnen worden [153]). Man mag darüber urteilen, wie man will — selbst strenggläubige Katholiken erblicken in der allzu innigen Verquickung und Anlehnung der Kirche an den weltlichen Staat eine gefährliche Brüderschaft, da Mißerfolge des Staates, wie die Geschichte durch die Jahrhunderte hin nur allzu genau gelehrt hat, dann zu allererst der Kirche zur Last geschrieben und auf ihre Kosten ausgemerzt zu werden pflegen — das eine war gewiß, daß dadurch eine Kluft zum protestantischen Deutschland aufgetan wurde, die dem großdeutschen Gedanken nicht günstig sein konnte. Grillparzer hat dies in dem knappen Spruch geprägt:

Verkehrt ihr mit Moder und Schimmel,
Mit Konkordat und Glaubensgericht,
Gewinnt ihr die erste Stelle im Himmel,
A b e r i n D e u t s c h l a n d n i c h t !

Den Kampfplatz, auf dem Österreich mit dem Schlagwort „Großdeutschland!" seine Vorherrschaft in Deutschland täglich neu erobern mußte, bildete der Deutsche Bund. Seit der Wiederaufrichtung des Bundestages nach 1850 blieb Österreich „behufs Kräftigung des wenig zahlreichen deutschen Elements im Kaiserstaate" [154]) nichts anderes übrig, da die Waffen nicht gesprochen hatten, als das Amt des Vorsitzenden in jener Körperschaft nach dieser Richtung hin auszunützen. Mancherlei Mittel erleichterten dies Bemühen. In seiner grundlegenden Denkschrift über die Stellung Preußens zum Bunde (März 1858 [154]) zählt sie Bismarck alle auf: 1. Majoritätsbeschlüsse, wenn sie gelangen; 2. Erweiterung des Bundesbereiches und seiner Mehrheitsbeschlüsse; 3. zeitweilige Schwäche Preußens; 4. Unterstützung durch Mittel- und Kleinstaaten, ja vorübergehend auch von Frankreich und (vor dem Krimkriege) durch Rußland; 5. persönliche Beziehungen zum süd- und mitteldeutschen Adel, der zahlreiche Mitglieder in österreichischen Diensten stehen hat, desgleichen im Beamtentum; 6. Beistand der ultramontanen Partei in allen Kammern, z. B. auch in der preußischen; 7. eine besoldete

[153]) R. F. Kaindl, Österreich, Preußen, Deutschland, S. 217; vgl. dazu auch Alexander v. Peez, Die Aufgaben der Deutschen in Österreich, Wien 1907, S. 41; ferner Konstantin Frantz, Die Wiederherstellung Deutschlands. Berlin 1865, S. 18.

[154]) Bismarck's Gesammelte Werke II, 311.

Presse, darunter die weitverbreitete „Augsburger Allgemeine Zeitung"; endlich 8. die Besitzer österreichischer Staatspapiere. Wenn man diese lange Reihe von Verbindungen durchliest, welche nach Bismarcks langjähriger Erfahrung Österreich mit Deutschland verknüpften, ferner dazu die germanisierende Politik des Neuabsolutismus im Habsburgerstaate rechnet, so ist der von kleindeutscher und von liberaler Seite oft wiederholte Vorwurf, daß Österreich nach 1848 eine völlig undeutsche Politik getrieben habe, nicht haltbar; selbst der schärfste Gegner, den Österreich damals besaß, eben Bismarck, gibt unumwunden zu, daß es eine durchaus gesunde Politik treibe, wenn es zur Stärkung seines Deutschtums einen festen Rückhalt am Deutschen Bunde zu gewinnen bestrebt sei. „Österreich sucht den Anschluß an Deutschland", so fährt Bismarck in der angezogenen Denkschrift fort, „weil die innere Organisation seines Reiches das deutsche Element zum alleinigen Träger der Regierung macht . . . . Eine solche Taktik entspricht durchaus den Anforderungen einer gesunden österreichischen Staatsleitung, die der Ausdruck der dem Kaiserstaat nach seinen jetzigen Einrichtungen für die Dauer natürlichen Aufgaben und Bestrebungen ist (!)." Deutlicher und unvoreingenommener ist das berechtigte Bestreben der österreichischen Staatsmänner, ihren Einfluß in und auf Deutschland zu erhalten und womöglich zu verstärken, nie mehr gekennzeichnet worden. Dieses Bestreben aber — es tut nichts zur Sache, daß der Beweggrund dazu rein österreichisch-staatlichen Zielen entsprang — fand den erbitterten Widerstand der kleindeutschen Politiker und jener Männer, die Preußens Übergewicht in Deutschland aufrechterhalten wollten. Folgerichtig beschließt Bismarck seine Betrachtung mit einem scharfen Trennungsstrich gegenüber der habsburgischen Politik: „Preußens Interessen sind mit diesen Bestrebungen nicht verträglich . . . . Die Lage Preußens wäre besser, wenn der Deutsche Bund gar nicht existierte . . . . In diesem System ist für Preußen, solange es nicht auf die Eigenschaft einer europäischen Großmacht verzichten will, kein Platz . . . . Die Interessen Österreichs dagegen gebieten ihm, daß es Preußens Ansehen und Einfluß zurückdämme, aber doch in Kriegszeiten auf seine Macht zählen kann . . . . Und daher gäbe es nichts Deutscheres als die Entwicklung richtig verstandener preußischer Partikularinteressen." Es ist klar, daß dieser letzte Satz von einem einseitigen, zweckbewußten Standpunkt aus gefällt ist, propagandistisch gemeint ist. Allein, er zeigt auf jeden Fall, daß Preußen genau so wie Österreich in den 1850er und 60er Jahren den deutschen Gedanken nur für seine eigenen reinstaatlichen Ziele nutzbar machen wollte. Um jene Zeit ging Neuenburg, im Westen der Schweiz gelegen und dem preußischen König gehörig, endgültig verloren.

Der italienische Krieg von 1859 zeigte schon sehr viel klarer die Scheidung der Geister. Der Zwiespalt lief durch alle Reihen von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten [155]). Sollte Preu-

[155]) Andreas, Wandlungen des großdeutschen Gedankens, S. 23.

ßen Österreich gegen Frankreich, dem Bundesgenossen Piemonts, helfen oder, seine Not rücksichtslos ausschlachtend, die Einigung des engeren Deutschlands erzwingen? Die Mehrheit war, selbst Dahlmann und der junge Treitschke, für ein gemeinsames Vorgehen der beiden Mächte. Die Überzeugung, der Julius Fröbel in den Worten „wo ein deutscher Staat über außerdeutsches Gebiet herrscht, da herrscht die deutsche Nationalität über andere Nationalitäten und diese Herrschaft ist Nationalangelegenheit“ [156]) Ausdruck gegeben hatte, überwog. Allein die Eifersucht Österreichs auf seine Stellung in Deutschland wollte den Preis für die deutsche Hilfe nicht bezahlen und zog es vor, lieber eine blühende Provinz zu opfern als Preußen übergroßen Einfluß in Deutschland zuzugestehen. Die preußischen Staatmänner waren seit den Vorgängen des Krimkrieges sehr mißtrauisch und wenn man außerdem bedenkt, daß durch die Armeereform die Macht ihres Staates erheblich gewachsen war, während die österreichische zurückging, so ist es verständlich, daß sie Gegenleistungen erhofften. Die Zeche des Ringens zwischen beiden mußte wiederum das deutsche Volk mit der Minderung seines Ansehens in der Welt und dem Verlust des strategisch wertvollen oberitalienischen Vorgeländes bezahlen. Wie solche betrüblichen Ereignisse sich in der Seele eines der eindrucksvollsten Vertreter rein großdeutscher Geistigkeit ohne beklemmende Hintergedanken [157]) widerspiegelten, mag man an der Stellungnahme Vischers, des Dichters von „Auch Einer“, ersehen. Napoleons III. Vorgehen war für ihn eine Beleidigung der deutschen Nation: man muß zu Österreich stehen, bis er zurückgeworfen ist. Von ganzem Herzen indessen kann auch er sich nicht für Österreich ins Zeug legen, da es nur rein katholische Politik betreibe und Italiens Streben nach Unabhängigkeit rechtens sei. Man könne jedoch nicht wünschen, daß deutsche Truppen Niederlagen erlitten und wenn man sage, daß die slawischen oder italienischen Vorlande Österreichs Preußen und Deutschland nichts angingen, so werde die Geschichte bald schonungslos zeigen, daß man die Macht Österreichs im Orient oder in Italien nicht ungestraft schwächen lassen könne! Der Protestant und schwäbische Demokrat Vischer gibt so seinem völkischen Empfinden nach und nimmt Partei für das „frische und unbewußte“ österreichische Volkstum, das so reich sei an sinnigen Sitten, Einbildungskraft und Gemüt, üppig und heiter zugleich, voll unendlicher Möglichkeiten idealer und schön menschlicher Entwicklung [158]). Preußen wolle nichts wissen von einem Krieg, der doch die beste Gelegenheit sei, um das deutsche Zusammengehörigkeitsgefühl zu bekunden [159])! „Ein Familiengefühl, das nicht nach Gründen fragt und das Gründe ersetzt, gebot, daß man Österreichs Besitzungen verteidigte. Es gibt etwas, das in

[156]) schon 1848 in der Flugschrift „Wien, Deutschland und Europa“.
[157]) Andreas, a. a. O., S. 22.
[158]) Karl Alexander v. Müller, Deutsche Geschichte und deutscher Charakter, Berlin-Leipzig 1927, S. 110.
[159]) Wilhelm Rapp, F. Th. Vischer und die Politik, Tübingen 1911, S. 84 f., Anm. 97 und 98.

solchen Lagen alle Künste der Reflexion ersetzt, eine Naturkraft des Gemüts, ohne die kein Volk zur Kraft und Größe gelangen kann" [159]). Nie hat ein Deutscher packender und zu Herzen gehender ausgesprochen, was der Urgrund, der tiefste Quell des Deutschtums ist! Allein, die reine Staatsraison fragt nach Volksgefühlen und -gründen nicht, und darf es auch nicht.

Die Niederlage von 1859 gegenüber der vereinigten italienisch-französischen Macht wirkte bedeutend auf das innere Gefüge der Donaumonarchie zurück. Der Einheitsstaat, der deutsche Kultur und Sprache verbreitete, wurde aufgegeben. Ein kaiserlicher Erlaß — das Oktoberdiplom vom Jahre 1860 — brachte ein wichtiges Zugeständnis an den Föderalismus. Es räumte den Landtagen, besonders dem ungarischen, einen Vorrang im politischen Leben ein [160]). Da diese größtenteils von den aristokratischen Ständen beherrscht waren, so jubelte man in den Schlössern des Adels; die Stimmung des Bürgertums im ganzen Reiche blieb gedrückt. Zudem hatte man bald erkannt, daß das deutsche Volk zugunsten der Tschechen, Ungarn usw. ins Hintertreffen gelangen mußte [161]). Die schlechten Erfahrungen, die das Oktoberdiplom sehr rasch auslöste, insofern eine einheitliche Politik dadurch gänzlich unmöglich gemacht wurde, bewogen die maßgebenden Stellen zur Rückkehr zum Zentralismus. Am 4. Februar 1861 wurde das Ministerium Rainer-Schmerling gebildet und schon Ende des Monats eine Verfassung eingeführt, welche die wohlhabenden bürgerlichen Schichten zur Regierung heranzog. Ein willkürliches Wahlrecht bevorzugte in jeder Weise die Deutschen und die Besitzenden. Das Gesetzgebungsrecht wurde zwischen Krone und Reichsrat geteilt; der liberale Gedanke hatte sich endlich, wenn auch in engbegrenzter Form, durchgesetzt. Der Reichsrat bestand aus zwei Kammern, dem Herrenhaus und dem Abgeordnetenhaus. Die Städte wurden gegenüber dem Land erheblich bevorzugt; im Durchschnitt entsandten sie ungefähr viermal soviel Abgeordnete. Dies war Absicht: das wohlhabende städtische Bürgertum war meist deutsch, selbst in Ungarn, oder jüdisch. Die Juden aber wählten meist liberal, und da sie deutsch sprachen, deutsch-liberal. So gelang es, auf Kosten der Länder und Nationen im Zentralparlament den Einheitsstaat erneut aus der Taufe zu heben. Der Absolutismus war unmöglich geworden; der Föderalismus aber scheiterte an dem Widerstand der Deutschen [162]). Der beste Beweis, wie stark doch das Deutschtum in dem als undeutsch verschrienen Österreich sich durchzusetzen wußte! Die Seele des Kabinetts war Ritter von Schmerling. Er hatte einst im Frankfurter Parlament auf das entschiedenste die staatsrechtliche Vereinigung der österreichischen Erbländer mit dem neu zu errichtenden Bundesstaat gefordert und sein einträgliches Amt als Bevollmächtigter der österreichischen

[160]) Richard Charmatz, Österreichs innere Geschichte von 1848 bis 1907, Leipzig 1909, S. 45.
[161]) Charmatz, a. a. O., S. 46 f.
[162]) Kaindl, Österreich usw. S. 234.

Regierung niedergelegt, als sie ihm von diesem hohen Ziele abzurücken schien. Zur Zeit des Neuabsolutismus war er in den Hintergrund getreten und genoß so das Ansehen eines konstitutionellen Staatsmannes. Er konnte als der Minister des reichen, seines Besitzes frohen Bürgertums gelten [163]). Mit Leib und Seele gehörte er zu den deutschen Zentralisten, die ihr Ideal in einer strammen, gesamtstaatlichen Organisation und in der Vorherrschaft der Deutschen fanden. Der großdeutsche Gedanke erfüllte die jetzt leitenden Kreise und Kaiser Franz Josef konnte voll Stolz und Wärme dem Präsidenten des deutschen Juristentages, der sich im Herbst 1862 in Wien versammelte, das Gelöbnis ausdrücken: „Ich bin vor allem Österreicher, aber entschieden deutsch und wünsche den innigsten Anschluß Österreichs an Deutschland." Diese Worte zeigen, wie großdeutsch damals großösterreichisch bedeutete, während heute, wie in den Tagen der Befreiung vom französischen Druck und noch 1848, das deutsche Volkstum im Vordergrund steht.

Der neue Kurs im Innern wurde bewußt in den Dienst des großdeutschen Gedankens unter österreichischer Führung gestellt. Im Wiener Parlament erschienen, jubelnd begrüßt, die Siebenbürger Sachsen, während die Ungarn, Kroaten und Italiener fernblieben. Das Protestantenpatent vom April 1861 machte sich anheischig, die verlorengegangenen Sympathien in Deutschland wiederzugewinnen. Das parlamentische System sollte auch dem Deutschen Bund neues Blut und frisches Leben einflößen. Der großartigste Anlauf in dieser Richtung ist der Frankfurter Fürstentag vom Sommer 1863. Der Plan zu diesem Unternehmen ging auf eine Denkschrift zurück, die Julius Fröbel zwei Jahre vorher Schmerling überreicht hatte [164]).

Fröbel hatte eine bewegte Vergangenheit hinter sich. Als Demokrat reinsten Wassers in die Paulskirche gewählt, schwebte ihm eine großdeutsche Republik vor Augen, die alle Deutschen in einem zentralistisch geleiteten Einheitsstaate umfassen würde. Allein schon damals ging ihm das mitteleuropäische Problem, mit dem der großdeutsche Gedanke unentwirrbar und unauflösbar verknüpft ist, in der Mittelstellung Wiens und des Donaubeckens auf und er wurde sich bewußt, daß das reine Nationalitätenprinzip unmöglich durchzuführen war. In seiner Flugschrift „Wien, Deutschland und Europa" (aus dem Jahre 1848) forderte er die Verbindung Gesamtösterreichs mit Deutschland, da nur so allein die deutsch-österreichische Frage befriedigend zu lösen sei. Dieses Bekenntnis rettete ihm das Leben, als er bei dem Wiener Oktoberaufstand von den Truppen Windischgrätzs gefangengenommen worden war. Er ging, wie so viele andere, dann nach Nordamerika. Sein Blick eröffnete sich der Weltpolitik und ihren Zusammenhängen. Als er 1859 nach Deutschland zurückkehrte, mußte ihm die politische Zerrissenheit des Vaterlandes und die Engherzigkeit der Verhältnisse häßlich und unwürdig erscheinen. Was für Kräfte würden sich

[163]) Charmatz a. a. O., S. 48.
[164]) gedruckt bei J. Fröbel, Ein Lebenslauf, Stuttgart 1896, II, 104 ff.

nicht in Deutschland entfalten, wenn es sich vereinigte und eine aktive Politik nach dem Osten hin betrieb! Mitteleuropa war sein und die Führung des Kontinents! Die Bedeutung der Großmacht Österreich und seiner Mittellage wurden ihm lebendig. „Der wahre Großstaat ist ein Reich. Nur Reiche zählen im großen in der Kulturgeschichte und der Begriff des Reiches schließt den der Einheit aus. Die Verzichtleistung auf politische Verbindung mit anderen Nationalitäten bedeutet für Deutschland großen Schaden und eine große Gefahr: Deutschland braucht Österreich!“ [165]). Das Nationalitätenprinzip ist ihm jetzt in Wahrheit ein Gift, von dem das europäische Abendland mit der Auflösung bedroht wird. Deshalb wäre es die unsinnigste politische Tat, Österreichs Bestand zu gefährden — Bismarck wird dies später immer wieder betonen; seine ganze Bündnispolitik beruht auf diesem Grundsatz — sein Dasein ist eine europäische, völkerverbindende Sendung. Daher muß vor allen Dingen auch die Außenpolitik den Vorrang haben! Wo aber Außenpolitik und innere Gestaltung sich am innigsten berühren, das ist der Deutsche Bund! Ihn gilt es daher in erster Linie auszubauen. Und in dem Augenblick, in welchem es dem Deutschen Bund gelingt, sich zum Kern eines mitteleuropäischen Systems zu machen, wird der innere Zustand Deutschland ganz von selbst umgewandelt sein [166]). Da aber die harten Staatspersönlichkeiten, wie die Ereignisse gezeigt haben, nicht gewillt sind, sich aufzugeben, muß man das Mittel der Föderation anwenden. Dies ist der einzige Weg, die deutsche Frage und die mitteleuropäische auf friedlichem Wege zu lösen. Unbedingt dazu erforderlich ist das Hereinnehmen der 1849er Reichsverfassung, die Hinterlassenschaft der Paulskirche; ohne dieses Zugeständnis an die Zeitströmung wird jedes Beginnen vergeblich sein. Das Volkshaus aber wird man aus Kammerausschüssen der einzelnen Staaten zusammensetzen, was den Vorteil hat, daß man auch Holland, Belgien, die Schweiz und Dänemark zum Beitritt einladen kann. Die oberste Spitze nimmt der österreichische Kaiser ein. Die leitenden Gedanken bei der Umformung des Bundes müssen sein: Föderativstaat, hinreichende Zentralgewalt, Österreich und Preußen müssen beide auf das Recht gesonderter Kriegführung verzichten.

Daran aber hing der ganze Plan: würden Preußen und Österreich gewillt sein, ihr eingebornes Staatsgefühl aufzuopfern und würde nicht Preußen gegen die Herrscherstellung des Hauses Habsburg Widerstand leisten? Die europäischen Ereignisse der letzten Jahre überschatteten diese Fragen: Österreichs Niederlage im italienischen Krieg und die Erstarkung Preußens durch die Armeereform. Und dann: an der Spitze Preußens stand jetzt ein Mann, ein Staatsmann von überragender Größe, der unbeirrt die Macht seines Staates im Auge hatte und das preußische Staatsgefühl seinem deutschen Nationalgefühl überordnete. Unter solchen Umständen spielte das Programm des Fürstentages keine besondere

[165]) Fröbel, Deutschland und der Friede von Villafranca, in den Kleinen politischen Schriften II, 218.

[166]) Fröbel, Kleine pol. Schriften, Stuttgart 1866, II, 357.

Rolle. Aber auch so blieb es hinter den Erwartungen zurück und befriedigte niemanden. Den Konservativen war es zu revolutionär, da sie mit den bestehenden Verhältnissen ja ganz zufrieden waren, den Liberalen war es nicht liberal genug. Die Fürsten fürchteten für ihre Souveränität und dem Volke bot man Steine statt Brot, insofern man nur eine sehr dürftige Volksvertretung vorgesehen hatte. Immerhin, ganz so aussichtslos war das Beginnen nicht und man kam einander in den Verhandlungen ziemlich nahe. Der lebhafte Wunsch der Fürsten, eine Einigung zustandezubringen und der gute Glaube, eine Grundlage wenigstens zu gewinnen, die in ihrer weiteren Entwicklung und Ausbildung zum Heile Deutschlands gereichen werde, steht über allem Zweifel [167]). Man dachte daran, daß alle deutschen Staaten mit Österreich ein Schutz- und Trutzbündnis eingehen sollten, das auch die nichtdeutschen Länder des Habsburgerreiches einbezog. Man nahm ferner an, daß durch das Parlament der Nation Gelegenheit gegeben würde, in allen die Gesamtheit betreffenden Fragen ein entscheidendes Wort mitzusprechen. (Man muß sich vergegenwärtigen, daß keine Revolution oder schwierige innere Verhältnisse die Fürsten zu diesem Zugeständnis zwangen.) Und das Wichtigste: In Zukunft sollten Mehrheitsbeschlüsse bindend und Einstimmigkeit, an deren Fehlen gerade die wichtigen Verbesserungen immer scheiterten, in Bundessachen nicht mehr erforderlich sein. Damit wäre der Deutsche Bund zu einem arbeitsfähigen Körper geworden. Allein, wer sollte ihn führen? Man erinnerte sich da an die Verfassung der Hansestädte wo zwei regierende Bürgermeister sich im Vorsitz abwechselten und die Bürgerschaft, das „Parlament", mitbestimmte. Würden nach diesem Vorbild Preußen ud Österreich den Bund einheitlich führen können? Als man im Kreise der Fürsten davon sprach, wurde der den Vorsitz führende Kaiser immer ernster und die Diskurse höchst peinlich [168]). Etwa ein Drittel der Fürsten war für den österreichischen, etwa ein Drittel für den abwechselnden Vorsitz und ein Drittel für Offenhaltung der Frage behufs Verständigung zwischen Österreich und Preußen [169]). Am guten Willen der deutschen Fürsten ist der Frankfurter Bundestag nicht gescheitert, sondern an dem nicht auf friedlichem Wege zu beseitigenden Dualismus der beiden deutschen Großmächte. Weder Preußen noch Österreich waren gewillt, mit der deutschen Allheit eine andere Verschmelzung einzugehen denn als Führer und Sieger. Für Österreich gab es überhaupt keinen Preis, der es freiwillig auf die Vorherrschaft in Deutschland hätte verzichten lassen [170]) und der Anspruch Preußens auf Gleichberechtigung konnte nur erschüttert werden, wenn es in einem Kriege besiegt wurde. Die Entwicklung Preußens zu einer Österreich gleichwertigen Macht verhinderte die friedliche Beilegung der deutschen Frage, und es war daher nur folgerichtig, daß

[167]) Duckwitz, Denkwürdigkeiten aus meinem öffentlichen Leben von 1841—1866, Bremen 1871, S. 161.

[168]) Duckwitz a. a. O., S. 163 f.

[169]) Duckwitz a. a. O., S. 166.

[170]) Friedjung, Der Kampf um die Vorherrschaft I, 12.

Bismarck schon von vornherein seinen König von der Teilnahme zurückhielt, wenn man die preußischen Ansprüche behaupten wollte. Fröbel [171]) sagt vielleicht das Richtige: „Ich habe Preußen für schwächer, und Österreich und Frankreich für stärker gehalten, als sie sich erwiesen haben. Ich habe in Preußen weder die Kraft noch den Willen vorausgesetzt, die deutsche Frage zu lösen. Ohne Bismarck hätte ich vielleicht recht behalten." Schärfer konnte die Bedeutung dieses einzigen Mannes nicht ausgesprochen werden und man kann sich des Gedankens nicht erwehren, daß, wäre Bismarck in Österreich geboren, der Süden gewonnen und von Wien aus, dem natürlichen Schwerpunkt Mitteleuropas, die deutsche Zukunft, an Möglichkeiten reicher und alle Deutschen umfassend, ihren Weg zur Entfaltung genommen hätte. Die Geburt großer Männer ist aber kein Zufall.

Bildet der Krimkrieg die Wendung in der äußeren und der Fürstentag die in der inneren Politik — beide Male die Schwäche Österreichs offenbarend — so erging es der Donaumonarchie in der wirtschaftlichen Streitfrage nicht besser. Das Jahr 1857 hatte eine große Krise in Handel und Wandel gebracht. Die österreichische Industrie wurde bestimmt, dem Schutzzoll den Vorzug zu geben, der aber nur innerhalb der Grenzen ihres Staates gelten sollte. Die Industriellen bestürmten den Kaiser mit Bittschriften und langen Berichten. Zur selben Zeit aber erklingt in Norddeutschland der Ruf nach dem Freihandel! Die Landwirtschaft hatte damals noch große Ernteüberschüsse, die ins Ausland, vornehmlich nach England, verkauft wurden, und war daher gleichfalls freihändlerisch gesinnt. In Österreich glaubten weite Kreise, der zu niedrige Zoll sei die Wurzel allen Übels, in Deutschland riefen die Freihändler: unser Zoll ist zu hoch! [172]). Die preußische Regierung aber weigerte sich nach wie vor, Österreichs Beitritt zum Zollverein zuzulassen, da sie sich der politischen Tragweite eines solchen Schrittes, der ihr die Anwartschaft auf die Führung Kleindeutschlands entwunden hätte, durchaus und beständig bewußt war. Bruck gelang es zwar, den Angriff der schutzzöllnerischen Industriekreise abzuschlagen, aber inzwischen waren drei schwerwiegende Ereignisse eingetreten, die einen völligen Umschwung herbeiführten. Das waren die Niederlage Österreichs im italienischen Krieg, der Cobden-Vertrag zwischen Frankreich und England und das Angebot Napoleons III. an Preußen, einen Handelsvertrag mit mäßigen Zollsätzen mit ihm abzuschließen.

Die Jahre 1859—62 bedeuten in wirtschaftlicher Hinsicht vielleicht den wichtigsten Einschnitt der europäischen Geschichte des 19. Jahrhunderts: der Gedanke des Freihandels gewann die Oberhand. Der Cobden-Vertrag bewegte sich in dessen Bahnen — er räumte mit fast allen Beschränkungen auf, die einem freien Warenaustausch zwischen den Ländern im Wege standen — und zwang in

[171]) Fröbel, Ein Lebenslauf II, 50.

[172]) Eugen Franz, Der Entscheidungskampf um die wirtschaftspolitische Führung, S. 20.

seinen Auswirkungen auch den Deutschen Zollverein zu Reformen. Napoleon benutzte ihn bewußt als eine politische Waffe. Er wollte dadurch Preußen von Österreich trennen [173]). Er fürchtete ein Zusammengehen Preußens und Österreichs, das für Frankreich und damit seine persönliche Stellung auf dem Thron eine schwerwiegende Belastung darstellen mußte. Daher sein Angebot an Preußen. Der Vorteil für Preußen lag auf der Hand: der Stillstand des Zollvereins war behoben, ein neuer Markt, der französische, eröffnet und die wirtschaftliche Vorherrschaft in Deutschland neuerdings gesichert. Mit anerkennenswertem Scharfblick umriß Schleinitz im Ministerrat vom 26. März 1860 die Möglichkeiten der preußischen Politik. Es gebe zwei Wege, die in Betracht kämen. Einigung mit Österreich gegen Frankreich, weil der Widerstand gegen Frankreich, der Schutz gegenüber dieser Macht der einzige politische Gedanke sei, über welchen Einigkeit in Deutschland herrsche (!); oder eine Umformung der deutschen Verhältnisse, die nur durch Krieg möglich sei; das aber bedeute Zusammengehen mit Frankreich! Dafür spreche die in Preußen herrschende antiösterreichische Stimmung. Die Schattenseiten dieses Weges bestünden darin, daß Napoleon Schiedsrichter in deutschen Dingen würde und sich dabei den Löwenanteil sichere; daher wäre eine Verständigung mit Österreich wünschenswerter. Als Ausweg schlug dann Schleinitz vor, daß man wirtschaftlich mit Frankreich gehe, politisch dagegen mit Österreich. Der Zollverein gelange in eine unhaltbare Lage, wenn er sich dem freihändlerischen Gedanke verschlösse angesicht einer überwiegend freihändlerischen Welt.

Also Überwindung des schutzzöllnerischen Widerstandes, der auch in Deutschland keineswegs fehlte, durch politische Einwürfe! Die ausfallenden Zolleinnahmen würden, so überlegte man, durch die Belebung der Steuerkraft infolge des wachsenden Absatzes aufgewogen werden. Zuvor aber mußte man auf preußischer Seite um die Zustimmung aller verbündeten Regierungen im Zollverein einen harten Kampf führen und auf französischer die Einwände der Weinbesitzer und Seidenfabrikanten beschwichtigen. In beiden Fällen errangen die politischen Erwägungen den Sieg; man einigte sich, indem man sagte: Die Politik fordert den Vertrag, die Wirtschaft kann ihn ertragen [174]). Am 29. März 1862 wurde der Vertrag unterzeichnet. Noch aber fehlten die Zustimmung der Kammern und die der verbündeten Regierungen.

Dies gab Österreich Zeit zu einem Gegenstoß. Am 10. Juli 1862 wurde ein Programm veröffentlicht, das folgende zwei Hauptpunkte umfaßte: 1. die gegenwärtig von einer gemeinsamen Zollinie umschlossenen Länder Österreichs und die Länder des Deutschen Zollvereins bilden spätestens ab 1. Januar 1866 bis 31. Dezember 1877 ein gemeinsames Handels- und Zollgebiet mit den gleichen Zolleinrichtungen, Gesetzen und Strafen, einheitlicher Beratung und Leitung der gemeinsamen Angelegenheiten; 2. im Verkehr zwischen Österreich und dem Zollverein besteht Zollfreiheit,

[173]) Eugen Franz a. a. O., S. 77.
[174]) Eugen Franz a. a. O., S. 146.

jedoch mit beträchtlichen Ausnahmen, vor allem für die Waren ausländischen Ursprungs. Die Habsburger boten also die Aufnahme der gesamten Monarchie in den Zollverein an [175]). Wollten die Hohenzollern nicht alle Erfolge seit 1834 aufgeben, teils wirtschaftlicher, teil politischer Art, so mußten sie diesem Vorschlag den äußersten Widerstand entgegensetzen.

In ganz Europa schlug das österreichische Angebot wie eine Bombe ein. Die österreichische Regierung hatte die in dem preußisch-französischen Handelsvertrag liegende Gefahr geschickt benutzt, um die Schutzzöllner in ihrem eigenen Lande zum Nachgeben zu bestimmen. Alle Welt sah deutlich den Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland in aller Schärfe entbrennen. Im Ausgang der Zollunionsfrage schien die Entscheidung zu liegen. Preußen antwortete mit einem politischen Dolchstoß: es verkündete die Anerkennung des durch seinen Sieg gegen Habsburg großgewordenen Königreichs Italien, schon elf Tage darnach. Franz Josef ist tief verletzt. (In dem Handschreiben an Wilhelm I. vom 26. Juli zittert noch seine Empörung nach und er bekämpft leidenschaftlich die Anschauung preußischer Staatsmänner, daß Österreich kein deutscher Staat sei, bis zum letzten Atemzug.) Bismarck schreibt aus Paris am 18. Juli an Bernstorff: „Es scheint mir, daß es schwer sein würde, unseren finanziellen und politischen Interessen einen härteren Schlag beizubringen als durch die Verschmelzung Preußens und Österreichs in einem Zollverein." Das preußische Herrenhaus ist einstimmig für den Handelsvertrag mit Frankreich und das Abgeordnetenhaus mit 164 gegen 12 Stimmen.

Am 8. August erfolgt die Absage Bayerns; Württemberg und Hannover schließen sich an. „Die Ausschließung Österreichs aus Deutschland macht dieses zu einem Slawenreiche, mit einigen deutschen Provinzen", so äußert sich der bayerische Außenminister von der Pfordten zu seinem König [176]). Prophetisch-düster klingen diese Worte und sie sollten sich nur zu bald erfüllen! Allein die Preußen ließen sich nicht schrecken. Im Gegenteil, sie kehrten den Spieß um und kündigten das Jahr darauf den Zollverein für den 1. Januar 1866. Es kam nun alles darauf an, ob die drei Mittelstaaten bei Österreich ausharren würden. Das geschah nicht. Sie wurden verärgert durch den Entschluß Wiens, mit Berlin zusammen die Bundesexekution gegen Dänemark durchzuführen, und verständigten sich daher wieder mit Preußen auf dem zollpolitischen Gebiete. Im Sommer und Herbst 1864 wurde ein neuer Zollverein abgeschlossen. Das war ein Sieg Preußens auf der ganzen Linie, eine der größten Entscheidungen auf dem Gebiete der Einigung Kleindeutschlands in wirtschaftspolitischen Dingen [177]). Preußen war befreundet mit Frankreich (durch den Handelsvertrag), die Mittelstaaten wirtschaftlich seine Vasallen, ihre seit 1853 eroberte

[175]) vgl. dazu auch Chester Wells Clark, Franz Joseph and Bismarck, S. 18.

[176]) Immediatbericht Frankfurt am Main 6. 12. 1862; zitiert nach Eugen Franz a. a. O., S. 258.

[177]) Eugen Franz a. a. O., S. 399.

Pendelstellung zwischen den beiden Großmächten beseitigt, Österreich durch das Zusammengehen in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit gefesselt, der Bundestag machtlos. Die Aussichten, daß der Norden die Führung Deutschlands in der Folge übernehmen würde, standen somit recht günstig. Über kurz oder lang mußte die Entscheidung zwischen Preußen und Österreich, den beiden Nebenbuhlern seit mehr als einem Jahrhundert, ausgefochten werden.

Schrifttum.

Willy Andreas, Die Wandlungen des großdeutschen Gedankens, Stuttgart 1924.
v. **Arneth,** Ritter von Schmeling, Wien 1895.
Graf Beust, Aus 3/4 Jahrhunderten, London 1887.
Bismarcks Gesammelte Werke, Band II und III.
Bismarks Gedanken und Erinnerungen II, Stuttgart 1898.
Max Hildebert Böhm, Der 18. Januar und die anderen Deutschen, Jena 1934.
E. Brandenburg, Die deutsche Revolution 1848, Leipzig 1912.
E. Brandenburg, Die Reichsgründung I, Leipzig 1916.
Richard Breitling, Paul de Lagarde und der großdeutsche Gedanke, Wien 1927.
L. Bergsträßer, Geschichte der Reichsverfassung, Tübingen 1914.
Freiherr von Bruck, Die Aufgaben Österreichs, Leipzig 1860.
Jacob Burckhardt, Weltgeschichtliche Betrachtungen, Leipzig 1927.
Richard Charmatz, Die äußere Politik Österreichs im 19. Jhr., Leipzig 1909.
Richard Charmatz, Die innere Politik Österreichs 1848—1907, Leipzig 1909.
Chester Wells Clark, Franz Joseph and Bismarck, London 1934.
Rudolf Craemer, Staatsgrenze, Volksraum und Reichspolitik, in „Volk und Reich", Märzheft 1934.
Ernest Denis, La fondation de l'Empire allemand, Paris 1906.
M. Doeberl, Bayern und die deutsche Frage, München 1922.
Duckwitz, Denkwürdigkeiten aus meinem öff. Leben von 1841—66, Bremen 1871.
Eugen Franz, Der Entscheidungskampf um die wirtschaftspolitische Führung Deutschlands 1856—67, München 1933.
Konstantin Frantz, Die Wiederherstellung Deutschlands, Berlin 1865.
Heinrich Friedjung, Der Krimkrieg und die österreichische Politik, Stuttgart 1911.
Heinrich Friedjung, Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland, 2 Bände, Stuttgart 1912.
Heinrich Friedjung, Österreich 1848—60, Stuttgart 1908.
Julius Fröbel, Ein Lebenslauf, 2 Bände, Stuttgart 1896.
Julius Fröbel, Kleine politische Schriften, Stuttgart 1866.
Alfred Gärtner, Der Kampf um den Zollverein zwischen Österreich und Preußen, Straßburg 1911.

Paula Geist-Lanyi, Der Nationalitätenkampf auf dem Reichstag zu Kremsier, 1848/49, München 1920.
Hans Günter, Die Reichsidee im Wandel der Zeiten, Hist. Jahrbuch 53, 1933.
Johannes Haller, Die Epochen der deutschen Geschichte, Stuttgart 1923
Johannes Haller, Reden und Aufsätze, Stuttgart 1934.
Elemér Hantos, Der Weg zum neuen Mitteleuropa, Berlin 1933.
L. M. Hartmann, Großdeutsch—Kleindeutsch, Gotha 1921.
Richard Haufe, Der deutsche Nationalstaat in den Flugschriften von 1848/49, Leipzig 1915.
Eduard Heller, Fürst Felix zu Schwarzenberg, Wien 1933.
Eduard Heller, Das deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis in Bismarcks Außenpolitik, Berlin 1925.
Adolf Hitler, Mein Kampf, XXIII. Auflage, München 1933 (2. u. 3. Kapitel).
Otto Hoetzsch, Peter v. Meyendorf, Politischer Briefwechsel, Berlin 1923.
Carl Jentzsch, Der Weltkrieg und die Zukunft des deutschen Volkes, Berlin 1923.
Raimund F. Kaindl, Österreich, Preußen, Deutschland, Wien 1925.
G. Kaufmann, Politische Geschichte Deutschlands im 19. Jahrhundert, Berlin 1900.
Knaurs Weltgeschichte, Berlin 1933.
Wilhelm von Kloeber, Die Entwicklung der deutschen Frage 1859—71 in großdeutscher und antiliberaler Beurteilung, Diss. München 1932.
Paul de Lagarde, Deutsche Schriften, München 1924.
Friedrich Ley, Frankreich und die deutsche Revolution von 1848, Diss. Kiel 1923.
Friedrich List's Gesammelte Werke V, VII, Berlin 1930/31.
R. Lorenz, Das großdeutsche Problem, Leipzig 1930.
E. Marcks, Die europäischen Mächte und die 48er Revolution, Hist. Zeitschrift 152, 1930.
Friedrich Meinecke, Radowitz und die deutsche Revolution, Berlin 1913.
Arnold Oskar Meyer, Fürst Metternich, Berlin 1924.
Arnold Oskar Meyer, Zur Geschichte des deutschen Nationalgefühls, Pädag. Warte, Heft 5/6, 1934.
Arnold Oskar Meyer, Bismarcks Kampf mit Österreich 1851—59, Berlin 1927.
Paul Molisch, Geschichte der deutschnationalen Bewegung in Österreich, Jena 1926.
Wilhelm Mommsen, Zur Beurteilung der deutschen Einheitsbewegung, Hist. Zeitschrift 1928.
Helmuth von Moltke, Gesammelte Schriften II, Berlin 1892.
Karl Alexander von Müller, Bayern im Jahre 1866 und die Berufung des Fürsten von Hohenlohe, München 1909.
Karl Alexander von Müller, Deutsche Geschichte und deutscher Charakter, Berlin-Leipzig 1927.
Karl Alexander von Müller, Die tauffkirchensche Mission, Riezler Festschrift 1913.
Josef Nadler, Das stammhafte Gefüge des deutschen Volkes, München 1934.
Friedrich Naumann, Mitteleuropa, Berlin 1915.
Hermann Oncken, Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkriegs, Berlin 1933.
Hermann Oncken, Das alte und das neue Mitteleuropa, Gotha 1917.
Josef Redlich, Das österreichische Staats- und Reichsproblem, Leipzig 1920.

A. Rapp, Theodor Vischer und die Politik, Tübingen 1911.
A. Rapp, Großdeutsch—Kleindeutsch, München 1922.
A. Rapp, Der deutsche Gedanke, Tübingen 1920.
A. von Ruville, Bismarck und der großdeutsche Gedanke, Brandenburg-preußische Forschungen, 1903.
H. von Paller, Der großdeutsche Gedanke, Leipzig 1928.
P. Pfizer, Briefwechsel zweier Deutschen, Stuttgart 1831.
H. Precht, Englands Stellung zur deutschen Einheit 1848—50, München 1925.
Friedrich Schinkel, Polen, Preußen, Deutschland, Breslau 1931.
Franz Schnabel, Deutsche Geschichte im 19. Jahrh., Freiburg 1929.
Wilhelm Schüßler, Die nationale Politik der österreichischen Abgeordneten in der Frankfurter Nationalversammlung, Berlin 1913.
Heinrich Ritter von Srbik, Metternich, 2 Bände, München 1925.
Heinrich Ritter von Srbik, Gesamtdeutsche Geschichtsauffassung in „Vierteljahresschrift für Geisteswissenschaften" 1930, Heft VIII.
Eugen Stamm, Konstantin Frantz I und II, Heidelberg 1907 und Stuttgart 1930.
Stenographische Berichte der Frankfurter Nationalversammlung, herausgegeben von Wigard, Frankfurt a. M. 1849.
Stolper, Donauföderation oder Großdeutschland? Wien 1919.
Heinrich von Sybel, Die Begründung des Deutschen Reiches I, München 1889.
Rudolf Stadelmann, Das Jahr 1865 und das Problem von Bismarcks deutscher Politik, München 1933.
Heinrich Schaudin, Das baltische Deutschtum und Bismarcks Reichsgründung, Leipzig 1932.
Heinrich von Treitschke, Bundesstaat und Einheitsstaat, in „Historische und politische Aufsätze", II, Leipzig 1886.
Heinrich Triepel, Unitarismus und Föderalismus, Tübingen 1907.
Eduard von Wertheimer, Aus dem Leben des Grafen Julius Andrassy, 3 Bände, Stuttgart 1910.
Giselher Wirsing, Zwischeneuropa und die deutsche Zukunft, Jena 1932.
Albrecht Wirth, Weltgeschichte der Deutschen, Halle 1916.
Th. Ziegler, Die geistigen und sozialen Strömungen des 19. Jahrh., Berlin 1901.

Lebenslauf.

Am 29. März 1903 bin ich in München geboren. Mein Vater, der freie Schriftsteller und Geschichtsschreiber Dr. Albrecht Wirth, ist ein gebürtiger Franke. Meine Mutter Frida geb. von Schneider-Egestorf, stammt aus altem niedersächsischem Geschlecht.

Mein Urgroßvater, Dr. Johann Georg August Wirth, war einer der Hauptredner des Hambacher Festes im Jahre 1832 und hat als Einzelner gegen Regierung und Bundestag, die unter dem Einflusse Metternichs handelten, die Freiheit der alten deutschen Volksrechte unerschütterlich verteidigt, bis er endlich der Übermacht weichen mußte. Am Ende seines Lebens erfuhr er Rechtfertigung und Anerkennung seines Kampfes durch die Wahl zum Abgeordneten der Paulskirche. Mein Großvater, Franz Ulpian Wirth, war der erste deutsche Patentanwalt und gleichzeitig Mitbegründer der ersten Friedensgesellschaften in Europa. Mein Vater unternahm mehrere Weltreisen und hat Zeit seines Lebens der alldeutschen Sache, von 1919 ab der nationalsozialistischen Bewegung, sein Wort und seine Feder geliehen. Durch ihn und durch Dietrich Eckart, mit dem er eng befreundet war, bin ich seit frühester Jugend, von den Anfängen der Bewegung an, mit dem nationalsozialistischen Gedanken verbunden.

Nachdem ich 1922 und 1923 in München und Tübingen 3 Semester Naturwissenschaften studiert hatte, mußte ich mein Studium abbrechen und wanderte nach Südamerika aus. Dort bin ich bis 1932 als Landwirt, Mathematiker und Straßenbau-Ingenieur tätig gewesen. Kurz vor der Machtergreifung nach Deutschland zurückgekehrt, ergriff ich, der vom Vater und Urgroßvater ererbten Neigung folgend, das Studium der Geschichte und der Volkswirtschaft. (3 Semester in Berlin, 3 Semester in München). Nebenher war ich von September 1933 bis September 1934 tagsüber in der Maschinenfabrik Ernst Grob, München-Sendling, an der Drehbank beschäftigt und habe abends zusammen mit dem Inhaber und Betriebsführer die Vorlesungen und Seminare besucht.

Meinem Lehrer, Prof. Dr. Karl Alexander v. Müller, möchte ich an dieser Stelle den herzlichsten Dank für alle Förderung und Anregung aussprechen, die er mir zuteil werden ließ, und insbesondere für die Erlaubnis, das vorstehende Thema als Dissertation behandeln zu dürfen.

Kurt Wirth.